Gerd Lohwasser:

20-jähriges Dienstjubiläum

Im Rahmen einer Feierstunde würdigte Erlangens OB Dr. Siegfried Balleis Sachverstand und Tatkraft seines Stellvertreters.

Seite 14

Tamara Bischof:

Bildung auf hohem Niveau

Kultusminister Siegfried Schneider lobte die Kitzinger Landrätin in der Richard-Rother-Realschule für ihr bildungspolitisches Engagement.

Seite 7

Christian Ude:

„Bürger-King“ mit Hang zur Selbstironie

Der volksnahe Münchner Oberbürgermeister feierte am 26. Oktober mit zahlreichen Gratulanten seinen 60. Geburtstag.

Seite 15

Bayerische
Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045 | Geretsried, den 8. November 2007 | 58. Jahrgang / Nummer 21

Deutscher Städtetag, Landkreistag und DStGB:

Sorge und Kritik

Grundsicherung im Alter – Bund stiehlt sich aus finanzieller Verantwortung

Die kommunalen Spitzenverbände wenden sich gemeinsam dagegen, die Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten für Hartz-IV-Empfänger 2008 deutlich zu senken. Wie die Präsidenten des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Christian Ude, München, des Deutschen Landkreistages, Landrat Hans Jörg Duppré, Südwestpfalz, und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bürgermeister Roland Schäfer, Bergkamen, in Berlin erläuterten, lehnen sie ebenso die vorgesehene Kürzung der Kostenbeteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ab. Außerdem fordern die Städte, Landkreise und Gemeinden eine Korrektur des Gesetzentwurfes zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung: Die dabei vorgesehenen Pflegestützpunkte verfolgten ein richtiges Ziel, sie sollten jedoch von den Kommunen koordiniert werden, um eine erfolgreiche Arbeit zu sichern.

Die Verbandspräsidenten wiesen darauf hin, dass es nicht sein könne, dass die Ausgaben für die Unterkunftskosten für Hartz IV-Empfänger um fast zehn Prozent steigen, der Bund aber seine Beteiligung um fast zehn Prozent verringert. Genauso wenig dürfe der Bund sich angesichts steigender Zahlen von Grundsicherungs-Empfängern einen schlanken Fuß machen und die Kostensteigerungen einseitig den Kommunen aufbürden. Die Politiker appellierten an den Bundestag und den Bundesrat, die gesetzlichen Regelungen und Entwürfe entsprechend zu ändern.

Orientieren an tatsächlichen Kosten

Bei den Unterkunftskosten müsse sich die Bundesbeteiligung an den tatsächlichen Kosten orientieren; sonst werde die gesetzlich garantierte Entlastung der Kommunen um jährlich 2,5 Milliarden Euro mit Sicherheit verfehlt.

Die kommunalen Spitzenverbände verwiesen auf folgende Fakten:

- Der Bund will seine Beteiligung an den Unterkunftskosten nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) für 2008 von derzeit rund 4,4 Milliarden Euro auf rund 4 Milliarden Euro verringern. Die Gesamtkosten für Unterkunft und Heizung sind jedoch zwischen Juli 2006 und Juni 2007 gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 12,5 auf 13,6 Milliarden Euro gestiegen. Davon tragen die Kommunen derzeit rund 70 Prozent.
- Der vom Bund angeführte Rückgang der Zahl der Bedarfsgemeinschaften im gleichen Zeitraum von rund 3,98 Millionen auf 3,83 Millionen bildet diesen Kostenanstieg nicht ab. Ursache für den Rückgang der Bedarfsgemeinschaften ist vor allem, dass Jugendliche unter 25

(Fortsetzung auf Seite 4)

Verleihung des Kulturpreises der E.ON Bayern AG. Unser Bild zeigt Kunstminister Dr. Thomas Goppel (1. Reihe, 4. v. r.) und E.ON Bayern-Vorstand Dr. Peter Deml (1. Reihe links außen) im Kreis aller Preisträger, Laudatoren und der Moderatorin (vgl. Bericht auf Seite 5). ❐

Jahrestagung des Deutschen Landkreistages:

Zellner bleibt Vizepräsident

Beachtung kommunaler Belange bei Föderalismusreform II angemahnt

Im Rahmen der Jahrestagung des Deutschen Landkreistags (DLT) in Berlin ist der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, Cham, für weitere zwei Jahre zum Vizepräsidenten des Kommunalen Spitzenverbandes gewählt worden. Zellner, der dieses Amt bereits seit 2003 innehat, ist der einzige bayerische Vertreter im engeren Präsidium des Deutschen Landkreistages.

Der ebenfalls in seinem Amt bestätigte DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz) mahnte in seiner Grundsatzrede eine Beachtung kommunaler Belange bei der Föderalismusreform II an. Er rief Bund und Länder auf, die Reformchance zu nutzen und der Eigenverantwortung von Ländern und Kommunen wieder stärkere Geltung zu verschaffen. „Wenn es gelingt, Ländern und Kommunen mehr Gestaltungsfreiheit auf der Einnahmenseite zu verschaffen, ist in einem zweiten Schritt die Frage des Umgangs mit den Altschulden lösbar. Beispielsweise ist es längst überfällig, die umfassend mit öffentlichen Aufgaben betrauten Landkreise an einer Wachstumssteuer zu beteiligen.“

Präsident Theo Zellner traf in Berlin auch mit Bundespräsident Dr. Horst Köhler zusammen. Bild: Mark Frantz

Kommunalfinanzen strukturell reformbedürftig

Duppré machte deutlich, dass die Landkreise ausdrücklich das Hauptziel der Föderalismusreform II unterstützten, die Staatsverschuldung einzudämmen. Gerade die Kommunalfinanzen seien strukturell reformbedürftig. Die Hälfte der Kreise habe unausgeglichene Haushalte. Daran ändere auch die derzeit erfreuliche Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen in einzelnen Großstädten nichts. Der Schlüssel zur Rückführung der Verschuldung liege hier aber vor allem in der Stärkung der Einnahmenseite: „Angesichts von strukturellen Fehlentwicklungen in den Kommunalhaushalten muss unbedingt etwas im Hinblick auf die Eigengestaltbarkeit der Einnahmen getan werden.

Gestaltungsrechte

Angesichts kommunaler Kassenkredite von mittlerweile über 27 Mrd. Euro muss endlich ernsthaft darüber gesprochen werden, Ländern und Kommunen mehr Gestaltungsrechte an die Hand zu geben.“

Zwar würden in der Föderalismuskommission wichtige Themen wie die Einführung einer Schuldenbremse, eine Neu-Definition des Investitionsbegriffs oder das innerstaatliche Umsetzen der Maastricht-Kriterien diskutiert, die Gestaltbarkeit der Einnahmen von Ländern und Kommunen komme aber bisher zu kurz, beklagte der Verbandspräsident. „Zwar ist es den Landkreisen wichtig, beispielsweise im Bereich der kommunalen Pflichtaufgaben zu einer deutlichen Deregulierung bzw. gesetzlichen Standardabsenkung zu gelangen, um damit auf der Ausgabenseite zu Einsparungen zu gelangen. Bedeutender und vor allem vorrangig ist jedoch eine deutliche Stärkung der Eigenverantwortung bei der Gestaltung ihrer

(Fortsetzung auf Seite 4)

CSU-Arbeitskreis Umweltsicherung und Landesentwicklung:

Klimaschutz und Kommunen

Landesversammlung in Germering verabschiedet Entschließung

Der CSU-Umweltarbeitskreis, mit 6.000 Mitgliedern einer der stärksten Unterorganisationen der Partei, fordert vom neuen bayerischen Kabinett ein konsequenteres Vorgehen im Klimaschutz. Der mit 100 Prozent aller Delegiertenstimmen wiedergewählte Vorsitzende Josef Göppel erklärte bei der Landesversammlung in Germering, alle bayerischen Ministerien müssten das neue Grundsatzprogramm der Partei nun glaubwürdig in konkrete Politik umsetzen. Die wirtschaftliche Spitzenstellung Bayerns hänge immer mehr von international verwertbaren Energiespartechnologien und dem ausgereiften Einsatz erneuerbarer Energiequellen ab.

Auf dem Sektor der Stromerzeugung fordert der Arbeitskreis eine Abkehr von den zentralen Großkraftwerken, um die Abwärme künftig besser verwerten zu können. „Die Größe der Kraftwerke muss sich künftig an der auskoppelbaren Wärme orientieren“, sagte Josef Göppel.

Im Verkehrsbereich verlangt der Arbeitskreis ein neues Mobilitätskonzept für Bayern. Skepsis wurde in der Diskussion zum Transrapid laut. Er binde ungeheuer viel Geld und verbessere den Zugang zum Flughafen München doch nicht entscheidend, weil die Passagiere aus Norden und Osten nach wie vor erst in den Hauptbahnhof einfahren müssten. Dieses Problem könne mit einer Fernbahneinschleifung des Flughafens viel besser gelöst werden. Bereits in der Bauphase des Flughafens habe es dazu konkrete Pläne gegeben.

Alternative zum Auto

Notwendig sei angesichts ständig steigender Benzinpreiserhöhungen eine bezahlbare Alternative zum Auto. Die Schienenstrecken beispielsweise nach Ostbayern müssten entscheidend verbessert werden. So ließen sich die täglichen, Nerven zehrenden Staus abbauen und Kosten für die Bürger sparen.

Bereits in der Vergangenheit trat der Arbeitskreis mehrfach für ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen ein. Vorsitzender Göppel bedauerte, dass dieser Punkt im neuen Grundsatzprogramm der CSU nicht untergebracht werden konnte. Er gab sich aber überzeugt, dass der Widerstand dagegen geringer werde. „Viele ältere Verkehrsteilnehmer haben die Hetzjagden auf deutschen Autobahnen satt“, sagte er. Die Aspekte höhere Verkehrsicherheit und gleichmäßigerer Verkehrsfluss träten immer mehr in den Vordergrund. Ministerpräsident Beckstein und der neuen Führung des Bayerischen Umweltministeriums sicherten die Delegierten gleichwohl ihre volle Unterstützung zu.

Programm zur Kommunalwahl

Mit Blick auf die Kommunalwahl im kommenden Jahr verabschiedeten die Delegierten die Entschließung „Klimaschutz und Kommunen - Kommunale Selbstverwaltung muss sich neu bewähren“. Angesprochen werden darin Maßnahmen zur Siedlungsplanung und -ökologie, Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudebereich, Hochwasserschutz und kommunale Netzwerke.

„Klimaschutz“, so heißt es in der Resolution, „muss freiwillig gelebt und kann nicht einfach nur verordnet werden.“ Deshalb baue man auf die Kreativität und die vielfältigen Kompetenzen der Menschen vor Ort in den Kommunen, um die hier konkret vorhandenen Potentiale für erneuerbare Energien, Energieeinsparmaßnahmen und innovative Technologien zu verwirklichen. Dabei gelte es auch, das Bewusstsein für eine nachhaltige Entwicklung, insbesondere für eine flächen- und ressourcensparende

(Fortsetzung auf Seite 2)

Blanke Wut, Zorn und Unbeherrschtheit sind schlechte politische Ratgeber, vernebeln sie doch den kühlen, rationalen Blick auf die Dinge. Stadträtin Fanny Bacher weiß davon ein Lied zu singen. Dabei gäbe es doch eigentlich ein unschlagbares Prinzip: einfach drüber schlafen. **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Bezirke werden Sozialzentren	2
Grünen-Parteitag in Deggendorf	2
FDP-Parteitag in Ingolstadt	3
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Freistaat muss mehr Geld für Krippenplätze bereitstellen	3
Mobilfunk-Baukasten der GStB	3
E.ON Bayern verlieh Kulturpreis	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Baupolitik	5 - 8
KOMMUNALE · EDV · Virtuelle Behörde	8 - 14
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt. - **B 1578** -
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Bezirke werden Sozialzentralen

Ab 2008 zuständig für die Eingliederungshilfe
Neuregelung wird 2009 überprüft - Landtag stimmt mit Vorbehalt zu

Als erster Schritt, die Hilfen für Behinderte auf einer Verwaltungsebene zu koordinieren, wird ab kommendem Jahr die Zuständigkeit- für alle Leistungen der Eingliederungshilfe in die Hände der Bezirke gelegt. Ein Regierungsentwurf zur Ausführung der Sozialgesetze hat im Landtag Zustimmung mit Vorbehalt bekommen. Den Bedenken, die Neuordnung könnte zum Nachteil für die Behinderten werden, wird dadurch Rechnung getragen, dass ein Jahr nach Inkrafttreten dieses ersten Änderungsgesetzes, also 2009, eine Anhörung zum Vollzug auch im Sinne der Entbürokratisierung stattfindet.

Bisher sind die überörtlichen Träger der Sozialhilfe grundsätzlich für stationäre und teilstationäre Leistungen der Sozialhilfe zuständig; für ambulante Leistungen die Landkreise und kreisfreien Städte. Das habe sich nicht bewährt, sagt die Staatsregierung im Vorblatt des neuen Gesetzes. Sie hält an dem Ziel fest, die stationären und ambulanten Angebote der Pflegehilfe zusammenzuführen. Dafür sei insbesondere die Möglichkeit eines interkommunalen Belastungsausgleichs zu prüfen.

Sicht der Betroffenen

Im federführenden Sozialausschuss des Landtags begrüßten die Sprecher von CSU, SPD und Grünen das Grundanliegen dieses ersten Änderungsgesetzes. Berichterstatter Joachim Unterländer (CSU) betonte, die Änderung müsse aus der Sicht der Betroffenen beraten werden. Er verwies auf eine von seiner Fraktion vorgelegte Entschließung zum Gesetzentwurf, ein Jahr nach dessen Inkrafttreten eine Anhörung unter Einbeziehung der Bezirke, Kommunal-, Wohlfahrts- und Behindertenverbände durchzuführen.

Vergleichbare Verhältnisse in Stadt und Land

Ausschussvorsitzender Joachim Wahnschaffe und Mitberichterstatterin Christa Steiger (beide SPD) meinten, es wäre sinnvoller, ein Gesetz aus einem Guss zu machen. Den SPD-Antrag, den vorliegenden Gesetzentwurf zurückzuziehen, lehnte die CSU ab. Die Grünen-Abgeordnete Renate Ackermann hatte sich sinngemäß gleich geäußert. Worum es ihrer Fraktion ging, fasste sie in der Forderung zusammen, die vergleichsweise guten Verhältnisse in den Städten müssten auf das flache Land ausgeweitet werden.

Anhörung nach einem Jahr

Dazu kam von der SPD der Vorschlag, den Großstädten München, Augsburg und Nürnberg die Option zu ermöglichen, statt der Bezirke die Hilfen in eigener Regie zu organisieren. Für das Sozialministerium warnte Ministerialrat Hilmar Mainberger vor dieser Aufteilung. Er war mit den CSU-Sprechern der Meinung, dann müsste man auch anderen Kommunen diese Option geben. Erst einmal solle man bei den Bezirken bleiben. Er teilte jedoch die Bedenken gegen einzelne Bestimmungen. Deswegen sei ja auch die Anhörung nach einem Jahr vorgesehen. Insgesamt blieben die Länder zudem von der Bundesgesetzgebung abhängig.

Verbindung zum Bürgermeister

Münchens Behindertenbeauftragter Oswald Utz sprach gegen die Verlagerung auf die Bezirke. Ambulante Wohnformen würden geschwächt. Die Behinderten müssten direkte Verbindung zum Bürgermeister und Gemeinderat haben. In zahlreichen Eingaben, die dem Ausschuss vorlagen, kamen die oft negativen praktischen Erfahrungen mit der Behindertenhilfe zum Ausdruck. Diese Eingaben wurden bis zur Anhörung zurückgestellt. Der Regierungsentwurf fand bei allen Vorbehalten die Zustimmung des Ausschusses, die vom Plenum noch zu bestätigen ist. **rm**

CSU für radikales Rauchverbot

Schmid setzt sich in der Fraktion durch
Auch Festzelte davon betroffen

Der Streit um das Rauchverbot in öffentlichen Räumen steht vor seiner parlamentarischen Entscheidung, nachdem sich die CSU-Fraktion mit eindeutiger Mehrheit für ein radikales Verbot ausgesprochen hat. Der noch vom bisherigen Umweltminister Dr. Werner Schnappauf formulierte Gesetzentwurf der Staatsregierung hatte Festzelte nicht einbezogen und Gastwirten freigestellt, Nebenräume für Raucher einzurichten. Dieser Entwurf wurde nach dem Signal aus der Fraktion vom Kabinett angepasst.

Der CSU-Abgeordnete Professor Hans Gerhard Stockinger hatte zunächst über 40 Unterschriften für einen Antrag gesammelt, die Ausnahmen vom Verbot noch großzügiger zu gestalten. Sein Fraktionskollege Dr. Thomas Zimmermann setzte dem einen radikalen Verbotsantrag entgegen. Die Opposition verlangte in einer von den Grünen thematisierten Aktuellen Stunde im Plenum ein klares Votum der Staatsregierung und ihrer Mehrheitsfraktion im Sinne eines Rauchverbots ohne Ausnahme. Der neue CSU-Fraktionsvorsitzende Georg Schmid stellte dies in Aussicht.

Tags darauf prallten in der Fraktionssitzung die Gegensätze aufeinander, wie Schmid und Stockinger der Presse bestätigten. Unter anderem ging es darum, ob ein radikales Qualmverbot gerade in Festzeiten durch die kommunalen Behörden und die Polizei durchsetzbar wäre. Schließlich einigte sich die Fraktion auf die von Schmid und Schnappaufs Nachfolger Dr. Otmar Bernhard propagierte radikale Fassung bei nur vier Gegenstimmen und zwei Enthaltungen.

Mit den protestierenden Wirten hat die CSU-Fraktionsspitze Gespräche über den Vollzug des strikten Rauchverbots geführt. Schmid blieb dabei, das Gesetz noch heuer zu verabschieden und nächstes Jahr wirksam werden zu lassen. **rm**

Sammlungsgesetz wird aufgehoben

Die Bürger müssen genau hinschauen, wem sie ihr Geld geben

Haus- und Straßensammlungen sind künftig nicht mehr besonders gesetzlich geregelt. Das Bayerische Sammlungsgesetz wird auf Antrag der Staatsregierung aufgehoben. Damit soll die eigenverantwortliche und freie Entscheidung der Bürger gestärkt werden, ob und wem sie spenden wollen. Dies im Sinne der Regierungsmaxime einer Deregulierung des Staates, dem Einzelnen mehr Verantwortung zu übertragen. Die Aufhebung führt nach dem Tenor des Regierungsentwurfs zu einer Entlastung der Bezirksregierungen, Kreisverwaltungen und Gemeinden.

Das Ziel, die Gebefreudigkeit der Bürger zu schützen und nicht zu unlauteren Zwecken missbrauchen zu lassen, geht auf eine „Allerhöchste Verordnung“ von 1862 zurück. Das nun aufgehobene Sammlungsgesetz entstammt einem Musterentwurf der deutschen Innenministerkonferenz von 1960. Die Staatsregierung verweist auf die geringe wirtschaftliche Relevanz solcher Sammlungen und auf die Rechtsprechung, die seit langem die Grundsätze des Sammlungsrechts in Frage gestellt habe.

Im Kommunalausschuss des Landtags empfahl Berichterstatter Christian Meißner (CSU) Zustimmung trotz der Bedenken der Wohlfahrtsverbände. Die Abschaffung des Sammlungsgesetzes sei auch ein aktiver Beitrag zum Bürokratieabbau.

Mitberichterstatter Stefan Schuster (SPD) lehnte die Vorlage wegen der Einwände der Wohlfahrtsverbände ab. Christine Kamm (Grüne) war der gleichen Meinung. Es gehe nicht nur um die Wohlfahrtsverbände, sondern auch um den Verbraucherschutz. Die Bürger müssten davor bewahrt werden, jeden Sammler hinsichtlich seiner Legitimation zu prüfen. Die Aufhebung wurde mit den Stimmen der Regierungsfraktion gebilligt. **rm**

Neues Format im Bayerischen Fernsehen:

„Weißblau – Unsere Namen“

Wir haben ihn uns nicht ausgesucht, aber dennoch verrät er eine ganze Menge über uns: unser Name. Oft entscheidet nur ein kurzer Moment darüber, welchen Namen uns unsere Eltern geben. Manchmal bestimmt aber auch eine lange Tradition die Namensgebung. Die neue Sendereihe „Weißblau – Unsere Namen“ im Bayerischen Fernsehen geht hin, wo die Namen sind.

Vornamen, Nachnamen, Fluss- oder Städtenamen. Wo kommen sie her? Was bedeuten sie? Präsentatorin Annett Segerer macht dabei jede Woche einen „Sonntagsausflug“ (passend zur Sendezeit, sonntags, 15.30 Uhr) in einen Ort oder in eine Region in Bayern und redet mit Namenforschern, frischgebackenen Eltern, Stadtarchivaren, Hebammen. Über Namen und die dazu gehörigen Geschichten. Premiere des neuen Formats war am 14. Oktober mit einem Bericht über „Namen in und um Landshut“, es folgten Beiträge „Rund um den Chiemsee“, „München“ und „Augsburg“. Den Schlusspunkt bildet am 11. November die Frankenmetropole Nürnberg.

Meier, Mayr und Nguyen

All den Namengeschichten in der „Weltstadt mit Herz“ in knapp 30 Sendeminuten gerecht zu werden, ist ein Unterfangen, das zum Scheitern verurteilt ist. Also versuchten es Annett Segerer und der Namenforscher Hermann Scheuringer bei ihrem Gang durch München gar nicht erst und beschränkten sich auf ein paar Namens-Schmankerl. Zum Beispiel unterhielten sie sich im Wirtshaus „Beim Sedlmayr“ darüber, warum so viele Münchner Familiennamen auf „-mayr“ oder „-meier“ enden - zum Beispiel auch Dallmayr oder Süßmeier.

Nguyen klingt dagegen nicht gerade münchnerisch. Aber wenn man weiß, dass in den vergangenen zehn Jahren fast 1.000 „Nguyens“ zu Münchner wurden und der Name Huber im selben Zeitraum um 10 Prozent in München zurückging, dann war dieser Umstand genau die richtige Geschichte für eine Sendung über Namen. Zumal „Nguyen“ übersetzt entweder „das Ganze“, „beten“ oder auch „schwören“ heißen kann. Pech nur, dass die in München aufgewachsenen Töchter der von Segerer und Scheuringer besuchten Familie Nguyen selber nicht wussten, wie man ihren Nachnamen nun richtig betont.

Giesing, Untermenzing, Oberföhring und viele andere. Wie kam das „-ing“ da rein? Auch darüber „ratschten“ Annett Segerer und Hermann Scheuringer bei ihrem Spaziergang durch München. Blieb noch zu klären, ob der Name „München“ auf Schäftlarner oder Tegernseer Mönche zurückgeht. Oder gar auf Einsiedler. Und zum Schluss der Sendung wurde nachgeschaut, wo Tiere ihre Namen her haben. Dazu wurde der Tierpark Hellabrunn aufgesucht.

Insgesamt ist diese Sendung nach einer Idee von Rupert Hochholzer unter der Federführung von Dr. Michael Zehetmair ein quicklebendiges Format, das mit Annett Segerer und ihrer ungebremsten Neugierde hervorragend besetzt ist. Am BELAQUA Theater in Wasserburg ist die 30-Jährige Schauspielerin und Regisseurin. Daneben spielt das in Forstinning aufgewachsene Multitalent in Kurzfilmen, gibt Lesungen oder arbeitet als Sprecherin und Moderatorin für das Bayerische Fernsehen. Seit einigen Jahren hat sich Annett Segerer auch über die Grenzen ihrer Heimat einen Namen gemacht. **DK**

Grünen-Parteitag in Deggendorf:

Wahlziel „1000 plus x“

Kraftvoll und kämpferisch präsentierten sich die Grünen bei ihrer Landesdelegiertenkonferenz in Deggendorf. Rund 800 Politiker ihrer Partei sind derzeit in kommunalen Gremien vertreten - zu wenig, meinen die bayerischen Grünen. Daher haben sie für die Kommunalwahl das Wahlziel „1.000 plus x“ ausgegeben. „Nur durch ein dichteres Netz von Kommunalpolitikern haben wir auf Dauer die Chance, grüne Inhalte in die Köpfe der Menschen zu bringen“, hatte Sepp Daxenberger vor dem Parteitag gesagt. Das Gemeindeoberhaupt von Waging am See ist selbst einer von drei hauptamtlichen Grünen-Bürgermeistern in Bayern.

Unter dem Motto „Rauf aufs Siegerpodest“ kamen beim Parteitag zahlreiche grüne Kommunalpolitiker in Verantwortung zu Wort – darunter der 3. Bürgermeister von München, Hep Monatzeder, die Kulturbürgermeisterin von Augsburg, Eva Leipprand, und die grüne Bürgermeisterin von Unterdießen am Ammersee, Monika Groner.

Kommunalpolitische Erklärung

In einer von den Delegierten beschlossenen Kommunalpolitischen Erklärung mit dem Titel „Grüne Ideen setzen sich durch“ werden die Ziele vor Ort beschrieben. Darin heißt es: „Wir Grüne setzen uns ein für Ökologie und Nachhaltigkeit, für Bürger- und Menschenrechte, für Geschlechtergerechtigkeit, für gerechte Bildungschancen und für Solidarität mit den Schwachen. Diesen Kurs wollen wir in den nächsten sechs Jahren weiterverfolgen und der Motor für ökologische, gerechte und weltoffene Politik in Bayerns Städten, Gemeinden und Kreisen sein. Mehr Lebensqualität für alle Menschen in Bayern – das ist unser Ziel.“

Global denken - lokal handeln

„Global denken - lokal handeln“ - dieser langjährige Leitsatz der Grünen sei aktueller denn je. Viele Beispiele in den bayerischen Gemeinden zeigten, „dass die Energieversorgung nach und nach auch ohne Import von Erdöl, Ergas, Kohle oder Uran sichergestellt werden kann“. Bis zum Jahr 2035 sollen die Städte, Kreise und 36 Gemeinden von Energieimporten weitgehend unabhängig gemacht werden. Der erste Schritt auf diesem Weg sei die energetische Sanierung der kommunalen Gebäude. Sie schone die Umwelt und spare den Kommunen langfristig viel Geld.

In punkto Siedlungsentwicklung und Verkehrspolitik fordern die bayerischen Grünen den absoluten Vorrang der Innenbereichsentwicklung vor der Ausweisung neuer Bauflächen im Außenbereich. Dazu zählen die innerstädtische Verdichtung ebenso wie intelligente Nutzung leer stehender Bauten. Attraktive Orts- und Stadtzentren seien der Schlüssel dafür, dass sich die Bürgerinnen und Bürger dort gerne aufhalten und der Handel und die Dienstleistungen in den Innenstädten gestärkt werden.

Vorfahrt für ÖPNV

Die Grünen treten dafür ein, dass Busse und Bahnen sowie der Rad- und Fußgängerverkehr Vorfahrt erhalten. Weniger Schadstoffe, weniger Lärm und weniger Folgekosten seien dafür eindeutige Argumente. Auf „sündhaft teure, aber im Ergebnis zweifelhafte Projekte wie den Transrapid“ müsse verzichtet werden. Stattdessen sei das Nahverkehrs-Angebot in der Fläche verbesserungswürdig.

Die Grünen wollen darüber hinaus dafür einstehen, „dass unsere Gemeinden aktiv überall, wo sie Einfluss auf lokale Bildungsinstitutionen haben, die Weichen stellen für optimale, vernetzte Lernräume“. Die Mittelanforderungen der Schulen müssten in den kommunalen Haushalten Priorität genießen. In den Gemeinden sollen eigene Projekte und die Vernetzung in der Berufsausbildung gestärkt werden. Zudem sollen kommunale Volkshochschulen in die Lage versetzt werden, neben marktgängigen auch erweiterte innovative Angebote zu schaffen, z. B. in der politischen Bildung. „Wir unterstützen Initiativen zur Förderung alternativer Bildung und reformpädagogische Schulprojekte“, heißt es in dem Papier.

Durch eine Übergangsregelung sollen Kommunen in die Lage versetzt werden, heute schulform- und jahrgangsüber-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG
Bürgermeister Walter Hahn
97353 Wiesentheid
am 20.11.

ZUM 65. GEBURTSTAG
Bürgermeister Johann Schilke
86682 Genderkingen
am 13.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Oberbürgermeister
Paul Wengert
86150 Augsburg
am 18.11.

Bürgermeister Georg Zaus
95682 Brand
am 18.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG
Bürgermeister Bernhard Walter
86450 Altenmünster
am 22.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG
Bürgermeister Hubert Ammer
94368 Perkam
am 17.11.

ZUM 40. GEBURTSTAG
Bürgermeister Michael Grasl
82541 Münsing
am 26.11.

Klimaschutz und ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Ortsplanung sowie für Verkehrsvermeidung zu schärfen.

Benötigt werde ein dichtes Netz kommunaler Beratungsstellen und privater Energieberater, damit klimabewusstes Verhalten in konkrete Projekte münden kann. Solche Beratungsdienste seien vom Staat verstärkt zu fördern. Der AKU schlägt darüber hinaus vor, im Rahmen der Kommunalen Agenda 21 über die bereits laufenden Aktivitäten hinaus zusätzliche Kommunen beim „European Energy Award“ sowie der Aufstellung eines lokalen Klimaschutzkonzepts zu unterstützen und neue Mitglieder in das Lernnetzwerk „Nachhaltige Bürgerkommune“ aufzunehmen.

Beispiele

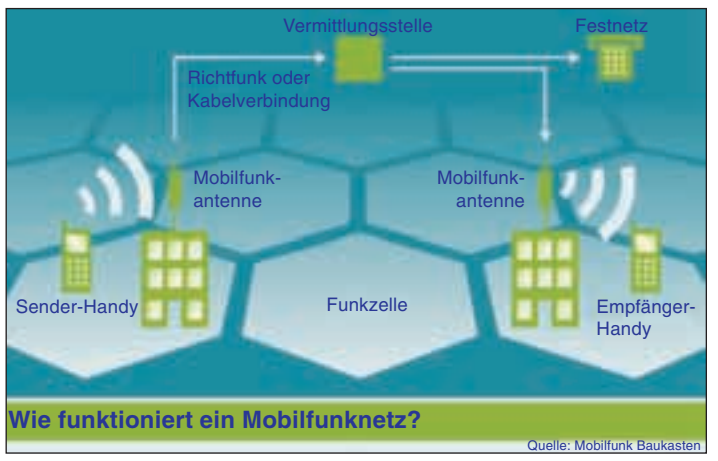
Wie klimabewusstes Verhalten in der Kommune aussehen kann, zeigen die Beispiele „Geothermie-Projekt Pullach“ und das Klimakonzept des Landkreises Traunstein, das Landrat Hermann Steinmaßl vorstellte. Bereits heute wird im Landkreis Traunstein rund die Hälfte des gesamten Strombedarfs über erneuerbare Energien gedeckt. Damit ist der Landkreis bayernweit an der Spitze. Doch die Ziele sind noch ehrgeiziger: Mittelfristig, bis 2020, soll der Energiebedarf zu 100 Prozent mit der Kraft von Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme oder Biomasse gedeckt werden. **DK**

Mobilfunk Baukasten des GStB erleichtert den Behördenalltag

Internetplattform unterstützt Kommunen beim Ausbau ihres Mobilfunk-Informationsangebots

Der Mobilfunk hat sich in den vergangenen Jahren als relevanter Standortfaktor nahezu flächendeckend etabliert. Doch obwohl die Technologie heute selbstverständlicher Bestandteil unseres Alltags ist, kommt es gerade auf regionaler Ebene immer wieder zu teilweise emotional geführten Debatten: So zeigen sich Anwohner besorgt über mögliche Risiken, wenn es darum geht, eine Mobilfunkstation in der direkten Nachbarschaft ihres Wohnorts zu errichten. Meistens stehen dabei Fragen nach eventuellen Gesundheitsrisiken im Mittelpunkt. Aber auch juristische Sachverhalte sind für die Betroffenen von Interesse. Für die Kommunen bedeutet dies, dass sie Antworten auf Fragen finden müssen, mit denen die Bürgerinnen und Bürger an sie heran treten. Gerade in einem komplexen, technischen Themenfeld wie dem Mobilfunk ist das nicht immer einfach. Der Gemeinde- und Städtebund Thüringen (GStB) hat daher in Kooperation mit dem Informationszentrum Mobilfunk e.V. (IZMF) eine Internetplattform entwickelt, mit der Kommunen ihr Internetangebot zum Thema Mobilfunk aufbauen oder erweitern können.

Informationsmangel und Wissenslücken auf Seiten der Bürger gelten nachgewiesenermaßen als Hauptursachen für Konflikte zum Thema Mobilfunk; ausgetragen werden diese Konflikte weitestgehend vor Ort, auf kommunaler Ebene. Belegt ist inzwischen auch, dass potenzielle Konfliktthemen wie der Mobilfunk weitaus weniger kontrovers diskutiert werden, wenn bei den Beteiligten das entsprechende Wissen um die Funktions- und Wirkmechanismen der Technik vorhanden ist. So kann ein entsprechendes Informationsangebot dazu beitragen, dass Konflikte erst gar nicht entstehen bzw. auf einer sachlicheren Ebene geführt werden.



Gerade größere Kommunen machen sich diese Erkenntnisse zunutze und stellen auf ihren Internetseiten detaillierte Informationen rund um den Mobilfunk zur Verfügung. Kleineren Gemeinden ist es jedoch auf Grund ihrer personellen und finanziellen Kapazitäten oftmals nicht möglich, ein eigenes Online-Angebot aufzubauen. Diese Lücke will der Mobilfunk Baukasten schließen und versetzt insbesondere solche Gemeinden in die Lage, ein nach ihren Bedürfnissen gestaltetes Internetangebot auf- und auszubauen.

Pilotgemeinden aus Thüringen

Die an der Entwicklung der Internetplattform beteiligten Pilotgemeinden Bad Langensalza, Erfurt, Gera, Jena, Suhl sowie die Verwaltungsgemeinschaft Südliches Saaletal waren maßgeblich in die Aufbereitung der Inhalte und die Nutzerführung involviert. Allen Beteiligten war es wichtig, Anspruch und Erfahrung der kommunalen Experten vor Ort in die Entwicklung des Baukastens einfließen zu lassen.

Seit Anfang dieses Jahres überprüfen die Pilotgemeinden nun den Mobilfunk Baukasten auf seine Alltagstauglichkeit. Weitere kommunale Spitzenverbände wollen bereits nachziehen. So haben Sachsen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen Interesse an dem System signalisiert.

Informationen im Baukastensystem

Die Internetplattform www.mobilfunk-baukasten.de ist modular aufgebaut und in vier Themenschwerpunkte gegliedert: Infrastruktur und Technik, Politik und Vorsorge, Mobilfunk und Gesundheit sowie Mobilfunkmess- und Informationsreihen. Jeder Themenbereich besteht aus inhaltlich unterschiedlich gestalteten Bausteinen bzw. Modulen: Neben Texten mit Hintergrundinformationen und Glossaren stehen auch Grafiken und Bilder zum Download zur Verfügung.

Wer ganz grundsätzlich informieren möchte, kann zu jedem Themenbereich ein Komplettpaket herunterladen. Wollen Kommunen ein bestehendes Informationsangebot ausweiten oder nur einzelne Aspekte aufgreifen, können sie auch gesondert auf die einzelnen Module zurückgreifen. Ob in der Kommune eher Standortfragen oder Mobilfunkgrenzwerte diskutiert werden – aus den einzelnen Bausteinen können Nutzer der Plattform einen Internetauftritt gestalten, der genau auf das Informationsbedürfnis in ihrer Gemeinde ausgerichtet ist.

Garantiert kompatibel

Das Informationsangebot im Mobilfunk Baukasten ist technisch so aufbereitet, dass es für alle grundlegenden Programmiersprachen kompatibel ist. Texte, Bilder und Grafiken sind bewusst einfach gestaltet, so dass sie in bereits vorhandene Formate übertragen werden können. Besonders benutzerfreundlich: Texte lassen sich problemlos kürzen oder um Zusatzinformationen ergänzen. Somit können Kommunen neben den Basis-informationen auch regionale Aspekte aufgreifen.

Der Mobilfunk Baukasten ist ausschließlich für die Nutzung von Mitarbeitern von Kommunen bestimmt. Sie können sich kostenlos auf der Internetseite www.mobilfunk-baukasten.de anmelden. ❒

Landesparteitag der bayerischen FDP:

„Zukunft beginnt daheim“

Kommunalwahlprogramm verabschiedet – Positive Mitgliederentwicklung

Rund 400 Delegierte der bayerischen FDP haben sich auf ihrem Landesparteitag in Ingolstadt für die bayerischen Kommunalwahlen 2008 aufgestellt. Sie beschlossen ein Kommunalwahlprogramm mit Schwerpunkten in den Bereichen Kinderbetreuung und Bildung, Bürokratieabbau und Wirtschaftsförderung sowie Kommunale Finanzen.

Für die Liberalen ist das Engagement der Bürger das tragende Element eines freiheitlichen und demokratischen Staates und einer mitmenschlichen Gesellschaft. Diesem Engagement soll in allen Lebensbereichen mehr Geltung verschafft werden.

Zielgenauigkeit der Sozialleistungen

Auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen müssten die Kommunen ihre Aufgabe, die Würde der ihnen anvertrauten Menschen durch gezielte Hilfen zu schützen, durch eine engagierte Sozialpolitik erfüllen, so die bayerischen Liberalen. Dies erfordere eine Konzentration auf das Wesentliche, um gerade dort helfen zu können, wo die Betroffenen dazu selbst nicht in der Lage sind. Dies beinhalte die Überprüfung der Zielgenauigkeit aller Sozialleistungen. Wo möglich sollten Sozialleistungen grundsätzlich einen Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung im 1. Arbeitsmarkt bieten. Im Sinne einer aktivierenden Sozialpolitik seien die derzeitigen Möglichkeiten zur Schaffung von 1-Euro-Jobs zu nutzen.

Verlässliche Grundschule

In ihrem Wahlprogramm fordert die FDP unter anderem den massiven Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen und die Bereitstellung von gebührenfreien Kindergartenplätzen für alle Kinder ab dem 3. Lebensjahr. Damit Eltern die Schule ihrer Kinder frei wählen können, soll die bisherige Schulsprengelregelung abgeschafft werden. Als Antwort auf die Stundenausfälle in Bayern verlangen die Liberalen die Sicherstellung einer „verlässlichen Grundschule“, die durch den Freistaat zu finanzieren ist. Die ersten Ansätze für Ganztagsunterricht bezeichnet die FDP als einen „Tropfen auf dem heißen Stein“ und fordert deshalb den flächendeckenden Ausbau von Ganztagsschulen mit pädagogischem Konzept von der 1. bis zur 10. Jahrgangsstufe für alle Schultypen.

Entschuldung der kommunalen Haushalte

Punkten wollen die Freien Demokraten zudem mit ihrem Konzept für eine vollständige Entschuldung der kommunalen Haushalte in Bayern bis zum Jahr 2014. Damit die Kommunen wieder auf die Beine kommen, müsse ihre Finanzverfassung verbessert werden. Die konjunkturanfällige Gewerbesteuer sei zu ersetzen. Das neue Modell sieht als erste Säule einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer (statt 2,2 % 11,5 %) vor. Damit erhielten die Gemeinden eine gute und verlässliche Einnahmequelle. Der gemeindliche Umsatzsteueranteil soll sich nach der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in der jeweiligen Gemeinde orientieren. Das Band zwischen Wirtschaft und Gemeinde werde dadurch nachhaltig gestärkt.

Neue Kommunalsteuer

Die zweite Säule ist die neue Kommunalsteuer als Zuschlag zur Einkommens- und Körperschaftssteuer (zwischen 0 und 4 %, ähnlich der Kirchensteuer). Statt eines pauschalierten Anteils (derzeit 15 %), erhalten die Gemeinden ein eigenes Hebesatzrecht. Gleichzeitig soll die Einkommenssteuer um den bisher pauschalierten Anteil gesenkt werden, so dass im Ganzen keine zusätzlichen Belastungen für die Steuerzahler entstehen.

Eigenes Hebesatzrecht

Nach den Vorstellungen der bayerischen Liberalen legen die Städte und Gemeinden die Höhe des Zuschlags selber fest. Die Bürger erfahren dann über ihren Steuerbescheid die Höhe der Kommunalsteuer. Sie wissen damit, wie gut ihre Gemeinde mit ihren Steuern umgeht. Das schaffe Transparenz und mehr Anreiz zum sparsamen Umgang mit Steuergeldern.

Auch die Finanzierung der Kreise und Bezirke soll durch ein eigenes Hebesatzrecht erfolgen und das bestehende Umlageverfahren ersetzen. Sollte die neue kommunale Finanzverfassung zu einseitigen Belastungen der Städte, insbesondere der Städte in Ballungsräumen führen, müsse der Finanzausgleich entsprechend geändert werden, um die Städte bei den Zentralaufgaben zu entlasten. Auch wollen die Liberalen dafür eintreten, dass das sog. Konnexitätsprinzip „Wer anschafft, zahlt“ im Grundgesetz verankert wird, um die Kommunen zukünftig vor einseitigen Kostenbelastungen durch Bund und Freistaat zu schützen.

Arbeitsgruppe „Regionale Wirtschaft“

Ohne florierende Wirtschaft gibt es keine Arbeitsplätze. Dazu ist nach Auffassung der Liberalen die Gründung von regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften anzustreben, die sich aus Vertretern der örtlichen Wirtschaft und der Städte, Gemeinden und Landkreise zusammensetzen. Ein anderer, oftmals sehr effizienter Weg sei die Bildung einer Arbeitsgruppe „Regionale Wirtschaft“ des jeweiligen Kommunalparlaments. Diese könne dem kommunalen Selbstverwaltungsorgan Vorschläge unterbreiten.

Sachkundige Bürger

In das Beratungsgremium könnten sachkundige Bürger von außerhalb der Verwaltung und des Selbstverwaltungsorgans einberufen werden, um so möglichst viel Sachverstand und wirtschaftliche Erfahrung einzubinden.

Mit gleicher Zielsetzung könnten Gemeinden, Städte und Landkreise darüber hinaus auch die Institution eines „Wirtschaftsförderers“ im Zusammenwirken mit regionalen Wirtschaftsverbänden und Wirtschaftskammern im Rahmen ei-

(Fortsetzung auf Seite 4)

GZ Kolumne Gerhard Weber

Liebe Leserinnen und Leser!

Mit dem Ausbau der Betreuungsangebote für unter 3-jährige Kinder geht es erfreulicherweise voran. Der Bund stellt bis zum Jahr 2013 die stattliche Summe von 4 Milliarden Euro für diesen Zweck zur Verfügung, wovon 340 Millionen Euro auf Bayern entfallen. Ab 2013 soll es dann einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz geben.

Derzeit gibt es in Bayern für knapp 10 Prozent der Kinder unter 3 Jahren einen Krippenplatz. Um die angestrebten 31 Prozent Versorgungsgrad zu erreichen, müssen in Bayern

Freistaat muss mehr Geld für Krippenplätze bereitstellen

insgesamt 80.000 neue Krippenplätze geschaffen werden. Hierfür fallen Investitionskosten bis zu 1,3 Milliarden Euro an.

Während der Bund sich mit seinem 4-Milliarden-Euro-Förderprogramm sehr großzügig zeigt, gibt sich der Freistaat Bayern bisher äußerst knausrig. Er hat bisher lediglich 100 Millionen Euro für diesen Zweck angekündigt. Damit würde wieder einmal ein Großteil der Investitionskosten den Kommunen aufgeladen. Diese sind jedoch weder bereit noch in der Lage, diese neuen Lasten zu tragen.

Die Bayer. Staatsregierung verkennt, dass es der Staat ist, der neue Krippenplätze anschafft. Nach dem in der Verfassung verankerten Konnexitätsprinzip muss der Freistaat den Kommunen die vom Bund nicht gedeckten Kosten erstatten. Diese Haltung der Kommunen wird durch ein neues Gutachten des Verfassungsrechtlers Prof. Hans-Ullrich Gallwas untermauert.

Dass der Ausbau der Kinderbetreuung in unserem Land dringend und schnell erforderlich ist, wird von fast niemandem mehr ernsthaft bestritten. Die jetzigen und die zukünftigen Eltern von kleinen Kindern erwarten jetzt nicht langwierige Auseinandersetzungen zwischen dem Freistaat Bayern und den Kommunen um die Finanzierung der Krippenplätze, sondern sie erwarten mit Recht, dass möglichst bald viele zusätzliche Krippenplätze gebaut werden. Der Freistaat Bayern kann die bayerischen Kommunen nicht mit mickrigen 100 Millionen Euro abspeisen und sich dann vornehm zurücklehnen. Die Städte und Gemeinden verlangen, dass sich der Freistaat mit mindestens der gleichen Summe am Krippenausbau beteiligt wie der Bund. Es wird Zeit, dass der Staat seinen Worten jetzt auch Taten – sprich ausreichend Geld – folgen lässt!

Ihr

Gerhard Weber

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin: Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
eMail: info@gemeindezeitung.de

Kulturpreis Bayern der E.ON Bayern AG:

Grandioses Feuerwerk an Unterhaltung

Energiedienstleister zeichnete 40 Preisträger aus Wissenschaft und Kunst aus

Mit dem Kulturpreis Bayern der E.ON Bayern AG sind in Unterschleißheim 40 Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kunst ausgezeichnet worden. Mit diesem Preis, der erstmals für Wissenschaftler und Künstler aus ganz Bayern vergeben worden ist, leistet der Energiedienstleister E.ON Bayern nicht nur einen wichtigen Impuls zum Erhalt der kulturellen Vielfalt, sondern bietet darüber hinaus auch eine Bühne für Kunst und Wissenschaft in den Regionen Bayerns.

Die neue Sport- und Tagungszentrumsanlage in der oberbayerischen Gemeinde lieferte den perfekten Rahmen für einen von E.ON Bayern hervorragend arrangierten, abwechslungsreichen Abend, zu dem letztlich auch namhafte Laudatoren wie Wissenschaftsminister Thomas Goppel, der Musiker und Moderator Werner Schmidbauer, Nobelpreisträger Professor Wolfgang Huber und der Unternehmer Anton Kathrein beitrugen. Insgesamt wurden 170.000 Euro Preisgelder überreicht.

Herausragendes künstlerisches Wirken

Aus jedem der sieben Bezirke Bayerns erhielt je ein Künstler den Kulturpreis Bayern für herausragendes künstlerisches Wirken: Mit dem Theater Mummpitz aus Nürnberg ging die mit jeweils 10.000 Euro dotierte Auszeichnung zum ersten Mal an eine künstlerische Einrichtung in Mittelfranken. Seit rund einem Vierteljahrhundert steht das Theater für engagiertes und frisches Theater für Kinder aller Altersstufen und ist Veranstalter des internationalen Kindertheaterfestivals „Panoptikum".

Lebenswelt von Kindern

Die Theaterstücke orientieren sich an der Lebenswelt von Kindern und zeigen deren Fragen, Konflikte und Probleme. Dadurch werden sie dem Bedürfnis der Kinder, durch Spielen und Lernen das Leben kennen zu lernen, gerecht.

Unter der Leitung von Theaterpädagogen werden im Theater Mummpitz auch Theaterkurse für Kinder angeboten. Dabei lernen diese verschiedene Theater-, Stimm- und Aufwärmspiele kennen. Gemeinsam wird eine Geschichte gesucht, Szenen dazu gefunden und Theater gespielt. Mummpitz erhielt unter anderem zweimal den Kulturförderpreis der Stadt Nürnberg sowie mehrfach Auszeichnungen bei den Bayerischen Theatertagen.

Dr. Peter Deml mit der Moderatorin des Abends, Sabrina Staubitz; im Hintergrund der „Gedankenblitz", des Schwandorfer Bildhauers Peter Mayer. ❐

Einfach elektrisierend

Ebenfalls erstmals gewürdigt wurde der Bezirk Schwaben mit Prof. Franz Halász, der an der Spitze außergewöhnlicher Gitarristen steht. Der gebürtige Amerikaner begann seine Karriere 1993, als er bedeutende Wettbewerbe in Spanien und Japan gewann. Kritiker bezeichneten ihn nach seinem Debüt in New York als „einfach elektrisierend" und als „den bemerkenswertesten Gitarristen der letzten Jahre". Seine Orchesterdarbietungen und vor allem seine Klarheit und Präzision in seiner musikalischen Vorstellung begeistern das Publikum von Tokio bis New York. Franz Halász lehrt als Professor an der Augsburger Hochschule für Musik und hat sich besondere Verdienste um die künstlerische Nachwuchsarbeit erworben.

Einzigartige Künstler

Für Niederbayern geehrt wurde in diesem Jahr die Dynamo Kurzfilm als Veranstalterin der „Landshuter Kurzfilmtage". Mit Stefan Eberstadt erhielt ein Bildender Künstler den Kulturpreis Bayern für den Bezirk Oberbayern. Der Preis für Oberfranken ging an die Lyrikerin Nora-Eugenie Gomringer und die jüngste Kammersängerin Bayerns, Diana Damrau, erhielt den Kulturpreis Bayern für Unterfranken. Für die Oberpfalz wurde die Altneihauser Feierwehrkapell'n ausgezeichnet. Diese Kapelle aus Neuhaus in der Oberpfalz um Norbert Neugirg ist einzigartig und hat bereits über Bayern hinaus besondere Beachtung gefunden. Der Auftritt der Truppe in historischen Feuerwehrkostümen ist ein Erlebnis der besonderen Art und genießt nicht nur bei den Fans Kultstatus. Mit der gelungenen Mischung aus traditioneller Volksmusik und Kabarett haben die Altneihauser ein neues Genre künstlerischer Unterhaltung geprägt.

Auch bei der E.ON-Preisverleihung zündete die Truppe zum Finale ein Feuerwerk aus Tönen und Reimen. Zunächst nahm Kommandant Neugirg mit Blick auf E.ON-Vorstandschef Peter Deml augenzwinkernd die aktuellen Strompreiserhöhungen unter die Lupe, um anschließend zu reimen: „So danken wir der Jury brav, dass uns der Kulturpreis traf. Die Oberpfalz, am Rand zu Böhmen, ist gewillt, das hinzunehmen." Die Laudatio auf die sieben Preisträger hielt der Moderator und Journalist Werner Schmidbauer.

Die besten Doktorarbeiten

Für die besten Doktorarbeiten an den zehn staatlichen Universitäten in Bayern wurden folgende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ausgezeichnet: Dr. Stefan Lorenzmeier von der Universität Augsburg, Dr. Sabine Zloch von der Universität Bamberg, Dr. Innokenty Kantor von der Universität Bayreuth, Dr. Lina Chen von der Universität Eichstätt-Ingolstadt, Dr. Verena Bögelein von der Universität Erlangen-Nürnberg, Dr. Bettina Valeska Lotsch von der

(Fortsetzung nächste Seite)

Zukunft beginnt daheim ...

(Fortsetzung von Seite 3)
ner gemeinsamen gemischten Gesellschaft einsetzen.

Die Modernisierung der kommunalen Verwaltung bildet einen weiteren Schwerpunkt im Wahlprogramm der FDP. So sollen die Kommunen bürgerfreundlicher und effizienter werden und ihre Verwaltungen verstärkt einen Dienstleistungscharakter bekommen. Auch sollen Kommunen der Privatwirtschaft keine Konkurrenz machen. Eine Privatisierung der Wasserversorgung lehnen die Liberalen allerdings ab.

Bürokratische Hemmnisse abschaffen

Damit die Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort erleichtert wird, will die FDP bürokratische Hemmnisse und unnötige Reglementierungen, etwa bei der Bauverwaltung, abschaffen. Öffnungszeiten von Museen und öffentlichen Kultureinrichtungen haben sich nach dem Willen der Liberalen an den Freizeitmöglichkeiten der Bürger und nicht an den Zeitplänen der Verwaltung zu orientieren.

FDP-Landesvorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sprach auf dem Parteitag von der „positiven Entwicklung", die die Landespartei in den vergangenen Jahren genommen habe. Seit Anfang 2007 legte die Mitgliederzahl bei der bayerischen FDP um 6,4% zu.

Das 5.000ste Mitglied wurde dieser Tage aufgenommen und auf dem Parteitag ausgezeichnet. Seit den Kommunalwahlen 2002 verfügen die Freien Demokraten über rund 300 kommunale Mandatsträger in Bayern. Generalsekretär Martin Zeil gab in Ingolstadt das Ziel aus, „mutig zu sein und die Verdoppelung der Mandate" anzustreben. „Wir wollen unsere kommunale Basis deutlich verbreitern und damit ein Zeichen in Richtung Landtagswahl setzen" so Zeil.

Kampagne zur Kommunalwahl

Unter dem Motto „Zukunft beginnt daheim" stellten die Liberalen auch ihre Kampagne zur Kommunalwahl vor, die bayernweit durchgeführt wird. Die FDP will damit deutlich machen, dass nach ihrer Auffassung die Kommune die wichtigste Einheit im Staat ist und dass alle wichtigen Fragen, die auf anderen politischen Ebenen entschieden werden, die Bürger vor Ort am stärksten betreffen. **DK**

Wahlziel 1000 plus X ...

(Fortsetzung von Seite 2)
greifenden Unterricht anzubieten. Langfristiges Ziel sei eine Schule für alle Kinder von der 1. bis zur 9. Klasse, an die sich eine gymnasiale Oberstufe oder eine berufsausbildende Laufbahn anschließt.

Querschnittsaufgabe Gleichstellungspolitik

Eine moderne Gleichstellungspolitik, „die wir als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern sehen", ist ein weiteres Ziel der bayerischen Grünen. Gleichzeitig halten sie die Weiterentwicklung einer modernen und eigenständigen Frauenpolitik für unerlässlich. Immer noch träfen Frauen etwa in der Berufswelt auf höhere Hürden wie Männer und erhielten weniger Lohn für gleiche Arbeit. Immer noch beantworteten Frauen die Frage nach Vereinbarkeit von Familie und Berufsausübung überwiegend alleine. Die Kommunen könnten deutlich dabei mithelfen, Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern herzustellen: Durch eine konsequente Gleichstellungspolitik und durch die Überprüfung, wie sich die Beschlüsse, Maßnahmen und Entscheidungen auf Männer und Frauen auswirken, also durch Gender Budgeting. Dies gelte insbesondere für die Haushaltspolitik der Städte, Gemeinden und Kreise.

Verantwortung für Liberalität und Toleranz

Ein gleichberechtigtes Miteinander von Deutschen und Migranten ist ebenso wesentlicher Richtungspunkt grüner Kommunalpolitik. Hierzu heißt es: „Wir alle tragen in der Kommunalpolitik die Verantwortung für Liberalität und Toleranz, damit Ausgrenzungen von Bürgerinnen und Bürgern wegen ihrer Hautfarbe, ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Orientierung keine Chance haben." Die vielen lokalen Initiativen und Bündnisse gegen Rechtsradikalismus und für Zivilcourage seien ermutigend und verdienten größtmögliche Unterstützung.

Mehr Demokratie in der Kommune

„Mehr Demokratie in der Kommune" lautet ein weiteres erklärtes Ziel der Partei. In den bayerischen Kommunen bestehen nach Ansicht der Grünen „oft erhebliche Demokratiedefizite". Viele Entscheidungen würden „im stillen Kämmerlein" vorbereitet, in nicht-öffentlichen Sitzungen gefasst und den Bürgerinnen und Bürgern nicht ausreichend dargelegt. Das Miteinander vor Ort lebe jedoch von der Möglichkeit des Bürgers, mitzubestimmen und sich engagieren zu können. Die Grünen wollen die Menschen, die schließlich unmittelbar von den Entscheidungen der Kommunalparlamente betroffen sind, „so eng wie möglich in die Entscheidungsprozesse einbinden". Dies sei „gerecht, demokratisch und bürgernah".

Offensive Informationspolitik

Demokratie werde durch Bürgerbeteiligung gelebt. Dazu gehörten Transparenz und eine offensive Informationspolitik sowie die Stärkung regionaler Initiativen und Institutionen wie Agenda-Gruppen oder Jugendparlamente. Transparenz und Beteiligung seien die besten Mittel gegen Politikverdrossenheit. „Für uns Grüne sind bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit wesentliche Bestandteile der Entwicklung zu mündigen Bürgern für eine solidarische, weltoffene und demokratisch aktive Zivilgesellschaft", so die Erklärung. Daher setzten sich die Grünen dafür ein, „dass dies mehr als bisher anerkannt und gefördert wird". Ehrenamtliche Arbeit stärke die Kommunen, doch sie stärke vor allem die Bürgerinnen und Bürger selbst. **DK**

Zellner bleibt Vizepräsident ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Einnahmen. Nur durch Betrachtung der kommunalen Ausgaben wird das Verschuldungsproblem nicht zu lösen sein", so Duppré.

Der Deutsche Landkreistag tritt daher nachdrücklich dafür ein, den Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen, der im Vergleich zu den kommunalen Gesamtausgaben an den Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts weit unterproportional ist, zu erhöhen. Der Präsident: „Für den Kreisbereich heißt dies, die Frage nach einer Steuerbeteiligung der Kreise sowohl bei der Umsatzsteuer als auch bei der Lohn- und Einkommensteuer oder der Grunderwerbsteuer zwingend auf die Tagesordnung der Föderalismuskommission II zu setzen." So könne es gelingen, die Eigenfinanzierung der Kreise zu stärken und deren Abhängigkeit von staatlichen Zuweisungen zu verringern. Keinesfalls dürfe eine solche Steuerbeteiligung zulasten der Steueranteile der kreisangehörigen Gemeinden gehen.

Verkehrsbedürfnisse im ländlichen Raum

Mit Blick auf die geplante Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG forderte der Deutsche Landkreistag den Bund wiederum auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Verkehrsbedürfnisse der Menschen in ländlichen Gebieten auch künftig erfüllt werden. Laut Duppré bedeutet dies, „dass die Anbindung aller Regionen an das Schienennetz und eine Bedienung dieser Strecken sichergestellt werden müssen". Nach dem Grundgesetz sei es Aufgabe des Bundes, für eine flächendeckende Schieneninfrastruktur zu sorgen. Daher müsse der Bund Herr über das Schienennetz bleiben, weil sonst ein Abbau von Strecken und die Schließung von Bahnhöfen droht. Auch mit Blick auf den Güterverkehr dürften die wirtschaftlich schwächeren Regionen nicht vom Zugang zum Wirtschaftskreislauf abgekoppelt werden. Dies würde ihre Entwicklungschancen empfindlich beeinträchtigen. Diesen Forderungen werde der vorliegende Gesetzentwurf nicht gerecht.

Diskriminierungsfreier Zugang zur Schiene

Duppré zufolge bietet die Schieneninfrastruktur in der Hand des Bundes zudem die Gewähr dafür, dass alle Transportunternehmen einen diskriminierungsfreien Zugang zur Schiene erhalten und dadurch das Interesse der jeweiligen Betreibergesellschaft an einer hohen Auslastung befördert wird. „Die Deutsche Bahn zeigt sich oftmals als zu starr und unflexibel, wenn es darum geht, Potenziale auszuschöpfen, sondern legt ihren Fokus mehr und mehr auf den Fernverkehr und eigene Interessen. Wettbewerber, die den Wünschen von Kommunen und Ländern entgegenkommen wollten, hat sie zum Teil massiv behindert. Die Privatisierung darf nicht dazu führen, dass der ländliche Raum wirtschaftlich und im Regionalverkehr den Kürzeren zieht."

Die Tagung des Deutschen Landkreistags befasste sich auch mit der Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung in Zeiten des demografischen Wandels. Anlass dafür war u. a. der 250. Geburtstag des preußischen Staatsmannes Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein (1757 bis 1831), der als „Vater der kommunalen Selbstverwaltung" gilt. Namhafte Wissenschaftler und Politiker, unter anderem Bundespräsident Dr. Horst Köhler und Innenminister Dr. Wolfgang Schäuble, befassten sich mit dem Geist der Steinschen Reformen. **DK**

Sorge und Kritik ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Jahren nicht mehr so leicht eine eigene Bedarfsgemeinschaft bilden können.

▶ Der Bund will seine Beteiligung an den Kosten der Grundsicherung von jährlich 409 Millionen Euro auf 172 Millionen Euro reduzieren. Die Kosten haben sich jedoch seit Einführung der Grundsicherung im Jahr 2003 mehr als verdoppelt und liegen bei über 3 Milliarden Euro.

▶ Die Kommunen unterstützen den Vorschlag der Länder, den Bundesanteil zu dynamisieren und von den bisher geplanten 7,1 Prozent auf mindestens 20 Prozent zu erhöhen.

Reform der Pflegeversicherung

Den kürzlich im Bundeskabinett verabschiedeten Gesetzentwurf zur Pflegeversicherung sehen Städtetag, Landkreistag und Gemeindebund als Schritt in die richtige Richtung, weisen jedoch darauf hin, dass angesichts der demografischen Entwicklung und der Kostenentwicklung im Pflegebereich eine umfassende Reform der Pflegeversicherung weiter auf der Tagesordnung bleiben müsse. Positiv bewerten die Kommunen vor allem die Vorschläge zur Stärkung der ambulanten Versorgung.

Zu den vorgesehenen Pflegestützpunkten erklärten die Präsidenten Ude, Duppré und Schäfer: „Die Pflegestützpunkte können eine Stärke der Reform werden, indem sie die Hilfsangebote für die betroffenen Menschen koordinieren sowie pflegerische und soziale Betreuung aufeinander abstimmen. Damit ein solches Konzept in der Praxis funktioniert, bedarf es jedoch klarer Verantwortlichkeiten. Die Kommunen sollten die Pflegestützpunkte koordinieren. So könnten vorhandene Strukturen genutzt und der Aufbau von Parallelstrukturen vermieden werden."

Grundsicherung im Alter

Die Kommunen sehen sich wegen ihrer vielfältigen Kompetenzen in der Altenhilfe, der Hilfe zur Pflege, der Grundsicherung im Alter, der Wohnumfeldentwicklung und der Koordination sozialer Dienstleistungen am besten in der Lage, die Koordinierungsverantwortung zu übernehmen. Bislang ist vorgesehen, dass Kranken- und Pflegekassen die Einrichtung der Pflegestützpunkte vertraglich regeln und darauf hinwirken, dass sich Kommunen, Pflegeeinrichtungen und Unternehmen der privaten Kranken- und Pflegeversicherung an den Verträgen beteiligen. Offen bleibt dagegen, wem welche Aufgaben und Verantwortlichkeiten innerhalb der Pflegestützpunkte obliegen. **DK**

Erfolge des Programms „Soziale Stadt in Bayern“ deutlich sichtbar

„57 Städte, Märkte und Gemeinden mit insgesamt 76 Programmgebieten aus allen Regionen Bayerns sind mittlerweile in der Gemeinschaftsinitiative ‘Soziale Stadt in Bayern’ engagiert. Das Programm und seine Strategien sind in den Kommunen angekommen und fester Bestandteil der Stadtentwicklungspolitik. Die Erfolge sind überall deutlich sichtbar“, betonte Dr. Günther Beckstein noch in seiner Funktion als bayerischer Innenminister anlässlich der Fachtagung der Städtebauförderung „Soziale Stadterneuerung“ im September in Nürnberg.

Das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ startete 1999. Seither wurden von Bund und Freistaat über 155 Millionen Euro für diese Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Allein 2007 sind es über 27,4 Millionen Euro.

Integriertes Handlungskonzepts

Die Projekte werden fachübergreifend im Rahmen eines integrierten Handlungskonzepts erarbeitet. Die Bürgerinnen und Bürger sind ebenso wie die lokalen Akteure in das Programm intensiv eingebunden und tragen zur Umsetzung aktiv bei.

Impulsprogramm

Das Impulsprogramm „Soziale Stadt“ initiiert Kooperationen auch mit anderen betroffenen Institutionen zum Aufbau von Stadtteilnetzwerken, die langfristig die Stabilisierung und Eigenständigkeit der Quartiere sichern. „Vielfach gilt es dabei auch die Integrationsbemühungen vor allem für die Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund zu verstärken.

Steigerung der Lebensqualität

Ein wesentliches Ziel ist die Steigerung der Lebensqualität und die Verbesserung der Chancen der Bewohnerinnen und Bewohner“, betonte Beckstein. Die langfristige Selbstständigkeit der Erneuerungsgebiete hängt maßgeblich von den Beteiligten vor Ort ab. Die Projekte müssen daher auf eine Stärkung der Eigenverantwortung und auf eine Steigerung der Kompetenz der Bewohnerinnen und Bewohner abzielen. Parallel zu den baulichen Maßnahmen sollten daher Initiativen zur Selbsthilfe, zur Gemeinwesenarbeit und zur Stabilisierung von Nachbarschaften unterstützt werden. „Dies muss, nach einem sanften Übergang, auch ohne staatliche Förderung möglich sein. Hier müssen andere Partner den Faden aufnehmen“, so Beckstein.

Kooperationen

Diesen Ansatz verfolgt Bayern bereits mit dem Modellvorhaben „Kooperationen - Pilotprojekte für die Stadtgesellschaft“ im Rahmen der Sozialen Stadt. Von den ausgewählten 41 Modellprojekten sind die meisten bereits angelaufen. Ziel des Modellvorhabens ist es, die Einbindung von lokalen Akteuren zu stärken und zu etablieren. Dies sind beispielsweise die sozialen Träger, die Glaubensgemeinschaften, die Schulen und Bildungseinrichtungen, Vereine und Initiativen sowie lokale Unternehmen und Betriebe.

In Bayern stehen heuer in den verschiedenen Programmen der Städtebauförderung insgesamt 113 Millionen Euro zur Verfügung. Davon kommen 58 Millionen vom Freistaat, 41 Millionen vom Bund und 14 Millionen Euro von der EU. Rund zwei Drittel der Städtebauförderungsmittel kommen Städten und Gemeinden im ländlichen Raum zugute.

Weitere Informationen

Näheres zur Städtebauförderung ist auch im Internet unter http://ww.stmi.bayern.de/bauen/staedtebaufoerderung/ abrufbar. ❐

Kinderkrippenausbau:

Irrtum, Frau Staatsministerin!

Zurückgewiesen hat der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, die Behauptung von Staatsministerin Christa Stewens, der geplante Ausbau der Kinderkrippen falle nicht unter das Konnexitätsprinzip.

Die Vorgabe für die bayerischen Städte und Gemeinden, bis zum Jahr 2013 eine bestimmte Quote von Betreuungsplätzen zu schaffen, ändert die bisherige Rechtslage. Die Situation wird noch verschärft, wenn ab 2013 jedes Kind einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz bekommt. Damit werden zusätzliche Anforderungen an die Kommunen gestellt. Diese unterliegen dem Konnexitätsprinzip. Schaidinger: „Frau Stewens macht es sich zu einfach, wenn sie darauf hinweist, dass der Maßstab für den Ausbau der Krippenplätze allein der örtliche Bedarf sei. Schließlich haben Bund und Land Versorgungsquoten von 35 Prozent bundesweit bzw. 31 Prozent in Bayern formuliert“.

Die Behauptung der Sozialministerin, Bund und Land würden zwei Drittel ihrer Investitionskosten für den Ausbau und zusätzlich 60.000 Betreuungsplätze finanzieren, erscheint Schaidinger viel zu hoch gegriffen; die Städte gehen davon aus, dass sie nur ca. ein Drittel ihrer Investitionskosten finanziert bekommen.

Der Städtetag will dem Sozialministerium ein Gutachten des Verfassungsrechtlers Prof. Dr. Gallwas übersenden, indem dieser darlegt, dass der Ausbau der Kinderkrippenplätze dem Konnexitätsprinzip unterliegt. Unabhängig davon kommt auch der Referatsleiter im Bundesfamilienministerium, Prof. Dr. Dr. Reinhard Wiesner, zum Ergebnis, dass das landesrechtliche Konnexitätsprinzip beim Ausbau der Kleinkindbetreuung greift. ❐

Bayerischer Bauindustrieverband:

Bauen und Energie ganzheitlich betrachten

Die Themen Bauen und Energie rücken immer enger zusammen. Klimawandel, gestiegene Energiepreise und höhere Anforderungen der Bauherren an die Energetik sind Herausforderungen, denen die Bauindustrie Lösungen anbieten kann. Dazu hat der Bayerische Bauindustrieverband einen Arbeitskreis „Bauen und Energie“ initiiert.

Die deutsche Industrie hat ihre CO2-Emissionen seit 1990 um mehr als 30 % reduziert und damit überproportional zur Erfüllung der Kyoto-Vorgaben beigetragen. Derzeit stammen 3,2 % des weltweiten CO2-Ausstoßes aus Deutschland.

Klimaschutz ist Ingenieuraufgabe

Wichtiger Partner zur nachhaltigen Verbesserung des Klimaschutzes ist die Bauindustrie mit ihrem Ingenieur- Knowhow beim Planen, Bauen und Betreiben der Energie- und Verkehrsinfrastruktur. Vor dem Hintergrund zukunftsweisender Bedarfs- und Aufgabenfelder für die Bauindustrie befasste sich der neu gegründete BBIV-Arbeitskreis „Bau und Energie“ insbesondere mit aktuellen energietechnologischen Fragestellungen und den Möglichkeiten einer Kompetenzerweiterung im baulichen Energiebereich.

„Die Bauindustrie kann sich als Schlüsselindustrie aktiv in die aktuelle Energiedebatte einbringen und viele innovative Lösungen zur Verbesserung des Klimaschutzes anbieten“, so das Credo von Hauptgeschäftsführer RA Gerhard Hess bei der Konstituierung des BBIV-Arbeitskreises „Bau und Energie“ im Haus der Bayerischen Bauindustrie.

Schwerpunktthemen

Die Teilnehmer dieses Arbeitskreises, vornehmlich Repräsentanten aus dem mittelständischen Mitgliederkreis des BBIV, definierten folgende Schwerpunktthemen und Handlungsfelder für die kommende Arbeit dieses Arbeitskreises:

▶ Energieeffizienter Wohnungs- und Industriebau: Die zunehmende Nachfrage von Kunden im Wohnungs- und Gewerbebau nach energiesparenden Lösungen macht es erforderlich, verstärkt entsprechende Dienstleistungen und Produkte in diesen Bereichen anzubieten.

▶ Technologieaspekte im Kraftwerksbau bzw. Kernkraftwerksbau: Bei diesen Bauten wird höchste Ingenieurkompetenz gefordert, wie beispielsweise hohe Anforderungen an die Beton- und Bewehrungstechnologie sowie das Zusammenspiel von Bauindustrie, Anlagenbau und Elektro- und Werkstofftechnik.

▶ Infrastrukturausbau und Klimaschutz: Der Kraftstoffverbrauch ist im Stau bis zu dreimal höher als im fließenden Verkehr. Ein bedarfsgerechter Ausbau unserer Infrastruktur kann deshalb nachhaltig zum Klimaschutz beitragen. Hierzu zählen u.a. folgende Maßnahmen: Eine Optimierung des Verkehrsflusses, eine stärkere Vernetzung der Verkehrssysteme, der Bau von Verkehrsbündelachsen sowie der Ausbau der Bundesautobahnen und des Schienenverkehrs.

▶ Kompetenzerweiterung im baulichen Energiebereich: Das Themenfeld „Bau und Energie“ erfordert bei allen Bauführungskräften neue allgemeine und spezifische Kenntnisse. Dieses Wissens- und Erfahrungsfeld ist zu eruieren und in entsprechende Fortbildungsmaßnahmen umzusetzen.

▶ Neue Schwerpunkte in der Bauingenieurausbildung sind zu setzen: Gebäudetechnik und energieeffizientes Planen und Bauen als Wahlfächer beim Bauingenieurstudium einführen. Die Abschätzung des Marktpotentials von Geothermieprojekten in Bayern, die Bedeutung des Energiepasses für die Bauwirtschaft sowie energetische Sanierungsmaßnahmen beim Bauen im Bestand waren weitere Diskussionspunkte des Arbeitskreises.

Alle Arbeitskreis-Teilnehmer waren sich einig in der Einschätzung, dass das Geschäft mit dem Klima und der Energie ein bedeutsamer Wachstumsmarkt sein kann, besonders auch für unsere Bauunternehmen. Denn die Bauindustrie bietet viele technologisch ausgereifte Lösungen zum nachhaltigen Klimaschutz und zur sicheren Energieversorgung an. ❐

Grandioses Feuerwerk ...

(Fortsetzung von Seite 4)

LMU München, Dr. Denys Baskakov von der TU München, Dr. Marcus Raitner von der Universität Passau, Dr. Stefan Hüsig von der Universität Regensburg und Dr. Sebastian Hasenstab-Riedel von der Universität Würzburg. Ihr mit jeweils 4.000 Euro dotierter Preis wurde von Prof. Dr. Wolfgang Huber überreicht, der 1988 den Nobelpreis für Chemie erhielt.

Die besten Diplomandinnen und Diplomanden

Jeweils 2.500 Euro gingen an die besten Diplomandinnen und Diplomanden der 17 staatlichen Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften Bayerns. Für die fränkischen Fachhochschulen erhielten Martina Genthner (Fachhochschule Ansbach), Andreas Pachur (Hochschule Aschaffenburg), Christian Geldner (Hochschule Coburg), Christian Thus (Hochschule Hof), Sabine Frank (Hochschule Nürnberg) und Marcus Liebschner (Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt) den Kulturpreis Bayern.

Die Preisträger in dieser Kategorie aus Oberbayern sind Andreas Poost (Hochschule Ingolstadt), Maria Haberl (Hochschule München), Sebastian Engljähringer (Hochschule Rosenheim) und Peter Schulz (Fachhochschule Weihenstephan). Für die ostbayerischen FH-Standorte ging der Kulturpreis Bayern an Marion Wedemann (Hochschule Amberg-Weiden), Florian König (Hochschule Deggendorf), Florian Kandlinger (Fachhochschule Landshut) und Alexander Geißler (Fachhochschule Regensburg). Aus Schwaben wurden Christian Wind (Fachhochschule Augsburg), Nico Rauchfuß (Hochschule Kempten) und Julia Weber (Fachhochschule Neu-Ulm) ausgezeichnet. Laudator für diese 17 Preisträger war der Rosenheimer Unternehmer Prof. Dr. h. c. Anton Kathrein.

Sonderpreis des Kunstministeriums

Ebenfalls mit einem Preisgeld von 2.500 Euro sind die Auszeichnungen für die besten Absolventinnen und Absolventen der fünf staatlichen Kunsthochschulen dotiert. Der Kulturpreis Bayern ging in diesem Jahr an Lucia Falconi (Akademie der Bildenden Künste München), Andrea und Eric Asch (Hochschule für Fernsehen und Film München), Henri Bonamy (Hochschule für Musik und Theater München), Simona Koch (Akademie der Bildenden Künste Nürnberg) und Christian Michael Kunert (Hochschule für Musik Würzburg).

Den mit 5.000 Euro dotierten Sonderpreis des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst erhielt schließlich der Filmemacher Franz Xaver Gernstl für seine filmischen Arbeiten über Land und Leute in Bayern.

Unverwechselbare Handschrift

In seiner Laudatio sagte Staatsminister Goppel, Gernstl habe eine unverwechselbare Handschrift bei der Porträtierung von Menschen entwickelt. Damit werde eine künstlerische Leistung geehrt, die ebenso eigenständig wie spezifisch bayerisch sei. „Gernstl kann dem Volk nicht nur aufs Maul schauen, sondern er kann es vor allem zum Sprechen bringen wie kein anderer“, lobte der Minister. Gernstls listig-lakonische Art der Gesprächsführung ermutige die Menschen, „uns Einblick zu gewähren in ihr Denken und ihre Gefühle, ihre Träume und Sehnsüchte“. Die Beiträge der Sendereihe „Gernstl unterwegs“ seien ebenso unterhaltsam wie human und zeugten stets von Franz Xaver Gernstls unverkennbarer Sympathie für alles Nonkonformistische und Skurrile.

Showauftritte der Superstar-Sängerin Elli Erl und eine pointenreiche Song-Einlage von Werner Schmidbauer rundeten das durchwegs gelungene Event ab. **DK**

Die starke Stütze im Baurecht

Für alle Fragen des bayerischen Baurechts

Kernstück des Werks ist die ebenso ausführliche wie gut strukturierte Kommentierung der Bayerischen Bauordnung. Wegen der umfassenden und grundlegenden Erläuterungen fast aller bauordnungsrechtlichen Aspekte und der Synopse mit den Bauordnungen anderer Bundesländer ist der »Simon/Busse« **auch außerhalb Bayerns ein wertvolles Werkzeug**.

Jetzt neu mit Stand August 2007:

Gründlich überarbeitet wurden in Band I die Erläuterungen des Art. 87 (Vorrang anderer Gestattungsverfahren). In Band II wurden zahlreiche Gesetze und Verordnungen aktualisiert.

Neu aufgenommen wurde das Bayerische Umweltinformationsgesetz (BayUIG). Das bisherige Bayerische Architektengesetz wurde durch das Gesetz über die Bayerische Architektenkammer und die Bayerische Ingenieurekammer Bau (Baukammerngesetz – BauKaG) ersetzt.

Fax-Coupon

Simon/Busse, Bayerische Bauordnung
Herausgegeben von Dr. Jürgen Busse, Direktor des Bayerischen Gemeindetages, vormals herausgegeben von Dr. Alfons Simon, Abteilungsdirektor a.D.

87. Auflage. 2007. Rund 8700 Seiten. In 2 Ordnern.

❑ Vorzugspreis für das Grundwerk bei Bezug von 3 fortlaufenden Ergänzungslieferungen € 118,– (danach jederzeit kündbar). ISBN 978-3-406-44019-9
❑ ohne Ergänzungslieferungen € 240,–. ISBN 978-3-406-50080-1

Name
Straße
PLZ/Ort
Datum/Unterschrift 136854

Bei schriftlicher oder telefonischer Bestellung haben Sie das Recht, die Ware innerhalb von 2 Wochen nach Lieferung ohne Begründung an Ihren Lieferanten (Buchhändler, beck-shop.de oder Verlag C.H.Beck, c/o **Nördlinger Verlagsauslieferung, Augsburger Str. 67a, 86720 Nördlingen**) zurücksenden, wobei die rechtzeitige Absendung genügt. Kosten und Gefahr der Rücksendung trägt der Lieferant.
Ihr Verlag C.H.Beck oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München

C.H.BECK

Bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder bei:
beck-shop.de oder Verlag C.H.Beck · 80791 München
Fax: 089/38189–402 · www.beck.de

Preise inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten € 4,30 innerhalb Deutschlands bei Bestellung beim Verlag.

Vor der neuen „Kastanienburg“ (v. r.): Landshuts Oberbürgermeister Hans Rampf, Kastulus Bader, Inhaber der Ziegelwerke Leipfinger-Bader mit Ehefrau Elfriede Bader, Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein, Horst Drexler, Leitender Baudirektor der Stadt Landshut, Georg Sittenauer, Bauunternehmer und Architekt Manfred Wimmer, Bauforum Landshut. ❐

Neue brandsichere Kindertagesstätte

Ziegelwerke Leipfinger-Bader ermöglichen sicheres Spielen in der „Kastanienburg“

Landshut - Anlässlich des Richtfestes zum Wiederaufbau der Kindertagesstätte „Kastanienburg“ lud die Stadt Landshut Sponsoren und Verantwortliche zu einem feierlichen Festakt in die Wolfgangsiedlung. Das damals in Leichtbauweise errichtete Gebäude wurde bei einem Brand im Mai 2006 vollständig zerstört. Alle 102 Kinder, die sich zu diesem Zeitpunkt im Gebäude befanden, konnten dank dem beherzten Eingreifen der Erzieherinnen rechtzeitig evakuiert werden. Der Schaden betrug mehrere hunderttausend Euro.

„Als uns die Nachricht von dem Unglück erreichte, stand fest, dass wir uns sowohl finanziell als auch mit unserem Fachwissen am Wiederaufbau beteiligen werden“, erklärte Kastulus Bader, Inhaber der Ziegelwerke Leipfinger-Bader sein Engagement für die gute Sache. „Das neue in massiver Ziegelbauweise errichtete Haus ist nicht nur ein schöner und kindgerechter Ort zum Spielen und Toben geworden, sondern entspricht in höchstem Maße allen Anforderungen an einen erhöhten Brand-, Schall- und Wärmeschutz.“

„An der guten Sache wollten wir uns sowohl finanziell als auch mit unserem Fachwissen beteiligen“, erklärte Kastulus Bader (l.), Inhaber der Ziegelwerke Leipfinger-Bader, sein Engagement für den Wiederaufbau der Kindertagesstätte Kastanienburg. Oberbürgermeister Hans Rampf (r.) bedankte sich beim großzügigen Sponsor. ❐

Beim Richtfest der Kindertagesstätte „Kastanienburg“ begrüßte der Landshuter Oberbürgermeister Hans Rampf die Spender und Verantwortlichen, die den neuen massiven Ziegel-Rohbau möglich gemacht hatten.

Sicherheit und Wohlgefühl

„Das neue Gebäude ist noch großzügiger und vor allem sicherer im Sinne der Kinder gestaltet. Neben der Brandsicherheit bieten die massiven Ziegelmauern eine behagliche Atmosphäre und tragen hoffentlich dazu bei in Zukunft ein ähnliches Unglück zu verhindern,“ bemerkte Kastulus Bader der Inhaber der Ziegelwerke Leipfinger-Bader, die als Hauptspender und mit technischem Wissen den Neubau unterstützten.

Glück im Unglück

Mit der Fertigstellung des Rohbaus beendet die Stadt Landshut ein Unglück, das um ein Haar in einer Katastrophe geendet hätte. Am 11. Mai 2006 brach in der „Kastanienburg“ ein Feuer aus, das das Gebäude vollständig zerstörte. Dennoch hatten die 102 Kinder, die sich zur Zeit des Brandes in den Räumen befanden, Glück im Unglück.

Durch das umsichtige Verhalten des Personals kam keiner bei dem Brand zu Schaden. Das in Holzständer-/Leichtbauweise errichtete Gebäude brannte bis auf die Grundmauern nieder und verursachte einen Schaden von mehreren hunderttausend Euro.

Um den Kindergarten-Betrieb aufrechtzuerhalten und den Kindern möglichst schnell einen kindgerechten und vor allem sicheren Platz zum Spielen, Lernen und Toben zu geben, war schnelle und unbürokratische Hilfe nötig. Auf Initiative von Oberbürgermeister Hans Rampf fanden sich Spender und Sachverständige wie die Geschäftsleitung und die Bauberatung der Ziegelwerke Leipfinger-Bader, die ihre Hilfe in finanzieller und planerischer Hinsicht anboten.

Anforderungen übertroffen

Der neue zweigeschossige Baukörper in massiver Ziegel-Bauweise erfüllt und übertrifft alle Anforderungen an Brandschutz, Schallschutz und Wärmedämmung bei weitem. Die Aufteilung ermöglicht ein übersichtliches Grundrisskonzept. Gruppenräume, Themenräume, Werk- und Ruheräume sowie eine großzügige Außenanlage bieten Platz für insgesamt acht Gruppen. Außenwände aus Wärmedämmziegeln der Firma Leipfinger Bader mit einer Wandstärke von 42,5 cm und Ziegel-Innenwände sorgen für die nötige Ruhe in allen Bereichen. ❐

Revitalisierung
von Industrie- und Gewerbebauten

- Konzepte und Lösungen zur Umnutzung leerstehender Industrie-, Gewerbe- und Kommunalbauten
- Revitalisierung bestehender Produktionsgebäude und Integration neuer technologischer und logistischer Prozesse
- Machbarkeitsanalysen unter Einbeziehung der gesetzlichen und baurechtlichen Vorgaben
- Rentabilitätsanalysen
- Komplettes Leistungsspektrum – von der Beratung und Planung über die Abwicklung aller Genehmigungsverfahren bis zur Bauausführung

hinterschwepfinger

Hinterschwepfinger Projekt GmbH
84561 Mehring bei Burghausen
Tel +49 (0) 8677-98080

Ausführliche Informationen
und interessante Projektbeispiele
finden Sie im Internet unter
www.hinterschwepfinger.de

Graeff macht Schule

Bei der Ausschreibung des Neubaus eines Schulkinderhauses in Eschborn erhielt die Graeff Container- und Hallenbau GmbH den Zuschlag. Der Mannheimer Systembauexperte überzeugte mit einem sehr guten Preis-Leistungs-Verhältnis und der Vielseitigkeit seiner modularen Raumsysteme.

Als die Stadtverwaltung Eschborn im Frühjahr 2006 die Einrichtung einer Ganztagsschule plante, stand auch der Neubau eines Schulkinderhauses für ca. 120 Schüler im Alter von sechs bis 14 Jahren auf dem Plan. Auf die öffentliche Ausschreibung dieses Projekts hin hatte sich die Graeff Container- und Hallenbau GmbH, Mannheim, als eines von zwölf Unternehmen beworben und den Zuschlag erhalten. Wenzel Scholz von der Stadtverwaltung Eschborn sagt: „Besonders überzeugt hat uns das hervorragende Preis-Leistungs-Verhältnis, die langjährige Erfahrung und das Qualitätsbewusstsein des Unternehmens.“

Typisierte und modulare Raummodule

Geschäftsführer Heinrich Graeff freut sich, „dass wir als Gewinner aus dem Ausschreibungsverfahren hervorgegangen sind.“ Der Mannheimer Systembauexperte hat sich auf typisierte und modulare Raummodule spezialisiert, die nicht nur schnell und kostengünstig montiert, sondern vor allem vielseitig einsetzbar sind. Graeff meint: „Ideale Voraussetzungen für den Bau eines Schulkinderhauses, das multifunktionell sein muss, schließlich wird hier gelernt, gegessen, geruht, gespielt und getobt.“

Systempartner der Stadt

Als Systempartner der Stadt Eschborn übernahm die Graeff GmbH die Verantwortung für den reibungslosen Ablauf des gesamten Projektes, plante, lieferte und montierte die komplette Anlage und koordinierte die Zulieferer und Handwerker. Das Gebäude besteht aus 62 Raummodulen, die auf Stelcon-Fertigbetonplatten aufgestellt wurden. Der Clou: „Diese Fertigbetonplatten lassen sich - genau wie unsere Raummodule - einfach abtransportieren und wieder verwenden. Dadurch erübrigen sich später Abriss- und Entsorgungskosten“, erklärt Graeff. Die Lieferung und Montage verlief reibungslos und so konnte das Schulkinderhaus termingerecht Anfang August 2006 fertiggestellt werden - bereits sechs Wochen nach Baubeginn!

Während sich im Erdgeschoss vor allem Verwaltungsräume, der Küchenbereich und der Speiseraum befinden, liegen im Obergeschoss die Gruppenräume mit ihren jeweiligen pädagogischen Schwerpunkten. „Das Qualitätsniveau der Einrichtung ist außen wie innen sehr hoch“, erklärt Graeff, der als Geschäftsführer eines zertifizierten Unternehmens weiß wovon er spricht. Mit seinem ebenso hochwertigen wie ansprechenden Innenausbau erfüllt das zweigeschossige Gebäude auf rund 1.200 qm alle Anforderung an eine optimale Raumakustik.

Abgehängte Decken sorgen im gesamten Gebäude für Geräuschdämmung, die entsprechenden Bodenbeläge für Trittschalldämpfung. Die Innenwände wurden in Trockenbauweise ausgeführt und mit Glasfaser tapeziert, während Küche, Bäder und sanitäre Anlagen zweckmäßig raumhoch gefliest wurden. Die zentrale Heizungsanlage mit Plattenheizkörpern sorgt für eine angenehme Wärme. „Das Gebäude erfüllt selbstverständlich alle Auflagen zum Vollwärmeschutz nach der Energieeinsparverordnung und entspricht den Brandschutzrichtlinien“, sagt Graeff. Deren Planung übernahm die CEE GmbH Brandschutz Sicherheits- und Gebäudetechnik GmbH, Stade. Für die Einhaltung der Richtlinien erhielt Graeff Unterstützung durch das Baubüro Arch. Schattner aus Weisenheim am Sand.

Helle, behagliche Räume im neuen Schulkinderhaus. Kinder und Erzieherinnen durften bei der Farbgestaltung mitwirken. ❐

Feng Shui

Dem Schulkinderhaus Eschborn ist seine modulare Bauweise nicht anzusehen, denn die Außenfassade wurde komplett verputzt. Die Innenräume vermitteln eine heimelige Atmosphäre, zumal die Kinder zusammen mit den Erzieherinnen diese u.a. farblich selbst mitgestalten konnten. „Unsere Raumsysteme sind sehr flexibel. Sie lassen sogar Raum für „Feng Shui“, sagt Graeff. So konnten bereits in der Planungsphase - und ohne Mehrkosten - Raumpositionen, Treppendrehung sowie die Anordnung von Fenster- und Türöffnungen ganz nach den Prinzipien der chinesischen Lehre zur Harmonisierung von Bauvorhaben gestaltet werden.

Das Unternehmen:

Die Graeff Container- und Hallenbau GmbH, Mannheim, entwickelt, produziert, verkauft und vermietet seit über 30 Jahren mobile Raumlösungen und hochwertige Fertiggebäude. Das Unternehmen setzt dabei auf modulare und kostengünstige Raumsysteme. Seine umfangreiche Produktpalette reicht vom schlichten Baucontainer, dem Gastro-Pavillon und dem repräsentativen, achteckigen Ausstellungs-Glaspalast bis hin zu Großraumlagerhallen.

Passgenaue Lösungen

Das 15-köpfige Planungsteam von Graeff bietet darüber hinaus durch die Kombination bewährter Elemente passgenaue Lösungen für die individuellen Kundenbedürfnisse. 130 Mitarbeiter gewährleisten bundesweit und international kompetente, ausführliche Beratung vor Ort. Zu den Kunden zählen Unternehmen aus Handel und Handwerk, Maschinenbau und Bauindustrie sowie Dienstleister und Kommunen im In- und Ausland. Das Unternehmen ist nach DIN EN ISO 9001:2000 und RAL Gütegemeinschaft zertifiziert. ❐

Individuell und behindertengerecht sind die Sanitärräume gestalltet. ❐

Sechs Wochen nach Baubeginn konnte das neue Schulkinderhaus bezogen werden. ❐

Richard-Rother-Realschule in Kitzingen:

Bildung auf hohem Niveau

Kultusminister Siegfried Schneider würdigt Einsatz des Landkreises für die jungen Menschen

Mit der vor gut einem Jahr eingeweihten Richard-Rother-Realschule in der Großen Kreisstadt Kitzingen ist ein wahres Highlight im Landkreis geschaffen worden. Die etwa zwei Jahre dauernde Baumaßnahme beendete einen Zustand der räumlichen Enge, den die Schulleitung, das Kollegium und die Schülerinnen und Schüler über Jahre hinweg meistern mussten. Die Schule ist nun nach modernsten Gesichtspunkten konzipiert und bietet Platz für 23 Schulklassen sowie verschiedene Räume für die Ganztagsbetreuung.

Mit einer Bausumme von 15,7 Mio. Euro wurde nach den Worten von Kitzingens Landrätin Tamara Bischof eine wichtige Investition für die Bildung der

Landrätin Tamara Bischof. ❐

Kinder und Jugendlichen geleistet sowie zudem ein architektonisch beachtenswertes Vorzeigeobjekt geschaffen, das bereits vielfach die Aufmerksamkeit in der Fachwelt geweckt hat. „Die neue, lichtdurchflutete Realschule ist eine große Bereicherung für die Stadt. Sie wird allen Anforderungen der modernen Unterrichtsgestaltung gerecht“, so die Landkreischefin.

Großinvestition dient der Arbeitsplatzsicherung

Eindrucksvoll ist auch der am Mainufer gelegene Standort mit großzügigen Außen- und Freizeitanlagen für Schüler und Lehrer, um das Lernen und Lehren mit freudiger Begeisterung praktizieren zu können. Das Areal ist 13.000 qm groß, das u-förmige Schulgebäude umfasst 8.800 qm. Laut Tamara Bischof zeigt dieses für den Landkreis doch erhebliche Investitionsvolumen insbesondere auch den maßgeblichen Einsatz des Landkreises für seine Bildungseinrichtungen. Die „Großbau- und Großinvestitionsmaßnahme“ trägt Bischof zufolge auch dazu bei, dass Arbeitsplätze im Landkreis gesichert werden und ist damit ein wichtiger Impuls für die heimische Wirtschaft.

Mutige, innovative Architektur

Bei der Einweihung der Schule sprach Kultusminister Siegfried Schneider von einer „mutigen, innovativen Architektur“, in der Kreativität freigesetzt werde. Das neue Schulhaus signalisiere nach außen hin die Offenheit der Schulfamilie. Es zeige die Bereitschaft, Neues anzunehmen und anzugehen – und so werde man förmlich mit zwei ausgestreckten Armen - den zwei Flügeln, die den Vorhof umrahmen - empfangen.

Beteiligung des Freistaats

Wie Schneider betonte, habe der Freistaat Bayern rund 5 Millionen Euro für den Neubau dieses Schulhauses zur Verfügung gestellt. Dass in Bayern so viel in Bildung investiert wird, zeige, dass Schulpolitik auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen einen sehr hohen Stellenwert behält. Investitionen in Schulen seien lohnenswerte Ausgaben, „denn wir geben jungen Menschen damit eine Perspektive für ihre Zukunft und tragen dazu bei, dass der Wirtschaftsstandort Bayern auch weiterhin führend ist in Deutschland“.

Vielfältig sei das Spektrum der Schule, so Schneider weiter - vom äußeren Erscheinungsbild über die gemeinschaftsbildenden Anstrengungen bis hin zur individuellen Förderung einzelner Schülerinnen und Schüler - mit dem Ziel, den Kindern und Jugendlichen einen breiten Horizont zu eröffnen. In diesem Zusammenhang dankte der Minister Landrätin Bischof für die hervorragende Unterstützung der Schule in allen Belangen und insbesondere für die Finanzierung der Baumaßnahme. „Sie können stolz sein auf Ihre neue Schule, Frau Landrätin! Sie ist ein Beweis dafür, wie wichtig Ihnen die Kinder und Jugendlichen im Landkreis Kitzingen sind“, so Schneider abschließend. **DK**

Kommunale Vergabe von Bauaufträgen:

Tariftreueverpflichtung der Arbeitgeber auch im Straßen- und Tiefbau

Bei Aufträgen im Straßen- und Tiefbau werden die Kommunen und andere öffentliche Auftraggeber ermächtigt, nur Firmen den Zuschlag zu geben, die sich in ihrem Angebot verpflichten, ihre Arbeitnehmer nach den in Bayern geltenden Tariflöhnen zu bezahlen. Das soll auch für eventuelle Nachunternehmer gelten. Bisher gab es diese Ermächtigung nur im Hochbau.

Dem zugrunde liegt ein entsprechender Regierungsentwurf zur Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes (BayBauVG), der im Kommunalausschuss des Bayerischen Landtags einstimmig verabschiedet wurde. Nach dem BayBauVG müssen die staatlichen Vergabestellen alle öffentlichen Bauaufträge an tariftreueverpflichtete Firmen vergeben. Die bisher geltende Ermächtigung der Kommunen, im Hochbau ebenso zu verfahren, kann jetzt aufgrund eines Bundesverfassungsgerichtsurteils auch auf den Strassen- und Tiefbau erweitert werden. Dem trägt der Regierungsentwurf Rechnung.

Berichterstatter Thomas Obermeier (CSU) hob hervor, dass im Gesetzentwurf die Entscheidung zur Tariftreueverpflichtung von Bauunternehmen bei den Kommunen belassen werde. Dies sei auch im Sinne der Kommunalen Spitzenverbände. Mitberichterstatterin Christine Kamm (Grüne) verwies auf einen eigenen Gesetzentwurf, der im Sinne der Klarheit eine Verpflichtung aller Kommunen bzw. öffentlicher Auftraggeber zur Tariftreueregelung vorsieht. Auch Stefan Schuster (SPD) betonte die Festschreibung der Tariftreueverpflichtung, signalisierte jedoch Zustimmung zu beiden Gesetzentwürfen. Die Vorlage der Grünen wurde von der CSU jedoch abgelehnt. **rm**

Zeidler-Sporthalle in Feucht:

Keine Kredite, keine Zuschüsse

Die erste Hallensaison in der neuen Zeidler-Sporthalle ist nahezu vorüber. Im letzten Jahr wurde nach nur einjähriger Bauzeit die neue Sporthalle mit einem feierlichen Festakt, der mit einem bunten Unterhaltungsprogramm der künftigen Nutzer untermalt war, eingeweiht und ihrer Bestimmung übergeben.

Im Anschluss an den offiziellen Festakt konnte die neue Halle von den Feuchter Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen von Führungen oder auf eigene Faust erkundet werden. Besonderes Augenmerk wurde beim Bau der neuen Sporthalle auf einen umweltfreundlichen und kostengünstigen Unterhalt gelegt.

Unterirdische Zisternen

So versorgen unterirdisch eingebaute Zisternen mit einem Fassungsvermögen von ca. 44.000 Litern die Toilettenanlagen mit Regenwasser. Die zwischen den Oberlichtern der Halle und auf dem Flachdach des Nebengebäudes installierte Photovoltaikanlage besteht aus 27 Modulen zu je 170 W/peek. Der damit gewonnene Strom wird in das Netz der Feuchter Gemeindewerke eingespeist. Die Wärmeversorgung und die Warmwasserbereitung ist über das Blockheizkraftwerk der Feuchter Gemeindewerke gesichert. Eine natürliche Be- und Entlüftung der Halle erfolgt über die Fenster und Oberlichter; diese werden entsprechend der Außentemperatur automatisch geöffnet und geschlossen. Die Frischluft für die anderen Räume wird über einen Erdkanal und einen freistehenden Absaugturm in der Grünzone vor der Halle angesaugt und die Fortluft auf die gleiche Weise ausgeblasen. In den Umkleiden ist ein Zu- und Abluftgerät mit Wärmerückgewinnung eingebaut.

Die Ansicht der Zeidler-Halle von Norden. ❐

Dachbegrünungen auf den Flachdächern

Ca.700 qm Dachbegrünungen auf den Flachdächern der Geräteräume im Norden und auf dem erdgeschossigen Eingangsbereich im Süden sorgen für ein ausgeglichenes Raumklima in der Halle.

Die Halle hat eine Größe von 47 m x 50 m und eine Nutzfläche von ca. 2.200 qm. Der umbaute Raum beträgt ca. 17.900 cbm, rund 6.000 cbm Erde wurden ausgehoben. Die Bodenplatte der Halle besteht aus ca. 2.500 cbm wasserundurchlässigen Stahlbeton. Insgesamt wurden ca. 210 Tonnen Baustahl verbaut.

Die beiden aus Leimholz bestehenden Hauptträger der Dachkonstruktion wurden speziell für die Zeidler-Sporthalle gefertigt. Jeder der Träger ist ca. 31 m lang, 2,8 m hoch und wiegt ca. 23 Tonnen.

Im Erdgeschoss befindet sich der Zuschauerbereich. Durch den Windfang mit den Treppenabgängen zum Untergeschoss kommt man in den ebenfalls ebenerdig erschlossenen Foyer- und Cateringbereich mit den farblich hervorgehobenen Einbauten des Regieraums, der Theke und der Garderobe. Von hier aus kann man die fest installierten Reihen der Tribünen und den Gymnastikraum betreten. Im Untergeschoss sind die Umkleiden mit Duschräumen und der Technikbereich angesiedelt. Über Zugänge zwischen den Teleskoptribünen, die bei Bedarf ausgefahren werden können, wird das Spielfeld erschlossen. Die Tribünen bieten insgesamt ca. 420 Zuschauern Platz.

Große Glasfassaden heben die Trennung der einzelnen Bereiche im Inneren auf, so dass man nicht nur von der Tribüne aus einen Überblick über die gesamte Halle hat.

Barrierefreie Ausstattung

Großer Wert wurde auf die barrierefreie Ausstattung der Halle gelegt. Rollstuhlfahrer gelangen ebenerdig ins Erdgeschoss und über eine überdachte Rampe in das Untergeschoss. In beiden Geschossen befinden sich behindertengerechte WC-Anlagen.

Der großzügig angelegte Parkplatz bietet neben zahlreichen Parkplätzen auch drei Behindertenparkstände sowie überdachte Motorrad- und Fahrrad-Stellplätze. Um das Ein- und Aussteigen zu erleichtern wurde eine separate Standspur angelegt.

Besondere Anerkennung gilt hierbei neben den am Bau beteiligten Firmen und Handwerksbetrieben sowie den verantwortlichen behördlichen Stellen v.a. auch den Planungsbüros (Architekten, Bauingenieure, Landschaftsarchitekten, Bodengrund- und Brandschutzgutachter u.v.m.) für ihr architektonisches und bautechnisches Geschick. Ihnen ist es in beeindruckender Weise gelungen, diese Anlage so zu gestalten, dass sie nicht nur für regelmäßige Trainingseinheiten nutzbar ist, sondern darüber hinaus auch Raum für größere Sportveranstaltungen und -turniere bietet.

Finanzierung ohne Kreditaufnahme

Erster Bürgermeister Konrad Rupprecht und der Marktgemeinderat sind zusammen mit der Verwaltung des Marktes Feucht sehr stolz darauf, dass die Finanzierung der ca. 4,9 Mio. EURO teuren neuen Zeidler-Sporthalle ohne jegliche Kreditaufnahme möglich war, obwohl es zu dem Vorzeigeprojekt keinerlei Zuschüsse von staatlicher Seite gab, da die Halle nach den Berechnungen der Regierung von Mittelfranken nicht für den Schulsport notwendig ist.

Hauptnutzer sind Vereine

Tatsächlich aber zeigt sich, dass die örtlichen Schulen (Grundschule, Hauptschule und Staatliche Realschule) die Hallenkapazitäten zur Durchführung eines ordentlichen Sportunterrichts dennoch benötigen. Hauptnutzer allerdings sind und bleiben die örtlichen Sportvereine, die das zusätzliche Angebot an Hallenkapazitäten sehr gerne annehmen, obwohl es in Feucht mit ca. 13.400 Einwohnern ohne die Zeidler-Sporthalle immerhin sieben Hallensportmöglichkeiten gibt. ❐

Heizkosten sparen mit Ziegelhäusern

Staatliche Förderung für Energiesparhäuser aus Ziegel-Mauerwerk

Landshut/ München: Wer heute ein Haus bauen will, sollte dabei schon an übermorgen denken - insbesondere was die stetig steigenden Heizkosten angeht. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) fördert sogar den Bau von Energiesparhäusern, die mit wärmedämmenden Baustoffen versehen sind. Der Klassiker unter den Heizkosten senkenden Baustoffen ist dabei der Mauerziegel.

„Dank der Lochkammern und seiner porosierten Beschaffenheit, verfügt der massive Baustoff Ziegel heute über einen hohen Luftanteil im Inneren. Und stehende Luft wirkt besonders wärmedämmend“, erläutert Kastulus Bader von den Ziegelwerken Leipfinger-Bader aus Vatersdorf bei Landshut. Kostspielige Zusatzdämmung, wie bei anderen Wandbaustoffen, ist beim Ziegel nicht nötig. Das ist ein Grund, warum die meisten Baufamilien in Deutschland ihre Häuser aus Ziegeln errichten lassen.

Eigenheime aus Ziegel-Mauerwerk stehen traditionell für gesundes und energiesparendes Wohnen. Möglich machen es Tausende kleiner Lufteinschlüsse im Ziegel - so genannte Poren. Sie entstehen durch den Zusatz von Sägemehl, bevor die natürlichen Rohstoffe des Ziegels - Ton und Lehm - bei mehr als 1.000 Grad Celsius im Ofen gebrannt werden. Das Sägemehl führt zur so genannten Porosierung des Materials und erhöht damit den Luftanteil im Ziegel. Diese stehende Luft dämmt hervorragend und spart deutlich Heizkosten ein. „Verstärkt wird dieser Effekt durch das ausgeklügelte Lochbildsystem des Mauerziegels. Es gewährleistet einen Wechsel von Speichermasse und dämmenden Hohlräumen“, erklärt Kastulus Bader von den Ziegelwerken Leipfinger-Bader. Positive Folge für die Bewohner: Zu jeder Jahreszeit herrscht in Ziegelhäusern ein angenehmes Raumklima. Denn so wie der Ziegel im Winter vor Kälte schützt, so hält er im Sommer die Hitze draußen. Mit modernen Unipor-Ziegeln lassen sich heute zudem die besonderen Anforderungen an staatlich geförderte KfW 40- und KfW 60-Energiesparhäuser erfüllen. Weitere Informationen zu allen Fördermitteln in Bund, Ländern und Kommunen erhalten interessierte Bauherren auf der Internet-Datenbank www.foerderdata.de. Dort sind derzeit mehr als 5.000 Förderangebote gespeichert. ❐

GZ-Fachtagung im Rahmen der KOMMUNALE:

„Die virtuelle Behörde - Update 2007“ ab Seite 11

Zum 10. Mal bereits lud die Bayerische Gemeindezeitung zu ihrer Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung ein. An zwei Messetagen präsentierte sie Best-Practice-Beispiele für gelungenes eGovernment. Die Veranstaltung widmete sich ausschließlich den Schwerpunkten, die für öffentliche Verwaltung von Interesse sind: Spannende und informative Vorträge bzw. Präsentationen von gewohnt hochkarätigen Referenten boten anschauliche Beispiele und lieferten wertvolle Denkanstöße.

Für den optimalen Einsatz moderner Informationstechnologie ist eine umfassende Integration von Verwaltungsprozessen - auch ebenenübergreifend - notwendig. Diesem Ziel steht gegenwärtig die heterogene IT-Landschaft von Bund, Ländern und Kommunen entgegen. Gutes E-Government erfordert medienbruchfreie Abläufe innerhalb der einzelnen Verwaltungsebenen und zwischen ihnen. Dies ist bisher noch die Ausnahme, nicht die Regel.

Ziel der Veranstaltung war es deshalb erneut, bei diesem Forum den Dialog zwischen öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und der IT-Branche zu intensivieren. Die Veranstaltung richtete sich an die Entscheidungsträger in der öffentlichen Verwaltung, IT-Entscheider und Organisationsleitung, Rechenzentrumsleitung, Unternehmens- und EDV-Strategen sowie an Geschäftsprozessverantwortliche. **DK**

Bayerische Landessiedlung GmbH:

Umfassende Kompetenzen

Die Bayerische Landessiedlung GmbH wirkt bei der Entwicklung des ländlichen Raums mit. Sie steht Bauwerbern, Grundstückseigentümern und Kommunen zur Seite. Dementsprechend stützt sich ihre Geschäftstätigkeit auf drei große Säulen: Standortentwicklung und Städtebau, Kommunale Entwicklung sowie Wohnungs- und Eigenheimbau.

Als Partner der Kommunen verfügt die BLS über weit reichende Kompetenzen in der Regional-, Stadt- und Gemeindeentwicklung. Sie bietet den Kommunen qualifizierte Dienstleistungen zur Lösung der vielfältigen Aufgaben - zum Leistungsspektrum zählen unter anderem Stadtsanierung und Dorferneuerung, die Bauleitplanung, das Planen und Bauen im Bestand, die Konversion / Revitalisierung von Brachflächen, die Regionalentwicklung, die Interkommunale Zusammenarbeit sowie die Landschafts- und Freiraumplanung.

Ansprechpartner für ÖPP

Partnerschaftlich entwickelt und realisiert die BLS mit den betroffenen Kommunen und den Grundstückseigentümern individuelle Siedlungsmodelle, Baulandbeschaffungsverfahren und Erschließungsträgerschaften - sowohl für attraktive Wohnbaugebiete als auch für marktgerechte Gewerbeflächen. Die Bayerische Landessiedlung ist der kompetente Ansprechpartner für alle Fragen der Öffentlich-Privaten-Partnerschaft (ÖPP), für Leasing- und Finanzierungsdienstleistungen.

Das interdisziplinär besetzte Team (unter anderem sind Architekten, Stadtplaner, Landschaftsplaner, Tiefbauingenieure, Juristen und Immobilienkaufleute tätig) wirkt auf vielfältige Weise bei der Entwicklung bzw. der konkreten Realisierung der Projekte mit. Dabei übernimmt die BLS alle Leistungen der Projektentwicklung und der Projektrealisierung - vom vorbereitenden Konzept bis zur konkreten örtlichen Umsetzung.

Aktuelle Referenzen

Bei der Kommunale nutzten zahlreiche Vertreter der Städte, Gemeinden und Landkreise die Gelegenheit, mit den Fachleuten der BLS ins Gespräch zu kommen. Die Bayerische Landessiedlung konnte ihr aktuelles, umfassendes Leistungsspektrum zur Kommunal- und Standortentwicklung vorstellen; es gab interessante Gespräche über aktuelle Referenzen aus der vielfältigen kommunalen Tätigkeit des Unternehmens - zum Beispiel zum Stand der Konversion der Kaserne in Neunburg vorm Wald, zur „Integrierten Ländlichen Entwicklung“ im Schweinfurter Oberland, zum Siedlungsmodell „Hohlmühle“ in Bayreuth, zum ökologischen Wohnbauprojekt „Haidpark“ in München - und zu vielen weiteren Projekten der Bayerischen Landessiedlung GmbH. Sie konnte auch ihr neues Firmenlogo präsentieren und zugleich die neue Internet-Website, die während der Messe erstmals „online“ geschaltet wurde. Die Besucher wurden darüber hinaus über die kommunalen Nutzungsmöglichkeiten der Geothermie informiert. **DK**

GRAEFF Container & Hallenbau GmbH

KOMMUNEN
BAUEN AUF GRAEFF

Kindergärten, Schulen oder Sporthallen, Bauhöfe oder Feuerwehrhäuser – GRAEFF hat für fast jedes kommunale Bauvorhaben eine wirtschaftliche und architektonisch ansprechende Lösung.

Denn aus unseren variablen und funktionalen Hallen- und Pavillon-Modulen entwickelt unser Planungsteam genau das richtige Gebäude für Ihren Bedarf.

Informieren Sie sich!

GRAEFF Container und Hallenbau GmbH | Ruhrorter Straße 2-4 | D-68219 Mannheim
Tel. 0621/8444-4 | Fax 0621/8444-555 | www.graeff-gmbh.de

Revitalisierung von Kommunal- und Industriebauten:

Alt Bewährtes neu belebt

Das Thema ist nicht neu, aber aktueller denn je: Als Folge des allgemeinen Strukturwandels stehen immer mehr Gebäude leer - von ausgedienten Produktionshallen und Lagergebäuden bis zu ehemaligen Kasernenbauten und Schulhäusern. Diese Entwicklung wird künftig wohl noch rasanter voranschreiten. Was aber tun mit Bauten, deren ursprüngliche Funktionsbestimmung beendet wurde? Für Stadtplaner und für Industrieunternehmen liegt darin eine große Chance, für private Investoren eröffnet sich ein zukunftsweisendes Geschäftsfeld. Denn ein Abriss ist teuer und zieht viele neue Fragen nach sich.

Die alte Musikschule Burghausen: Vorhandene Bausubstanz, die eine neue Nutzung möglich macht, wird modernisiert. ❐

Viel besser ist es, alter Bausubstanz wieder zu neuem Leben zu verhelfen, sprich: sie zu „revitalisieren“. Am Beispiel der ehemaligen Musikschule in Burghausen zeigt das Unternehmen Hinterschwepfinger mit seinem Planungs- und Statikbüro HFH einmal mehr seine Lösungskompetenz auf diesem Gebiet.

In Abgrenzung zum Begriff Sanierung geht es bei der Revitalisierung um eine Modernisierung vorhandener Bausubstanz, die eine neue Nutzung möglich macht. Das Bauwerk wird also durch zeitgemäße Ausstattung und Funktion „wiederbelebt“. Aus alten Lagergebäuden werden Theater oder Museen, aus ehemaligen Fabrikhallen moderne Wohngebäude (Stichwort „Loft-Living“).

Vorausschauendes Konzept

Die Vorteile hierbei: Vorhandene Ressourcen werden genutzt, die Umnutzung schafft ein besseres Raumklima, bietet in der Regel mehr Raumqualität und setzt neue Formen der Architektur frei. Darüber hinaus können die späteren Nutzer leichter in den Planungs- und Bauprozess eingebunden werden. Bei guter Planung sind Umbau und Umnutzungen meist wirtschaftlicher als ein Neubau.

Damit die Revitalisierung sich auch langfristig rechnet, ist allerdings ein vorausschauendes Konzept gefragt, das nicht nur statische und andere bautechnische Parameter berücksichtigt, sondern auch wirtschaftliche, rechtliche und logistische Besonderheiten und Anforderungen. Dazu zählen z.B. städtebauliche Aspekte, wie beispielsweise der Wert für das Stadtbild. Auch der Blick auf eine sich ändernde Nutzung übermorgen ist gefragt.

Über 50 Jahre Erfahrung

Mit einem ganzheitlichen Leistungsspektrum und über 50 Jahren Erfahrung stellt sich Hinterschwepfinger dieser komplexen Herausforderung. Das traditionsreiche Planungs- und Bauunternehmen aus Mehring bei Burghausen hat sich in den letzten Jahren ein guten Namen gemacht, wenn es um die Realisierung anspruchsvoller Neubauten und Revitalisierungsprojekte für Industrie, Gewerbe und Kommunen geht.

„Wir schaffen Bauwerte“

Unter dem Motto „Wir schaffen Bauwerte“ bieten die Mehringer neben den klassischen Leistungen Planung, Statik und Bauausführung insbesondere auch baunahe Beratungsleistungen. Dazu zählen z.B. die Standortanalyse und -entwicklung für Industrieunternehmen und Strategien für die Stadt- und Ortsentwicklung.

Mit der alten Musikschule Burghausen haben die Planer und Ingenieure einmal mehr bewiesen, wie ein altes Gebäude mit neuem Leben erfüllt und auf eine langfristige Nutzung ausgelegt werden kann. Nicht zum ersten Mal - die Handschrift von Hinterschwepfinger findet sich bereits an zahlreichen historischen Bauten in Burghausen.

Musikschule Burghausen

Bei der alten Musikschule Burghausen war erneut gestalterisches und planerisches Expertenwissen gefragt. Seit Jahren lag das historische Bauwerk am Eingang der Altstadt im Dornröschenschlaf. Der desolate Zustand, das undichte Dach und die gravierenden statischen Probleme aufgrund späterer Anbauten, Umbau- und Aufstockungsmaßnahmen machten das Gebäude am Rande des Burghangs zu einem echten Problemfall. Eine Lösung bahnte sich erst an, als das benachbarte Kurfürst-Maximilian-Gymnasium im Zuge der G8-Reform zusätzlichen Raumbedarf anmeldete und die Idee zu einer Zusammenlegung Gestalt annahm. In der alten Musikschule sollten weitere Klassenzimmer und eine Mittagsbetreuung eingerichtet werden.

Maßnahmenkatalog

Um das Gebäude langfristig nutzbar zu machen und einen nachhaltigen Unterhalt zu ermöglichen, wurde ein umfangreicher Maßnahmenkatalog erarbeitet. Ziel war dabei, die Gebäudegröße auf die erhaltenswerte Grundsubstanz zu reduzieren und damit einen langfristigen Unterhalt in einem vernünftigen Rahmen sicherzustellen.

Die weiteren Maßnahmen waren „technisch höchst anspruchsvoll, jedoch unerlässlich, um langfristig Flexibilität zu garantieren“, resümiert Geschäftsführer Josef Hinterschwepfinger.

„Am schwierigsten war es, die wegen der Nähe zum Burghang gefährdete Standsicherheit des Gebäudes zu gewährleisten und trotzdem den Großteil der Gebäudeinnenwände und Deckensysteme zu entkernen, so dass im Innenbereich eine komplett neue Raumaufteilung geplant werden konnte,“ schildert der Firmenchef die zentrale Herausforderung.

Dauerhafter Schutz vor Hangwasser

Um das Gebäude dauerhaft vor anstehendem Hangwasser zu schützen und von Hangbewegungen unabhängig zu machen, wurde es an der Hangseite mit einer speziellen Hangabfangung (Bohrpfahlverbau) freigelegt. Holzbalkendecken, die statisch überlastet waren oder Brandschutzanforderungen nicht mehr entsprachen, wurden ausgetauscht. Darüber hinaus wurde auf eine neue, über eine Spannweite von 11 m freitragende Spannbeton-Deckenkonstruktion ein neues Dach aufgebaut, sowie eine Aufzugsanlage und zwei getrennte, unabhängig nutzbare Treppenhäuser eingerichtet.

Wertsteigerung

Die neue Dachkonstruktion konnte in kürzester Bauzeit fertiggestellt werden. Damit waren die Umfassungsmauern schnell wieder vor Nässe geschützt und die Innenbauarbeiten konnten parallel zu den Aussenarbeiten begonnen werden.

„Alle Maßnahmen, verbunden mit nichttragenden, flexiblen Zwischenwänden, führen zu maximaler Flexibilität einer späteren, ggf. auch nichtschulischen Nutzung,“ fasst Josef Hinterschwepfinger zusammen. Das Mehringer Experten-Team hat damit erneut bewiesen, wie ein lange Zeit ungenutzter Gebäudekomplex mit dem neuesten Stand der Technik erhalten werden und eine Wertsteigerung erfahren kann. Die Schüler und Lehrer des Kurfürst-Maximilian-Gymnasiums freuen sich jetzt schon auf ihre neuen Räumlichkeiten. ❐

E.ON Bayern:

Energiepartner in Stadt und Land

Mit einem breiten Produkt- und Dienstleistungsangebot ist E.ON Bayern ein professioneller Partner für Privathaushalte, Gewerbe, Industrie und auch für private und kommunale Weiterverteiler. E.ON bietet Analysen zur Optimierung der Versorgung, eine vollständige und differenzierte Energiedatenerfassung, Komplettservice für Stromnetz und alle elektrischen Anlagen sowie Druckluftmanagement. Auf zwei Dritteln der Fläche Bayerns beliefert die E.ON Bayern AG rund 2,3 Millionen Menschen mit Strom, Erdgas und Wärme.

Sein rund 44.000 Kilometer langes Mittelspannungs-Stromnetz und das rund 6.500 Kilometer lange Erdgasnetz steuert E.ON Bayern ab sofort mittels einer zentralen Leitstelle im oberpfälzischen Neunburg vorm Wald. Damit wird bundesweit ein neuer Maßstab bei der Netzführung gesetzt. Bislang wurde der Netzbetrieb für das 20-kV-Mittelspannungsnetz von fünf verschiedenen Leitstellen aus gesteuert. Möglich wurde die Zusammenlegung der bisherigen Netzleitstellen durch erhebliche Entwicklungsfortschritte in der Prozessdatenverarbeitung. Im Störungsfall könnten von einer Warte aus umgehend Schaltmaßnahmen zur Störungsortung und Wiederversorgung eingeleitet werden.

Die Nummer 1

Über 1.200 bayerische Kommunen setzen auf die Partnerschaft zu E.ON Bayern. Damit ist der Energiedienstleister die Nummer 1 auf dem bayerischen Strommarkt. Das Unternehmen verfügt über maßgeschneiderte Service-Pakete für jeden Bedarf: von der Rundumbetreuung der Straßenbeleuchtung über Photovoltaik-Komplettanlagen bis hin zu Wasser- und Abwasserdienstleistungen. Das Spektrum der Leistungen reicht dabei von Beratungs-, Planungs- und Laborleistungen über das Beschaffungswesen und die Abrechnung bis hin zu Finanzierungskonzepten oder Betriebsführungen. Es umfasst zudem eigene Investitionen.

„WärmePaket“

Wer als kommunaler Verantwortungsträger mit neuester Heiztechnik Energiekosten sparen will, ist mit dem E.ON Bayern „WärmePaket“ bestens bedient. Der Komplettservice zur Wärmeversorgung beinhaltet die Installation, die Finanzierung und den Betrieb einer sparsamen, modernen Heizanlage. Mit diesem Contracting-Modell profitieren die Kommunen vom umfassenden Know-how der E.ON-Fachleute und erhalten ein komplettes Dienstleistungspaket für die Wärmeversorgung von Gebäuden - ob Erdgas oder Öl.

Es entsteht weder ein Planungs- noch ein Koordinationsaufwand: Die E.ON-Experten überwachen die Umsetzung und den Betrieb der Anlage. Dabei gewährleisten sie hohe Versorgungssicherheit und fördern den Einsatz umweltschonender Technologien.

Kommune bestimmt die Komponenten

Mit dem E.ON WärmePaket ist der Energieverbrauch ganz einfach zu optimieren: Installiert werden Heizkesselanlagen von 60 bis 920 Kilowatt Leistung. Die Komponenten der Anlage bestimmt die Kommune vorab selbst. Unerwartete Kosten für die Heizungsanlage gehören der Vergangenheit an: E.ON übernimmt sämtliche Instandhaltungskosten und trägt das Betriebs- und Erneuerungsrisiko. Wenn Mängel auftreten sollten, kümmert sich der Energieversorger darum, dass die Reparatur schnellstmöglich durchgeführt wird.

Wasser und Abwasser

Auf der Hand liegen auch die Vorteile von E.ON als kompetenter Partner für die kommunale Wasserver- und Abwasserentsorgung: Dazu gehören die Sicherstellung der hohen Qualität und Zuverlässigkeit, kostengünstige Erfüllung der Betriebsaufgaben, Festschreibung der Betriebskosten, Reduzierung von Betriebsrisiken sowie Entlastung der Verantwortlichen für die Wasserversorgung im operativen Tagesgeschäft. Die Dienstleistungen umfassen Kontrolle, Überwachung und Instandhaltung, Bedienen der Anlagen, Bauüberwachung und Projektsteuerung, 24 Stunden Rufbereitschaft und Störungsbehebung sowie komplette kaufmännische Abwicklung einschließlich Wasser- und Abwassergebühren. **DK**

Von links: Josef Mend, Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags, Randolf Rodenstock, Präsident des vbw, Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Thomas Neher, Bankdirektor, Leiter des Geschäftsfeldes Sparkassen und Markt Bayern, BayernLB. ❐

BayernLB:

Individuelle Lösungen, marktgerechte Konditionen

Die BayernLB und ihre Tochterfirmen bieten im Verbund mit den bayerischen Sparkassen umfassende und maßgeschneiderte Lösungen, Angebote und Dienstleistungen für Kommunen und kommunalnahe Unternehmen. Das Leistungsspektrum umfasst Produkte rund um kommunale Grundstücke und Immobilien, Finanzierungslösungen und kommunales Finanz- und Vermögensmanagement. Beispielsweise können Kommunen durch ein konsequentes Immobilienmanagement Kostensenkungs- und Effizienzsteigerungspotenziale realisieren.

Kommunalkredite zeichnen sich durch den einfachen Ablauf bei der Kreditaufnahme und günstige Konditionen aus. Die BayernLB reicht Kommunalkredite an bayerische, kommunale Körperschaften des Öffentlichen Rechts aus. Auch Unternehmen mit kommunaler Beteiligung kommen in den Genuss der günstigen Kommunalkreditkonditionen, sofern eine Bürgschaft der Kommune gestellt wird. Bei Bedarf bietet der Finanzdienstleister beispielsweise Forward-Darlehen, Fremdwährungskredite oder flexible Kassenkredite auf Euribor-Basis zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe bzw. bei Zwischenfinanzierungen.

EIB-Kreditmittel

Bei kommunalen Investitionsmaßnahmen, die sich auf eine Verbesserung der Infrastruktur oder des Umweltschutzes beziehen, besteht die Möglichkeit der Einbindung zinsgünstiger Kreditmittel der Europäischen Investitionsbank (EIB). Die BayernLB reicht auch Kredite an Kommunen aus, für die ein Zinszuschuss durch den Freistaat Bayern gewährt wurde. Die Einplanung des Zinszuschusses erfolgt insbesondere für wasserwirtschaftliche Vorhaben über das jeweils zuständige Wasserwirtschaftsamt. Mit der BayernLabo betreibt sie aktive Wohnungs- und Städtebauförderung - vor allem in den Bereichen Neubau, Modernisierung, Wohnungserwerb und Infrastrukturmaßnahmen.

Auch wenn es um die Finanzierung geothermischer Projekte für Kommunen und kommunalnahe Unternehmen geht, ist die BayernLB kompetenter Ansprechpartner. Gerade in Bayern gibt es Regionen, die optimale Voraussetzungen zur Nutzung der Geothermie bieten. Das liegt an dem hier vorhandenen Molassebecken, das die technisch erprobte hydrothermale Nutzung ermöglicht. Dabei werden Wärme und Strom aus sehr heißem Wasser gewonnen, das aus großen Tiefen (rund 3000 m bis 4000 m) gefördert wird.

Die Gemeinde Unterhaching baut derzeit ein Kraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung zur Nutzung der Geothermie für Strom und Wärme. Man rechnet dabei mit einer Einsparung der CO2-Emmission von mehr als 30.000 Tonnen pro Jahr. Dies entspricht der Hälfte des derzeitigen Kohlendioxid-Ausstoßes durch die Energieversorgung aller Haushalte der Gemeinde. Das zeigt, welchen Beitrag eine einzige kommunale Maßnahme zum Umwelt- und Klimaschutz leisten kann. Neben dem Umweltschutz hat die Investition in Erneuerbare Energien aufgrund der Endlichkeit fossiler Brennstoffe und deren Preissteigerungen einen zusätzlichen Reiz und wird dazu noch staatlich gefördert. **DK**

Sparkassen-Finanzgruppe:

Führender Finanzpartner

Auf der Leitmesse KOMMUNALE war die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern als führender Finanzpartner der bayerischen Kommunen mit einem gemeinschaftlichen Messestand des Sparkassenverbandes Bayern und der BayernLB vertreten. Die BayernLB und ihre Tochterfirmen bieten im Verbund mit den bayerischen Sparkassen umfassende und maßgeschneiderte Lösungen, Angebote und Dienstleistungen für Kommunen und kommunalnahe Unternehmen. Beispielsweise können Kommunen durch ein konsequentes Immobilienmanagement Kostensenkungs- und Effizienzsteigerungspotenziale realisieren. Auf dem Gemeinschaftsstand standen zu dieser Fragestellung Spezialisten zur Verfügung und informieren auch zum RealisBench Immobilien-Benchmarking-Projekt der Bayern Facility Management GmbH (BayernFM) für Kommunen.

Der Kommunalspezialist Bayerngrund GmbH informierte über innovative Formen der Projektfinanzierung bei kommunalen Grundstücks- und Bauprojekten. Als Erschließungsträger der S-Finanzgruppe berät Bayerngrund auch zu dieser wirtschaftlichen und ressourcenschonenden Form der Baulanderschließung, die von immer mehr Städten und Gemeinden gewählt wird. Die LBS Bayern und der Verband öffentlicher Banken Deutschland (VÖB) rundeten das Informationsangebot am Stand ab. ❐

Hans Huber AG:

Sichere Technik für eine saubere Umwelt

Durch das Einleiten von ungenügend behandeltem Abwasser wird das natürliche Gleichgewicht der Umwelt erheblich gestört. Immer mehr Schadstoffe und neue Substanzen belasten die Umwelt und selbst dem Menschen werden diese über die Nahrungskette und den Wasserkreislauf wieder zugeführt und gefährden dessen Gesundheit. Die neuen europäischen Richtlinien definieren eindeutig die Qualität des Abwassers für die Versickerung bzw. Einleitung in Fließgewässer. Mit der Membrantechnik, der derzeit neuesten und modernsten Technik der biologischen Abwasserbehandlung, ist es möglich, Abwasser soweit aufzubereiten, dass dieses sogar als hygienisch unbedenkliches Brauchwasser wieder verwendet werden kann.

Mit der MembraneClearBox®-Kleinkläranlage der Hans Huber AG in Berching wird das derzeit beste Reinigungsverfahren in der dezentralen Abwasseraufbereitung umgesetzt - die Membranbelebung mit Ultrafiltration. Durch dieses Verfahren werden selbst Bakterien und nahezu alle Keime zurückgehalten. Dadurch ist das gereinigte Abwasser hygienisch einwandfrei und kann als Brauchwasser z.B. zur Gartenbewässerung wieder verwendet werden. Dadurch ließe sich der Trinkwasserverbrauch eines Haushalts um bis zu 40 % reduzieren.

Die enorme Reinigungsleistung der HUBER MembraneClearBox® garantiert Ablaufwerte, die sogar deutlich unter den Anforderungen der EU-Richtlinie über die Qualität der Badegewässer liegen. Sollten die Anforderungen an die Reinigungswerte in Zukunft noch verschärft werden, bleibt die MembraneClearBox® somit ein Produkt mit Zukunftssicherheit.

MembraneClearBox®-Kleinkläranlage

Die Huber MembraneClearBox®-Kleinkläranlage ist für jede Einbausituation passend: ob als Nachrüstsatz (ohne Erdarbeiten lassen sich bestehende Gruben einfach und schnell nachrüsten - ob eckig oder rund, die Geometrie spielt keine Rolle) oder als Neuanlage (der Einbausatz ist auch in neu zu erstellende Gruben einbaubar oder vormontiert im fugenlosen Betonbehälter lieferbar).

Die Kleinkläranlage beruht auf einer Kombination aus Belebtschlammverfahren und der Abtrennung des Klarwassers mit getauchten Ultrafiltrationsmembranen und bedient sich im Wesentlichen dreier Verfahrensschritte: der Vorklärung, der Belebung und der Membranfiltration. Bei der Vorklärung wird das Rohabwasser durch Sedimentation weitestgehend von Feststoffen befreit. So dient die erste bzw. dienen die ersten bei den Kammern einer Mehrkammergrube als Absetzgrube zur Grobentschlammung, bevor das vorgereinigte Abwasser im freien Überlauf in die Membranbiologie fließt.

Die letzte Kammer der Mehrkammergrube wird als Belebungsbecken umfunktioniert. Darin eingebaut ist der MembraneClearBox®-Einbausatz mit Belüfter zur Versorgung der Biologie mit Sauerstoff. Die eigentliche Reinigungsleistung erbringen Mikroorganismen, die unter Sauerstoffzufuhr die im Abwasser enthaltenen Schmutz- und Nährstofffrachten weitestgehend abbauen und zu Biomasse umwandeln.

Fernüberwachung möglich

Aufgrund der kleinen Poren der Membran (1500 mal kleiner als die Dicke eines menschlichen Haares) werden alle Feststoffe und Bakterien, sowie fast alle Keime zurückgehalten. Dies ermöglicht eine Weiterverwendung des hygienisch unbedenklichen, gereinigten Wassers. Die notwendigen Aggregate und die Steuerung befinden sich entweder im Keller des angeschlossenen Wohnhauses oder in einem beheizten Schaltschrank, der direkt an der Grube angeordnet wird.

Die MembraneClearBox®-Kleinkläranlage kann optional mit einer Fernüberwachung ausgestattet werden, wodurch sofort nach Auftreten einer Störung eine Benachrichtigung per SMS erfolgt. Durch die Kombination von Steuerung und Fernüberwachung wird die Kontrolle der Anlage auf ein Minimum reduziert, die Betriebssicherheit auf ein Maximum optimiert. **DK**

Hans G. Huber ist Ehrendoktor der TU München

Die Fakultät für Bauingenieur- und Vermessungswesen der Technischen Universität München verlieh Dipl.-Ing. Hans G. Huber die Ehrendoktorwürde für seine außergewöhnlichen ingenieurwissenschaftlichen Leistungen auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes. Hans G. Huber ist Vorstand der Hans Huber AG in Berching und Träger des Deutschen Umweltpreises 2006. Die Technische Universität München ehrte mit Hans Huber einen Unternehmer, der sich „als Ingenieur und Wissenschaftler in eindrucksvoller Weise um den technischen Umweltschutz verdient gemacht hat“, hieß es unter anderem in der Laudatio. ❐

Versicherungskammer Bayern:

Sicherer Partner der Kommunen

Kommunalversicherung ist in hohem Maße Spezialversicherung. Die Versicherungsbedürfnisse der Kommunen sind bestimmt von ihren besonderen Aufgaben und der sich daraus ergebenden Risiken. Hierfür bedarf es entsprechender Versicherungsprodukte, die die VKB Städten und Gemeinden anbietet.

Der größte öffentliche Versicherer betreibt sein kommunales Versicherungsgeschäft nach dem Prinzip der Direktversicherung. Die gesamte Organisation der Kommunalversicherungen ist auf eine direkte und enge Zusammenarbeit mit den Versicherten ausgerichtet. Die VKB setzt dabei seit über 40 Jahren auf einen eigenen Betreuungsdienst mit seinen Direktionsbevollmächtigten.

Unterstützung im Schadenfall

Zu den Aufgaben der Direktionsbevollmächtigten zählen insbesondere:

- Beratung vor Ort
- Unterstützung bei der Erkennung, Bewertung und Absicherung von Risiken
- Fundiertes Risk Management durch Technik- und Umweltingenieure
- Vorträge zu aktuellen Themen des Versicherungsschutzes und des Haftungsrechts vor kommunalen Gremien
- Regelmäßige Fachinformationen zu haftungsrechtlichen Themen, zum Beispiel Bauplanungs- und -Bauordnungsrecht, Verkehrssicherungspflicht etc.
- Unterstützung im Schadenfall.

Einen umfassenden Schutz für Vermögenswerte in der Verwaltung bietet die Kommunale Kassenversicherung. Versichert sind alle kommunalen Einrichtungen und Eigenbetriebe, alle Mitarbeiter und Inhaber von Ehrenämtern, schuldhafte Dienstpflichtverletzungen durch Fahrlässigkeit und Vorsatz sowie kriminelle Handlungen wie Veruntreuung, Unterschlagung, Betrug, Diebstahl usw. Der Vorteil: Bei jedem Grad der Fahrlässigkeit ist Versicherungsschutz gegeben. Zudem stellt die Kassenversicherung für Organe der Kommune wie Bürgermeister und Landräte auch eine kleine D & O-Versicherung (Directors & Officers-Versicherung bzw. Manager-Haftpflichtversicherung) dar. Auch wird die Kassenversicherung laufend an den Kundenbedarf angepasst.

Extranet

Speziell an die Bedürfnisse der Kommunen angeglichen wurde auch das von der Versicherungskammer Bayern entwickelte Extranet (www.vkb-extranet). Der Austausch von Daten und die Verfügbarkeit von aktuellen und wichtigen Informationen soll so möglichst einfach und schnell erfolgen. Das Extranet, ein sicherer und geschützter Service auf Basis modernster Internet-Technologie, bietet zahlreiche Vorteile für einen raschen elektronischen Datentransfer beispielsweise bei: Personalstandsänderungen für die Beihilfeversicherung, Vertragsänderungen, Jahresmeldungen zur Dienstfahrtkasko, Anfordern von Angeboten, einer Versicherungsbestätigung oder grünen Karte.

Darüber hinaus können im Extranet Druckstücke eingesehen und ein Infoservice abgerufen werden. **DK**

Der sichere Weg zur Doppik führt über die DATEV.

Unsere Einstellung zur Umstellung lässt sich so beschreiben: partnerschaftliche, sichere Wegbegleitung mit kommunalem Know-how und mit unseren bewährten Doppik-Programmen. Gemeinsam mit ihrem steuerlichen Berater bieten wir Städten und Gemeinden ein maßgeschneidertes Paket aus Dienstleistung, Fachwissen und flexibler Software, auf Wunsch mit einem leistungsstarken Rechenzentrum. Das ermöglicht ausgefeilte Detaillösungen für die speziellen Anforderungen Ihrer Kommune oder des Eigenbetriebs. Und genau das schätzen Kämmerer. Denn im scheinbar Kleinen liegen die größten Herausforderungen bei der Doppik-Umstellung. Sie sehen, der Weg zur Doppik lässt sich gemeinsam meistern. Es kommt nur auf die richtige Umstellung an.

Wir denken schon mal vor.

www.datev.de/kommunal, Telefon 0800 0114348

DATEV

Zukunft gestalten. Gemeinsam.

Die Online-Lösung für die Verwaltung

Seit gut zwei Jahren können Bayerns Gemeinden auf das Online-Produkt Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern plus zurückgreifen. Das Modul Beck-KOMMUNALPRAXIS plus ist gezielt auf die Kommunalverwaltung und deren tägliche Arbeit ausgerichtet. Behandelt werden alle praxisrelevanten Rechts- und Arbeitsgebiete der kommunalen Verwaltung, bearbeitet von kompetenten Praktikern aus den zuständigen Ministerien, kommunalen Spitzenverbänden, Verwaltungsbehörden und der sonstigen Rechtspraxis.

Inhaltlich deckt das Werk Bundes-, Landes- und Kommunalrecht - in betont praxisnahen Kommentaren und Darstellungen - bis in die kleinsten Nischen ab. Beispiele, Muster, Formblätter, Organigramme, Anmerkungen und Verweise und weitere praktische Umsetzungshilfen runden das Produkt ab.

Standardwerk als Basis

Die Basis des Online-Produktes bildet das seit Jahrzehnten bewährte Standardwerk „PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG“, herausgegeben von dem traditionsreichen Kommunal- und Schulverlag bzw. Gemeinde- und Schulverlag Bavaria, der mittlerweile zur Beck-Gruppe gehört. Diese in 12 Landesausgaben mit durchschnittlich 28 Bänden erscheinende Printausgabe (mit einem Gesamtvolumen von über 160.000 Seiten) wird nun bei beck-online als länderspezifisches Modul angeboten. In dem elektronischen Fachmodul wird das Standardwerk um weitere Beck’sche Inhalte (Gesetze, Rechtsprechung, Zeitschriften, Fachnews, …) ergänzt.

Speziell das Modul Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern plus beinhaltet mehr als 36.000 Seiten zu den Rechts- und Arbeitsgebieten in der Kommunalverwaltung, von denen über 16.000 Seiten reine landesspezifische Kommentierungen und Darstellungen sind. Diese Vielfalt fachspezifischer und praxisnaher Informationen ist in die fünf Bereiche „Kommunalverfassung, Dienstrecht, Finanzen, Allgemeines“, „Wirtschaft, Vergabe und Verkehr“, „Sicherheit und Ordnung“, „Soziales, Gesundheit, Schule und Kultur“ sowie „Bauwesen, Umwelt und Natur“ gegliedert. Die Nutzer haben mit dem neuen Modul jedoch nicht nur Zugriff auf diese Inhalte, sondern zusätzlich auf die umfassende Gesetzessammlung „Beck’sche Gesetze Digital Bayern“ mit Bundes-, Landes- und Europarecht, auf die einschlägige Rechtsprechung, auf die Zeitschriften NVwZ, NVwZ-RR und LKV sowie auf Fachnews zum Verwaltungsrecht. Die Inhalte sind allesamt miteinander verlinkt und können über komfortable Suchmasken zielsicher erfasst werden. Außerdem können die Nutzer in der gesamten Datenbank beck-online recherchieren, insbesondere im Fachmodul Verwaltungsrecht plus.

Fortlaufende Aktualisierung

Ein besonderer Vorteil des Werkes ist schließlich dessen fortlaufende Aktualisierung und Erweiterung; die Nutzer von „Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern plus“ sind durch ständige Online-Aktualisierungen immer auf dem Laufenden. Und damit auch in Zeiten von Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand alle Mitarbeiter Zugriff auf die Informationen haben, kann eine unmittelbare Nutzung gleichzeitig an beliebig vielen Plätzen einer Kommune erfolgen, wobei auch Intranet-Lösungen möglich sind. Mitglieder des Bayerischen Gemeindetags können das Online-Produkt zu Sonderkonditionen nutzen. **DK**

N-ERGIE AG:

Energieeffizienz für die Kommunen

Groß ist die Palette an Dienstleistungen, die die Nürnberger N-ERGIE für Kommunen bietet. Beratungsschwerpunkte der Experten von N-ERGIE, den Tochterunternehmen impleaPlus GmbH und N-ERGIE Service GmbH sowie der EnergieAgentur Mittelfranken sind Contracting, Facility Management, Kabeldiagnoseverfahren, Straßenbeleuchtung sowie kommunales Energiemanagement.

Alle operativen Netzdienstleistungen aus einer Hand bietet seit Juli diesen Jahres die neue N-ERGIE Service GmbH. Ob Netzbau, Netzinstandhaltung und Netzbetrieb, Netzdokumentation, Netzführung (Leitstelle) oder Materiallogistik: die N-ERGIE Service GmbH ist Partner für die Kommunen. Mit dem innovativen Kabeldiagnoseverfahren werden Schwachstellen bei den 20-kV Kabeln genau geortet, analysiert und in einen Instandhaltungsplan überführt. Durch rechtzeitige Reparatur werden so Netzausfälle verhindert.

252 Kommunen haben die Wartung und Instandhaltung ihrer Straßenbeleuchtung in die Hände der N-ERGIE gelegt. Der Jahresstromverbrauch dieses rund 4.100 Kilometer langen Straßenbeleuchtungsnetzes mit über 82.000 Leuchten beträgt in etwa 34 Gigawattstunden. Das Leistungsspektrum der N-ERGIE umfasst die Planung der Beleuchtungsanlagen, Bau, Betrieb und Unterhalt des Straßenbeleuchtungsnetzes, der Maste und der Leuchten. Regelmäßige Wartung, Schadenfallabwicklung sowie ein Notfalldienst rund um die Uhr sorgen dafür, dass in den Orten das Licht nicht ausgeht. Die Gemeinden profitieren von der Übertragung dieser Aufgaben, da im kommunalen Haushalt die Ausgaben für eigenes Personal, Material- und Ersatzteillager, Fahrzeuge und Werkzeuge eingespart werden.

Contracting bietet den Kommunen die Möglichkeit, durch den Austausch veralteter technischer Anlagen finanzielle und ökologische Einsparpotenziale zu nutzen. Durch die Übertragung der energietechnischen Anlagen an den externen Contractor, der sowohl Finanzierung und Betrieb als auch das unternehmerische Risiko für die betreffende Anlage übernimmt, bindet die Kommune kein Kapital, spart durch den Einsatz modernster Technik bei den laufenden Kosten und leistet gleichzeitig einen Beitrag zum Umweltschutz. Das N-ERGIE Tochterunternehmen impleaPlus GmbH entwickelt gemeinsam mit der Gemeinde ein individuelles Contracting-Angebot.

Die Gebäudedienstleistungen der impleaPlus GmbH schaffen den Kommunen Freiräume bei der Verwaltung und dem Betrieb kommunaler Liegenschaften sowie der technischen Gebäudeausrüstungen, wie z. B. die Wartung von Klima- und Heizungsanlagen. Die Berater zeigen Einsparpotenziale im Gebäudebetrieb auf und helfen so die Bewirtschaftungskosten nachhaltig zu senken und den Wert des Gebäude- und Anlagenbestandes zu erhalten.

Auch die EnergieAgentur Mittelfranken unterstützt Gemeinden, die in den Bereichen Energie und Verkehr effizienter werden wollen. Nach einer Bestandsaufnahme zeigen die Berater Einsparpotenziale auf und erstellen einen Katalog mit konkreten Handlungsvorschlägen. Bei erfolgreicher Umsetzung kann sich die Gemeinde mit dem European Energy Award® auszeichnen lassen, der vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz getragen wird. **DK**

Commerzbank AG:

Innovationsstarke Lösungen

Als eine der größten Staats- und Kommunalkundenbanken Deutschlands betreut die vor 137 Jahren gegründete Commerzbank Private und Firmenkunden sowie ausgewählte multinationale Unternehmen. Mit der Etablierung eines eigenen Geschäftsfeldes „Mittelstandsbank“ hat sich die Bank insbesondere die Partnerschaft mit Firmenkunden auf die Fahnen geschrieben. Seit vielen Jahren betreut sie auch den Öffentlichen Sektor in bundesweit 16 Gebietsfilialen.

Der Öffentliche Sektor stellt besondere Anforderungen an das Finanzmanagement - Rahmenbedingungen und Zielsetzungen sind anders als in der Privatwirtschaft. Aufgabe der Commerzbank ist es, den Kommunalkunden die jeweils bestmöglichen Instrumente und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, damit sie ihre finanziellen Ziele erreichen. Dafür gibt es zwei Voraussetzungen: professionelles Finanz-Know-how auf der einen Seite und ein tiefgehendes Verständnis für die Rahmenbedingungen im Öffentlichen Sektor andererseits.

Finanz-Expertise

Deshalb ist die Betreuung des Öffentlichen Sektors eingebunden in die Mittelstandsbank der Commerzbank. Die hier vorhandene Finanz-Expertise bildet die Basis, auf der die eigenständige Schwerpunktbetreuung Öffentlicher Sektor spezifische Lösungen für die Herausforderungen der öffentlichen Hand entwickelt. Dazu arbeitet ihr direkter Ansprechpartner, der Schwerpunktbetreuer Öffentlicher Sektor, Hand in Hand mit hoch spezialisierten Kommunalkundenbetreuern.

PPP-Projekte gehören ebenso zu den Spezialgebieten der Commerzbank wie Kredit- und Ratingoptimierung. Hinzu kommt ihre besondere Kompetenz in den Branchen Infrastruktur Wasser-Abwasser, Energie, Abfallwirtschaft/Umwelt, Gesundheitswesen und Öffentlicher Personennahverkehr. Die Bank berät die Kommunalkunden speziell auf ihren Sektor adjustierten Programmen wie z. B. Aktives Schuldenmanagement.

Bundesweit gibt es an über 120 Standorten stets Gesprächspartner, die die spezifischen Anforderungen verstehen, weil sie den Öffentlichen Sektor kennen, und umsetzungsreife Lösungen präsentieren, die sich rechnen. Dieses Erfolgsrezept hat die Commerzbank zu einem der bedeutendsten Partner für den Öffentlichen Sektor gemacht.

Das umfassende Leistungsspektrum einer europäischen Großbank, kombiniert mit dem Fingerspitzengefühl erfahrener Experten für den Öffentlichen Sektor, lässt Neues entstehen: innovationsstarke Lösungen für den spezifischen Bedarf. Diese optimierten Lösungen werden freilich nicht nur bereitgestellt, sondern die Commerzbank begleitet ihre Kunden auch bei der Implementierung.

Nach diesem Prinzip bietet das Kreditinstitut u. a.

- kurzfristige Finanzierung, z. B. über einen Kassenkredit, um vorübergehende Liquiditätsengpässe im laufenden Haushaltsjahr zu bewältigen,
- mittel- und langfristige Finanzierung kommunaler Infrastrukturmaßnahmen oder auch deren spätere Umschuldungen unter Einbindung vorteilhafter Förderkreditmittel, z. B. von der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Luxemburg,
- attraktive Anlageformen, die gleichzeitig alle für Sie geltenden rechtlichen Vorschriften einhalten,
- kompetente und auf Wunsch intensive Begleitung und Beratung, beispielsweise mit unserem Angebot des Aktiven Schuldenmanagements,
- eine Cash-Management-Lösung zur effizienten Abwicklung des Zahlungsverkehrs. **DK**

Optimal Systems:

Ganzheitliche Lösung OS.5|ECM

Optimal Systems (OS), 1991 in Berlin gegründet, entwickelt und vertreibt Softwarelösungen für Enterprise Content Management. Heute zählt OS zu den führenden deutschen Anbietern individuell konfigurierbarer Lösungen für digitale Archivierung, Dokumenten- und Business Process Management. OS ist mit ca. 140 Mitarbeiten an fünf Standorten in Deutschland sowie europaweit über ein Partner-Netzwerk in Österreich, der Schweiz und weiteren europäischen Ländern aktiv.

Die Softwareprodukte von OS sind mit circa 750 Installationen bei über 500 Kunden in sämtlichen Branchen in Deutschland und weiteren europäischen Ländern vertreten: in Industrie- und Dienstleistungsunternehmen genauso wie in Kliniken oder öffentlichen Verwaltungen.

Der Begriff eGovernment ist in den letzten Jahren zu einem Schlagwort geworden und zunehmend wird die Hoffnung darauf gesetzt, mit Hilfe zeitgemäßer IT nicht nur die Kosten zu senken, sondern auch die Verwaltung transparenter zu gestalten. Vorrangige Ziele sind neben der Verkürzung von Bearbeitungszeiten und Senkung der Kosten vor allem eine höhere Auskunftsbereitschaft gegenüber dem Bürger.

Mit OS.5|ECM bietet OS eine Plattform für Enterprise Content Management (ECM), die sich flexibel an die Anforderungen jeder öffentlichen Einrichtung anpasst. Dazu werden Technologien wie Archivierung, Dokumenten Management und Workflow ebenso wie Portal- und Internettechnologien zusammengeführt - plattformunabhängig für die Betriebssysteme Windows und Linux.

Aufgrund der hohen Schnittstellenstärke und Flexibilität wurden bereits Lösungen für zahlreiche Behörden und Fachämter, wie z. B. Passamt, Amt für Ordnungswidrigkeiten, Steueramt, Kasse, Bürgeramt, Kfz-Zulassung oder Personalamt realisiert. OS bietet außerdem eine DOMEA-zertifizierte Lösung für Verwaltungen und Auftraggeber der öffentlichen Hand auf Basis von ECM, die alle behördlichen Prozesse unterstützt und optimiert. Die Produktivität der Behörde kann mit dieser Lösung deutlich gesteigert werden und es ergibt sich in Abhängigkeit vom eingesetzten Szenario eine Amortisation innerhalb von 12 bis 24 Monaten.

Das Landratsamt Freising beispielsweise erkannte die Notwendigkeit, eine elektronische Aktenführung zu schaffen und entschied sich nach einem ausführlichen Auswahlprozess für die flächendeckende Einführung von OS.5|ECM. Da die Qualität einer Behörde auch von der schnellen und zuverlässigen Auskunftsfähigkeit der Mitarbeiter abhängt, wurde die Umstellung auf eine elektronische Aktenführung als zwingend notwendig erkannt. Diese sollte aber ohne das Aufzwingen von Organisationsveränderungen umgesetzt werden. Die Anpassbarkeit und Flexibilität von OS.5|ECM ermöglichte es, das System sozusagen eins zu eins einzuführen und erst später zusammen mit den Anwendern ohne großen Aufwand auf Veränderungen zu reagieren.

OS.5|ECM kam bereits nach kurzer Projektzeit in verschiedenen Ämtern des Landkreises, so zum Beispiel im Organisationsamt, in der Presseabteilung, in der Kämmerei und im Amt für Jugend und Familie zum Einsatz. Die Lösung wurde reibungslos in die bestehende IT-Landschaft integriert, so dass der Datenaustausch mit den diversen Fachverfahren gewährleistet war. Zusätzlich wurde die webbasierte und standortunabhängige Online-Lösung OS|WebCLIENT umgesetzt.

In der Kfz-Zulassungsbehörde konnte der Aufwand nach Ablösung des Vorgängersystems um ein Vielfaches minimiert werden. Durch eine enge Anbindung an die Fachanwendung OK.Vorfahrt besteht beispielsweise die Möglichkeit, Bescheide direkt aus OK.Vorfahrt zu generieren und in das digitale Archiv von OS.5|ECM abzulegen. **DK**

INFOMA Software Consulting GmbH:

Bundesweit bürgernah

INFOMA® ist führender Anbieter von Softwarelösungen für kommunale Verwaltungen und öffentliche Einrichtungen. Die modular aufgebaute Anwendungssoftware newsystem® kommunal gilt unter Verwaltungsfachleuten als die führende Komplettlösung sowohl für das Neue kommunale Finanzwesen als auch für die klassische Kameralistik und die neuen Steuerungsprozesse von Verwaltungsorganisationen.

Das besondere Merkmal der INFOMA®-Lösung: Erstmals werden alle relevanten Abläufe vollständig integriert und transparent abgebildet. Die Software übernimmt nicht nur die doppische und/oder kamerale Rechnungsführung, sie deckt auch alle übrigen Anforderungen ab, wie z. B. Kosten-/Leistungsrechnung, Controlling, Anlagenbuchhaltung, Veranlagung aller Steuern, Gebühren, Beiträge und Abgaben, integriertes Liegenschafts- und Gebäudemanagement sowie integrierte Vollstreckung und Verbrauchsabrechnung.

Die doppische Buchführung wurde perfekt und praxisorientiert umgesetzt nach dem geforderten Profil der europaweit anerkannten Konzepte des NKR/NKF und der Erfahrung aus einer Vielzahl doppischer Projekte, die ihresgleichen sucht. Die integrierte Komplettlösung newsystem® kommunal Version 4 erhielt im Rahmen eines Prüfungsprozesses der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) einen „Ritterschlag“ und wurde zertifiziert: Die erhöhten Anforderungen gemäß Prüfungshandbuch wurden in allen Bereichen zu 100 Prozent erfüllt.

Mit den Kunden der INFOMA®-partnergroup - eine enge Verbindung mit kommunalen IT-Dienstleistern – adressiert das Ulmer Unternehmen über 1100 Verwaltungen und kommunale Betriebe. Kunden jeder Größenordnung im ganzen Bundesgebiet haben sich für das funktional führende Verfahren von INFOMA entschieden, über 38.000 Anwender nutzen es bereits täglich mit Erfolg. Software von INFOMA® steuert inzwischen die Abläufe in Rathäusern und Landratsämtern quer über alle Bundesländer Deutschlands hinweg.

Das Know-how, die hohe Servicequalität der Mitarbeiter, aber auch die straffe Organisation sind wesentliche Faktoren für den Erfolg der Projektarbeit. Durch internen Wissensaustausch und den Dialog der Kommunen mit den Projektteams werden immer weitere Anwendungsgebiete erschlossen - zum Nutzen aller. **DK**

Michaela Hering / Kurt Hühnerfuß - LRA Bad Tölz / CC e-gov GmbH:

Beschlussverfolgung mit ALLRIS®

Mit dem Ratsinformationssystem ALLRIS®, einem Produkt der CC e-gov GmbH, Hamburg, werden auf der Basis modernen Sitzungsmanagements in der Verwaltung leistungsfähige Informationssysteme für Mandatsträger und Bürger realisiert. Heute setzen bundesweit 250 Kommunalverwaltungen mit insgesamt mehr als 13 Mio. Einwohnern ALLRIS ein - in Bayern sind es insgesamt 30 Kommunen, darunter Regensburg, Augsburg und Landsberg am Lech.

Im Internet wird mit ALLRIS® neben mehr kommunalpolitischer Transparenz durch die öffentlichen Bürgerinformationssysteme insbesondere eine weitaus verbesserte Möglichkeit der Informationsbereitstellung für die Gremien angeboten. Immer mehr Mandatsträger verwenden heute ganz selbstverständlich die elektronischen Sitzungsunterlagen und ermöglichen dabei auch deutliche Kosteneinsparungen bei den Verwaltungen. Auch die Nutzung des Ratsinformationssystems als Kommunikations- und Kooperationsplattform im Internet gewinnt bei den Anwendern zunehmend an Bedeutung.

Information Tag und Nacht

ALLRIS® Ratsinfo ist zunächst ein umfassendes Informationssystem für jeden Kommunalpolitiker. Im Rahmen der jeweiligen Zugriffsrechte werden sämtliche Informationen aus aktuell anstehenden Beratungen und aus vergangenen Sitzungen über den Webbrowser verfügbar. Der Mandatsträger kann sich somit zu jeder Tages- und Nachtzeit komplett informieren - und das nicht nur über die aktuellen anstehenden Sitzungen. Eine leistungsfähige Textrecherche über alle Sitzungen und Vorlagen unterstützt ihn dabei. ALLRIS® Ratsinfo bietet auch eine komfortable Funktion zum Download, auch im Offlinebetrieb sind alle sitzungsrelevanten Informationen verfügbar.

Sitzungsdienst

Im Intranet wird der gesamte interne Sitzungsdienst einer Verwaltung organisiert. Dies gilt für die Querschnittsaufgaben mit der kompletten Planung, Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Sitzungen ebenso wie für die involvierten Fachbereiche mit der Erstellung von Vorlagen und deren Einbringung in den Beratungsgang. Darüber hinaus unterstützt ALLRIS® alle in der Umsetzung der Beschlüsse engagierten Mitarbeiter und fungiert als besonders leistungsfähiges Führungsinformationssystem.

Beschlussverfolgung

Eine augenfällige Stärke von ALLRIS® liegt in der Anpassbarkeit an ganz unterschiedliche organisatorische Abläufe. Die vorlagen- und beschlussbezogenen Vorgänge werden im ALLRIS® Webclient übersichtlich zusammengeführt, vorhandene E-Mailsysteme können zur Zusammenarbeit verwendet werden.

Dieses webbasierte Ratsinformationssystem wurde insofern erweitert, als seit einiger Zeit eine strukturierte Beschlussverfolgung möglich ist. Die Nachverfolgung der Handlungsaufträge, die sich aus den Beschlussfassungen der Gremien für die Verwaltung ergeben, ist eine wesentliche Aufgabe im Sitzungsdienst der Kommunen. In enger Zusammenarbeit mit mehreren Kommunalverwaltungen hat CC e-gov diesen Aufgabenbereich konzeptionell aufgearbeitet. Dabei sind webbasierte Werkzeuge entstanden, die kundenindividuell anpassbare Konzepte für die Beschlussverfolgung ermöglichen.

Beschluss-Tracking-System

Die zuständigen Fachbereiche arbeiten dabei ihre Aufgaben browserbasiert ab. Die daraus resultierenden Informationen sind im Intranet der Verwaltung dynamisch auswertbar und bilden so ein verwaltungsinternes Führungsinformationssystem. Für die Gremien kann auf dieser Plattform ein internetbasiertes Berichtswesen (Beschluss-Tracking-System) implementiert werden.

Das bereits im März 2005 für den Bürger freigeschaltete Kreistagsinformationssystem ALLRIS des Landratsamts Bad Tölz-Wolfratshausen ermöglicht es beispielsweise, über das Internet direkt in das Sitzungsgeschehen in Bad Tölz „hineinzuklicken“. Das heißt, dass die Medien und die Öffentlichkeit Zugriff auf Sitzungskalender, öffentliche Vorlagen und öffentliche Sitzungsniederschriften sowie Angaben über Kreisräte und anderes via Internet haben. Auch steht eine leistungsfähige Textrecherche zur Verfügung.

Papier wird eingespart

Im Landratsamt wird nunmehr erkennbar Papier eingespart, da sich die betroffenen Mitarbeiter jetzt überwiegend elektronisch über die Sitzungsinhalte informieren. Auch der bislang übliche Versand der Sitzungsunterlagen an die örtlichen Pressevertreter ist bereits entfallen - diese sind jetzt durch ALLRIS stets aktuell informiert. Auch die Politik kann das System intensiv nutzen: Mit einer entsprechenden Einweisung wurden die 60 Kreisräte in die Lage versetzt, auf elektronischem Wege auf die notwendigen Sitzungsunterlagen zuzugreifen.

Erneuertes Gütesiegel

Das datenschutzrechtliche Rezertifizierungsverfahren beim ULD Kiel ist jetzt erfolgreich abgeschlossen worden. Damit ist ALLRIS weiterhin das einzige Verfahren seiner Art, das durch einen unabhängigen Landesdatenschutzbeauftragten zertifiziert wurde und somit für den Einsatz in der öffentlichen Verwaltung besonders empfohlen wird. ALLRIS wurde in der Version 3.7 bereits im Jahre 2004 erstmals zertifiziert, die erneute Vergabe des Gütesiegels gilt für die neue Version 3.8. Das erneuerte Gütesiegel gilt nunmehr bis zum 12. Oktober 2009. **DK**

Widemann Systeme:

XPlanung mit WS·LANDCAD

Widemann Systeme kann seit kurzem mit der XML-basierten Schnittstelle XPlanung für die Bebauungs- und Flächennutzungsplanung aufwarten. Den Nutzern steht mit der Schnittstelle erstmals ein systemneutrales Datenformat zum effizienten Austausch und zur Informationsweitergabe von Planungsdaten aus der Bauleitplanung zur Verfügung.

Aus einer mit dem Modul Bauleitplanung erstellten Zeichnung wird über eine Exportfunktion direkt eine XPlan GML-Datei erzeugt, die in xml-Viewern oder in bereits dafür eingerichteten CAD- und GI-Systemen dargestellt und analysiert werden kann. Damit wird die vielfach eingesetzte, auf Shape- und Rasterdaten beschränkte GeoExport-Schnittstelle von Widemann Systeme um eine systemoffene Variante ergänzt. Ein systemneutraler Datenaustausch zwischen verschiedenen Planungsebenen und unterschiedlichen Planungsakteuren wird so ermöglicht.

XPlanung erleichtert durch den verlustfreien Datenaustausch das Zusammenwirken der verschiedenen Akteure während des Planungsprozesses sowie die Bereitstellung unterschiedlicher Services, unter anderem für: verschiedene Bereiche der Verwaltung, Träger öffentlicher Belange, Investoren und interessierte Bürger. Der horizontale Abstimmungsprozess zwischen benachbarten Städten wird genauso effizient unterstützt wie der vertikale zwischen Planer, Kommune, Landkreis und Land. Als standardisierte Datensätze oder als Web-Services werden digitale Bauleitpläne anderen Fachbehörden und potenziellen Investoren im Rahmen des Standortmarketings zur Verfügung gestellt. Es können über die einheitlich strukturierten Metadaten gezielt Bebauungspläne mit bestimmten Festsetzungen gefiltert, aber auch Inhalte von Bebauungsplänen über mehrere Pläne hinweg analysiert werden.

XPlanung ist eines der Modellvorhaben im Rahmen der Geodateninfrastruktur Deutschland. Es wird von den E-Government-Initiativen DeutschlandOnline und Media@Komm-Transfer / Media@Komm-Innovation unterstützt. Die Projektleitung wird gemeinsam von der Hansestadt Hamburg (Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung) und dem Kreis Segeberg für die Metropolregion Hamburg wahrgenommen. Hier wird der Standard XPlanGML unter folgenden Vorgaben entwickelt:

- Die Darstellungen und Festsetzungen sind mit Hilfe der UML-Beschreibungssprache objektorientiert abzubilden.
- Das Austauschformat soll sich an offenen Standards des Open Geospatial Consortiums orientieren.
- Das Signaturmodell soll auf der existierenden Planzeichenverordnung aufbauen.
- Die Visualisierung der Fachpläne ist produkt- und herstellerneutral. **DK**

Infopaket Mobilfunk

Broschürenreihe für Politik und Kommunen mit Informationen rund um die mobile Kommunikation

Das Informationszentrum Mobilfunk e.V. (IZMF) hat ein umfassendes Nachschlagewerk zur mobilen Kommunikation zusammengestellt. In sieben Heften richtet sich das Infopaket Mobilfunk mit vielen Hintergrundinfos an Verantwortliche in Kommunen und Behörden.

☐ Hiermit bestelle ich kostenlos das gesamte Infopaket Mobilfunk.

Bitte Adresse beifügen und an das IZMF senden.
Die Broschüren können auch online als PDF heruntergeladen werden.

Informationszentrum Mobilfunk e.V. (IZMF) | Hegelplatz 1 | 10117 Berlin
Fon: (+49) 030/209 16 98-0 | Fax: (+49) 030/209 16 98-11 | Hotline: 0800/330 31 33
E-Mail: info@izmf.de | Internet: www.izmf.de

INFORMATIONSZENTRUM MOBILFUNK

Durch OK.FMS – das Facility Managmentsystem der AKDB:

Einsparungen und Mehreinnahmen

Konzept zur Qualitätssteigerung und Kostenreduzierung bei kommunalen Gebäuden

Die Probleme der Kommunen im Bereich der Liegenschaftsverwaltung sind fast überall die gleichen: Die Aufwände für Liegenschaften bilden nach den Personalkosten den zweitgrößten Kostenblock im Verwaltungshaushalt, trotzdem bestehen nur unzureichende Kenntnisse über die anfallende Kosten. Auch organisatorisch gibt es Probleme: Trotz vieler Zuständigkeiten fehlt oft eine Stelle mit Gesamtverantwortung. Die Gebäudeinformationen sind ungenau, unvollständig, fehlen ganz oder werden von unterschiedlichen Stellen gepflegt. Bei solchen Voraussetzungen lassen sich keine langfristigen Bewirtschaftungskonzepte entwickeln und durchsetzen.

Diese Probleme lassen sich in einer modernen Kommune nur durch die Zusammenfassung aller gebäudewirtschaftlichen Maßnahmen und eine professionelle und wirtschaftliche Aufgabenerledigung lösen. Als Belohnung für diese EDV-gestützten Veränderungen winken aber Einsparungen bzw. Mehreinnahmen ohne Leistungseinschränkungen. Ebenso lassen sich Sanierungsstaus vermeiden und ungenutzte Flächen mobilisieren. Der Energiebedarf kann reduziert werden,

Damit werden bereits die Vorteile eines Facility Managements deutlich: Die Bewirtschaftungskosten werden gesenkt, die Werterhaltung der Gebäude gesichert, gleichzeitig wird Kostentransparenz erzielt. Trotz eines höheren Servicestandards lassen sich durch die Konzentration auf das Kerngeschäft Personalkosten reduzieren.

„Start small - think big“

Als Grundsatz für den Einsatz einer Software im Bereich Facility Management gilt: „start small - think big“ Die Frage, die man sich bei der Auswahl einer solchen Software zu stellen hat, ist nicht nur: „Welche Software wird heute benötigt?“ sondern auch: „Welche Software brauchen wir morgen und übermorgen?“

Die Anforderungen an eine moderne und zukunftsträchtige Software im FM-Bereich sind umfangreich: eine umfassende Modulpalette für den kommunalen Sektor muss bereitstehen. Sowohl die Software als auch das Datenmodell sollten individuell erweiterbar, grafische Informationen müssen integrierbar sein. Die Anbindung an das Internet genauso wie mobile Erfassungsgeräte sind heutzutage selbstverständlich. Für die Integration in das IT-Konzept der Kommune sind außerdem Schnittstellen zu anderen Verwaltungsbereichen notwendig. Und last but not least: die Kontinuität des Anbieters ist gerade für Kommunen eine wichtige Frage des Investitionsschutzes.

Erweiterungsmöglichkeiten

Alle diese Punkte bietet die AKDB mit ihrem neuen Angebot für das computergestützte Facility Management - OK.FMS. Wichtig für kommunale Kunden ist dabei die Möglichkeit Software und Datenstruktur je nach Bedarf zu erweitern. Beginnt der Einsatz von OK.FMS heute mit den Modulen Flächen- und Raummanagement und Instandhaltungsmanagement so lässt es sich morgen reibungslos um die Module Reinigungs- und Wartungsmanagement erweitern. Diese Flexibilität setzt sich auch in der Erweiterung der Datenstruktur fort. Die benötigten Datenfelder sind im laufenden Betrieb beliebig erweiterbar. Sind heute für einen Raum nur z.B. die Raumnutzung und der Bodenbelag gespeichert, so kann morgen die Telefonnummer und der Mietpreis pro qm relevant werden und dann auch im Verfahren eingefügt werden.

Die Einbindung von grafischen Informationen in OK.FMS ist vorbildlich gelöst: Die Navigation ist sowohl über Grafik wie über die Daten möglich. Alle Daten zu einem Objekt sind auf einen Blick ersichtlich. Raster- und Vektordaten sind gespeichert und können zu CAD-Grafiken ex- bzw. importiert werden. Zukunftssicher ist auch der Intra- und Internetzugriff über Web-Anwendungen in OK.FMS. So können Störungsmeldungen online in den Workflow einfließen und Außenstellen einfach angebunden werden. Generell kann schnell und ortsunabhängig auf Management-Informationen zugegriffen werden.

Workflow-Management

OK.FMS bietet ein integriertes Workflow-Management. Von der ersten Störmeldung zur Erfassung im System, dem Veranlassen von nötigen Maßnahmen, der tatsächlichen Aktion bis zum Abschluss des Vorgangs - alles wird in OK.FMS dokumentiert.

Durch die Schnittstelle zwischen OK.FMS und OK.FIS, dem Finanzinformationssystem der AKDB, wird gewährleistet, dass die Liegenschaftsverwaltung sich nahtlos in die vorhandene EDV-Infrastruktur der Verwaltung einpasst. Keine unnötigen Doppelerfassungen, der Austausch von Finanzadressen, die Rechnungserfassung – alles erfolgt im Online-Datentransfer.

Weitere Schnittstellen, zum Beispiel zur Vermögensbuchführung, einem Grafischen Informationssystem und CAD-Systemen sind vorhanden, weitere wie zur Kosten-Leistungsrechnung sind in Planung.

Norbert Hart

Beispiel Katastrophenschutz:

Daten für den Ernstfall

Auswirkungen der neuen Bayerischen Meldedatenverordnung für den GIS-Einsatz in Kommunen

Die Verordnung zur Übermittlung von Meldedaten (MeldDV) wurde am 27.02.2007 durch den Bayerischen Ministerrat verabschiedet. Zum 01.07.2007 trat die vollständige MeldDV mit den Regelungen zum Behördeninformationssystem in Kraft.

Seit dem 01.07.2007 umfasst der zentrale Einwohnerteildatenbestand im Service-Rechenzentrum der AKDB in Bayreuth den Datenbestand von allen 1.379 bayerischen Meldebehörden. Er fungiert als Datenbasis für das Behördeninformationssystem, das alle kommunalen und staatlichen Behörden nutzen können.

Da das Behördeninformationssystem einen vollständigen bayernweiten und tagesaktuellen zentralen Datenbestand voraussetzt, verpflichtet die MeldDV alle bayerischen Meldebehörden zur Übermittlung ihrer EWO-Daten an die AKDB.

Datenabruf

Alle kommunalen und staatlichen Behörden sowie sonstige öffentlichen Stellen in Bayern dürfen automatisiert Daten abrufen. Der Datenumfang, der abgerufen werden darf, umfasst Familiennamen, Vornamen, Doktorgrad, gegenwärtige Anschrift(en) und Tag der Geburt.

Die Vorteile des Behördeninformationssystems liegen klar auf der Hand:

- Flächendeckendes System
- Hohe Verfügbarkeit
- Zeitliche Ungebundenheit bei der Einholung von Auskünften
- Schnelle, zeitnahe Verfügbarkeit der Auskunft

Die § 8 ff MeldDV regeln, welche explizit genannten Behörden welche weiteren Daten über den Datenumfang des allgemeinen Behördeninformationssystems hinaus abrufen dürfen; darunter z. B. Polizei, Landesamt für Verfassungsschutz und Katastrophenschutzbehörden.

Meldedaten haben Raumbezug! Darum werden Meldedaten über die Adresse mit Karten verortet. Über die Hauskoordinaten der Vermessungsverwaltung erfolgt diese Georeferenzierung im bundesweit einheitlichen GVHK-Format (Gemeinschaft zur Verbreitung von Hauskoordinaten).

Für die Nutzung von georeferenzierten Adressen für vorbereitende Maßnahmen und Krisenmanagement im Katastrophenschutz bieten sich sowohl personifizierte Abfragen wie z.B. wer wohnt in diesem Gebäude, wo wohnt die Person XY, welche Personen wohnen in Block A, B, C ...? an. Das Ergebnis dieser Abfrage ist die namentliche Nennung von Einzelpersonen oder Gruppen (z.B. Familien). Auch entpersonifizierte Abfragen sind im Katastrophenfall von Belang: Beispielsweise eine Altersstrukturanalyse (Alter von/bis) für die Gesamteinsatzleitung und OEL's zur Koordinierung von Rettungskräften sowie die Anforderung externer Ressourcen und Einsatzkräfte.

Als Beispiel dient eine Katastrophenschutzübung, die von der Feuerwehrschule Geretsried Anfang Mai im Landratsamt Landsberg am Lech durchgeführt wurde. Dort trainierten die Führungskräfte von Feuerwehr, Polizei, Rotem Kreuz, Bundeswehr, Technischem Hilfswerk und die Katastrophenschützer des Landratsamtes für den Ernstfall: Als Katastrophenszenario wurde der Absturz eines Frachtflugzeugs auf ein Gymnasium in der Altstadt von Landsberg mit vielen Toten und Verletzten angenommen. Feuerwehr und Polizei wurden alarmiert, die Katastrophenschützer des Landratsamtes nahmen ihre Arbeit auf.

Um die Einsatzkräfte exakt lenken zu können galt es zu definieren was wo passiert ist. Mit Hilfe des Geographischen Informationssystems w³GIS wurde dem Krisenstab die Schadensstelle vorgestellt, die Absturzstelle in der Karte markiert und auf einem DIN A0-Plotter für die Einsatzkräfte ausgedruckt.

Im Laufe der Übung zeichnete sich ab, dass der Altstadtbereich evakuiert werden muss und hierfür weitere Hilfskräfte aus der Region angefordert werden müssen. Aber: Wie viele Personen sind zu evakuieren, welche Altersstruktur liegt vor? Es wurden anonymisierte Einwohnermeldedaten mit den Hauskoordinaten verknüpft, so dass über eine beliebige Fläche schnell Aussagen über die Anzahl der dort gemeldeten Personen und deren Altersstruktur gemacht werden konnten. In sehr kurzer Zeit erhielten so die Einsatzleiter wichtige Informationen, die sonst erst aufwendig über die Meldeämter hätten recherchiert werden müssten. In der Abschlussbesprechung der Feuerwehrschule Geretsried wurde die schnelle Verfügbarkeit von optimalen Karten und Luftbildern und den Meldedaten besonders lobend hervorgehoben. **Jan Siennicki**

komuna GmbH:

Bürger und Rathaus als Gewinner

Die Themen Kommunale Doppik, Rathaus Service-Portal, Kommunalwahl 2008 und Automatische Sammelauskunft standen im Mittelpunkt der Messepräsentation der komuna GmbH EDV-Beratung Altdorf.

Das Rathaus Service-Portal ist eine auf der Internetseite der Kommune integrierte Plattform, die Anwendungen aus verschiedenen Bereichen bereitstellt. So können die Bürger „rund-um-die-Uhr“ eine große Anzahl von behördlichen Formalitäten über das Internet abwickeln. Die Daten werden mit einem sicheren Verschlüsselungsverfahren an die Kommune geschickt und können dort sofort medienbruchfrei weiterverarbeitet werden. Ergebnis: Praktizierte Bürgernähe und Zeitersparnis für Bürger und Kommune.

Vorteile für die Kommune:

- Modern und serviceorientiert
- Zeitersparnis durch medienbruchfreie Datenübernahme
- Schnellere Vorgangsbearbeitung
- Kostenersparnis
- Rechtssicherheit durch geprüfte Hostingvereinbarung
- Gebührensicherheit durch Online-Bezahlung.

Der reine Download von Formularen über das Internet bringt nur scheinbare Arbeitsersparnis, denn die Weiterverarbeitung bleibt aufwändig. Die komuna-Lösung ist praktisch: Alle Formulare sind so angelegt, dass die elektronischen Angaben der Bürger automatisch in die kommunale Datenbank eingelesen und medienbruchfrei weiterverarbeitet werden können. Ein elektronischer Dialog unterstützt den Bürger beim „Ausfüllen“.

Stichwort Kommunalwahl 2008: PC-Wahl ist ein Softwarepaket zur Erfassung, Berechnung, grafischen Präsentation und statistischer Nachbearbeitung von Wahlergebnissen. Innovative Technologie garantiert dabei einen sicheren und bequemen Wahlvorgang. PC-Wahl ist auf jedem PC ohne zusätzliche Vorinstallation einsetzbar bei Kommunal-, Kreistags-, Bezirks-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen, bei Volks- und Bürgerentscheiden sowie bei Direktwahlen. Unter dem Motto „Stick and Go – sicher, reibungslos und bequem mit PC-Wahl“ konnten sich die Besucher von der einfachen und übersichtlichen Bedienung und der perfekten Präsentation überzeugen.

Erstmals stellte die komuna das Produkt „ASA - Automatische Sammelauskunft“ einem breiten Publikum vor. komuna bündelt darin Anfragen für Online-Auskünfte und leitet sie an die Kommune weiter. Dank der komfortablen Bearbeitung in MESO sinkt so der Arbeitsaufwand für die Mitarbeiter und die Verwaltung erzielt höhere Einkünfte. **DK**

Rainer Niedermeier / LivingData GmbH:

Schnelle Hilfe in der Not - IT Notfallkonzepte

Die LivingData GmbH, gegründet 1997, implementiert und betreut als Systemhaus maßgeschneiderte Hard- und Softwarelösungen. Als 100%-ige Tochter der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) bedient das Unternehmen vor allem Kunden aus dem öffentlichen Bereich, insbesondere Kommunalverwaltungen.

Die optimale Hardware und die perfekt darauf abgestimmte Software bilden für viele LivingData-Lösungen die Plattform. Daher ist die qualifizierte Beratung bei der Auswahl und der Vertrieb der erforderlichen PCs, Notebooks, Server, Drucker und Peripheriegeräte ein zentraler Bestandteil der Tätigkeit. Um dem Kunden optimale Leistungsfähigkeit und Qualität bieten zu können, arbeitet das Systemhaus mit marktführenden Herstellern zusammen.

Gesamter Lebenszyklus

Seine Softwareprodukte sind auf die Anforderungen der Kunden aus dem öffentlichen Bereich ausgerichtet. Für alle Produkte unterstützt LivingData den gesamten Lebenszyklus: von Verkauf über Installation und Schulung bis zu Wartung und Hotline.

Mit den Storage (Speicher)-Systemen von Network Appliance bietet LivingData die idealen Einstiegspakete in den Unified Storage Bereich mit umfangreichen Funktionen. Unified Storage bedeutet, dass der Kunde seinen Speicher kombiniert als NAS (an das lokale Netzwerk angeschlossene Massenspeichereinheiten) und SAN (Speichernetzwerk) einsetzen kann. Der NAS-Zugriff gestaltet sich dabei so einfach wie der Zugriff auf einen klassischen Dateiserver; sämtliche Zugriffsrechte lassen sich sehr einfach abbilden.

Mit der SAN-Funktionalität (z. B. über eine kostengünstige iSCSI-lnfrastruktur) werden die Daten blockorientiert zur Verfügung gestellt, so dass problemlos Datenbanken wie Oracle, SQL Server und Exchange auf dem Storage betrieben werden können. Darüber hinaus bietet das SAN den idealen Speicherort für die virtuellen Maschinen eines VMware ESX Servers.

Kommunalbundle

Wer legt sich schon gerne auf lange Zeit fest? Mit dem Kommunalbundle von Netapp und LivingData können die Speicherbereiche im laufenden Betrieb vergrößert oder sogar verkleinert werden. Reicht der Speicherplatz des Systems nicht mehr aus, so kann durch Hinzufügen weiterer Platten die Kapazität online erweitert werden.

Mit der von Netapp entwickelten „SnapShot“ Technologie ist es möglich, im laufenden Betrieb in Sekundenschnelle schreibgeschützte Kopien (Snapshots) von Datenvolumen zu erstellen. Pro Volume können 255 Snapshots angefertigt werden. Mittels dieser „Snapshots“ ist der Kunde in der Lage, Daten ebenso schnell wiederherzustellen.

Storage-System

Die „SnapLock“ Technologie von Netapp bietet die Möglichkeit, unveränderbare, nicht löschbare WORM Volumes auf dem Storage anzulegen. Daten, die in ein solches Volumen archiviert werden, können bis zu ihrem vorab definierten Aufbewahrungsdatum weder verändert noch gelöscht werden. Das Storage-System bietet somit die Grundlage für eine revisionssichere Archivierung auf Festplatten.

Mit dem Kommunalbundle von LivingData wird in ein hochwertiges und zukunftssicheres Storage-System investiert, das alle Anforderungen einer Kommunalverwaltung erfüllt – und dies zu einem unschlagbaren Preis.

Ein weiteres Notfall-Konzept ist der schnelle Notfallbetrieb durch Virtualisierung. Diese ermöglicht eine Vereinfachung der IT. Dadurch ist man in der Lage, auf neue Anforderungen sehr schnell und flexibel zu reagieren.

Die virtuelle Infrastruktur entkoppelt Serverapplikationen vollständig von der vorhandenen physikalischen Hardware. Dies ermöglicht den Hardware-unabhängigen Einsatz von Anwendungen. Dadurch kann der Kunde mehrere virtuelle Maschinen (z. B. Server) auf einer physikalischen Hardware betreiben, was eine deutlich bessere Hardware-Auslastung mit sich bringt. Selbst das Bereitstellen eines Servers für neue Anwendungen ist nun in kürzester Zeit möglich.

Zudem kann sich der Kunde die Entkopplung der Hardware geschickt für den Notfallbetrieb zu Nutze machen. Fällt die Hardware seines Hauptservers aus, kann er die virtuellen Maschinen übergangsweise auf einem preiswerten Notfallsystem ohne Treiberprobleme starten.

Notfallsystem

Das Notfallsystem besteht aus einer preiswerten Hardware mit entsprechender Speicherkapazität für die Sicherung und das Betreiben der virtuellen Maschinen des Hauptservers. Auf diesem System befindet sich der kostenlose VMware Server, der den Betrieb von virtuellen Maschinen im Notfall ermöglicht. Eine entsprechende Sicherungssoftware sorgt dafür, dass die virtuellen Maschinen regelmäßig vom Hauptserver auf den Notfallserver übertragen werden. Fällt nun der Hauptserver aus, ist sehr schnell ein Notbetrieb möglich, ohne dass in eine teure Clusterlösung investiert worden wäre.

Das Notfall-Konzept 3 wiederum beinhaltet die Virtualisierung und SAN. Durch den Einsatz von zwei ESX Servern und einem SAN ist der Kunde in der Lage, seine Anwendungs-, Datenbank- und File-Server als virtuelle Maschinen entkoppelt von der Serverhardware zu betreiben.

Zentraler Speicherort

Die Funktionsweise ist folgende: Das SAN dient als zentraler Speicherort für die virtuellen Maschinen von ESX Servern. Ihre ESX Server greifen z. B. über eine kostengünstige iSCSI-lnfrastruktur auf ein und den selben Datenpool zu. Dadurch können die virtuellen Maschinen beliebig auf die ESX Server verteilt werden. Sollte ein ESX-Server ausfallen, können seine virtuellen Maschinen auf einem anderen ESX-Server problemlos gestartet werden. Ein geeignetes, leistungsstarkes SAN ist für Kommunen bereits ab 9.500 Euro erhältlich.

VMotion ermöglicht darüber hinaus das Verschieben von virtuellen Maschinen von einem ESX-Server auf den anderen ohne Betriebsunterbrechung und ohne dass dieses Auswirkungen auf Anwender hat. So sind u. a. Servicearbeiten an einem ESX-Server problemlos ohne Unterbrechung möglich. **DK**

Dipl.-Finanzwirt Josef Popp:

Das Kommunalunternehmen als Alternative zum Regiebetrieb

Als Regiebetrieb kommen Betriebe in Frage, die ausschließlich dem Hoheitsbereich zuzuordnen sind sowie wirtschaftliche Unternehmen. Die Organisation richtet sich nach den kommunalen Vorschriften (Gemeindeordnung, kommunales Haushaltsrecht, öffentliches Dienstrecht und Verwaltungsvorschriften). Die Führung des Regiebetriebes liegt in den Händen des Bürgermeisters, der entsprechende Aufgaben delegieren kann. Entscheidungen werden durch den Gemeinderat getroffen.

Die Rechnungslegung erfolgt nach Kommunalrecht. In diesem Rahmen werden auch die Entscheidungen über Gebührensätze, Investitionen und mögliche Kreditaufnahmen getroffen. Die Kredite werden häufig mit den Gesamtkrediten einer Gemeinde verwaltet. Ebenso erfolgt die Verbuchung der laufenden Geschäftsvorfälle in der kameralen Buchhaltung der Gemeinde. Gemeinsame Aufwendungen werden durch Kostenteilung von anderen Haushaltsstellen abgebucht und dem Regiebetrieb zugeordnet.

Mögliche Kosteneinsparung

Der Regiebetrieb ist heute noch die häufigste Form der Betriebsführung, weil vor allem die hoheitlichen Betriebe (z.B. Abwasser / Bauhof) fast ausschließlich als Regiebetriebe geführt werden. Dadurch kann in der Rechnungslegung gelegentlich eine Kosteneinsparung möglich sein. Soweit steuerlich nicht relevant, erfolgt häufig keine Gewinnermittlung. Oftmals ist aber auch nur eine sehr unzureichende Vermögenserfassung bzw. Vermögenszusammenstellung festzustellen. Der Bürgermeister und der Gemeinderat können alle Entscheidungen uneingeschränkt selbst treffen und den Vollzug überwachen. Wie effektiv die Überwachung aber wirklich ist, können alle selbst beurteilen. Es gibt keine differenzierte Kostenrechnung. Nur durch viel Aufwand lässt sich eine periodengerechte Kostenrechnung durchführen.

Änderung der Gemeindeordnung

Folgen sind oftmals fehlerhafte Beurteilungen des Betriebsergebnisses. Gewinn / Verlust bzw. Liquiditätsüberschuss und -fehlbetrag. Gewinne, Fehlbeträge, Vermögens- und Schuldenwerte fließen in den kameralen Haushalt ein. Die Vergabe von Aufträgen, Leistungen usw. erfolgt nach den Vorgaben für den öffentlichen Haushalt.

Mit der Änderung der Bayerischen Gemeindeordnung im Jahre 1995 wurde den bayerischen Gebietskörperschaften die Möglichkeit eingeräumt, kommunale Unternehmen in der Rechtsform juristischer Personen des öffentlichen Rechts mit eigener Satzungsgewalt zu errichten. Dies gilt sowohl für wirtschaftliche sowie nicht wirtschaftliche (= hoheitliche oder vermögensverwaltende) Unternehmen.

Zwischen Eigenbetrieb und GmbH

Das Kommunalunternehmen stellt eine Unternehmensform zwischen Eigenbetrieb und GmbH dar und ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. In der Satzung ist das Stammkapital festzulegen. Das Kommunalunternehmen braucht lediglich ausreichend Mittel, um die übertragene Tätigkeit ausüben zu können. Ferner ist zu beachten, dass die Gemeinde als Gewährsträger für alle Verbindlichkeiten des Kommunalunternehmens uneingeschränkt haftet. Es kann auch ein ganzes Unternehmen, z. B. ein bestehender Regiebetrieb oder ein bestehender Eigenbetrieb, in das Kommunalunternehmen eingebracht werden. Dieses kann sowohl wirtschaftliche Unternehmen betreiben als auch hoheitliche Betriebe führen.

Der Verwaltungsratsvorsitzende ist Kraft Gesetz der Bürgermeister der Gemeinde. Der Verwaltungsrat wird auf Dauer einer Wahlperiode berufen. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat auf die Dauer von höchstens 5 Jahren bestellt. Der Vorstand hat dem Verwaltungsrat vierteljährlich über die Abwicklung des Erfolgs- und Vermögensplanes schriftlich zu berichten. Der Gemeinderat kann dem Verwaltungsrat Weisungen erteilen.

Vorschriften des öffentlichen Rechts

Der Gewährsträger kann dem Kommunalunternehmen die Satzungshoheit übertragen und somit selbst die Regelungen für die übertragenen Aufgaben festlegen. Die gesamte Wirtschaftsführung (Planung / Vollzug und Rechnungslegung) erfolgt völlig unabhängig vom kommunalen Haushalt des Gewährträgers durch den Vorstand. Für die Führung und Verwaltung des Kommunalunternehmens gelten die Vorschriften des öffentlichen Rechts wie das Kommunalabgabengesetz, die Kommunalunternehmensverordnung und die Eigenbetriebsverordnung, aber auch die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften (Rechnungslegung).

Umsetzung politischer Ziele

Aus dieser Mischung lässt sich erkennen, dass hier einerseits die Möglichkeit zum kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Handeln besteht, aber trotzdem durch die öffentlich-rechtlichen Vorschriften gewährleistet wird, dass durch das Unternehmen hoheitliche Dienstleistungen zum Selbstkostenpreis erbracht werden sollen. Durch die Weisungsbefugnis des Gemeinderates ist gewährleistet, dass die politischen Ziele der Gemeinde tatsächlich im Kommunalunternehmen umgesetzt werden.

Jährlicher Wirtschaftsplan

Das Kommunalunternehmen ist verpflichtet, jährlich einen Wirtschaftsplan (Erfolgs- und Vermögensplan) zu erstellen. Mit dem Wirtschaftsplan ist eine Finanzplanung für 5 Jahre durchzuführen. Am Kommunalunternehmen können sich keine Drittpersonen beteiligen. Somit ist sichergestellt, dass die hoheitliche Aufgabenerfüllung ausschließlich durch den Gewährsträger (= Gemeinde) erfolgt. Andererseits kann sich das Kommunalunternehmen aber an anderen privaten Gesellschaften (GmbH, GmbH & Co. KG) beteiligen. Auch ist es möglich, dass mehrere Gemeinden, Landkreise oder Bezirke ein gemeinsames Kommunalunternehmen gründen. Dabei kommt neben der Neugründung auch der Beitritt zu einem bereits bestehenden Kommunalunternehmen in Frage.

Die steuerliche Beurteilung des Kommunalunternehmens ist identisch mit den Bestimmungen für den Regie- oder Eigenbetrieb. Bei der Einbringung von Sachwerten ist zu beachten, ob es sich um Einzelgegenstände oder ein gesamtes Unternehmen handelt. Einzelgegenstände aus dem steuerlich geführten Regie- oder Eigenbetrieb sind mit Umsatzsteuer belastet. Ein gesamtes Unternehmen wird ohne Umsatzsteuer eingebracht. Kommen Gegenstände aus dem Hoheitsbereich, so liegt keine Umsatzsteuerbelastung vor (kein Vorsteuerabzug).

Beispiel Bauhof

Werden Grundstücke eingebracht, so unterliegt diese Einbringung grundsätzlich der Grunderwerbsteuer, weil eine andere Rechtsperson Eigentümer des Grundstücks wird. Von der Grunderwerbsteuer befreit sind nur solche Grundstücksübertragungen, die bisher im Hoheitsbetrieb waren und nur wegen der Änderung der Organisationsform und der Übertragung der hoheitlichen Aufgabe übertragen werden. Beispiel: Ein Bauhof wird künftig im Kommunalunternehmen geführt.

Für die Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuer ist jeder Betriebszweig im Kommunalunternehmen gesondert zu beurteilen. Eine Zusammenfassung von verschiedenen Betrieben für steuerliche Zwecke ist, wie beim Eigenbetrieb, nur möglich, wenn es sich um gleichartige Betriebe handelt.

Effektive Überwachung

Die kaufmännische Buchführung ist zwingend vorgeschrieben. Es ergeben sich umfangreiche Möglichkeiten einer Kosten- und Leistungsrechnung. Gleiche Kennzahlen für Leistungsvergleiche auch mit anderen Unternehmen stehen daraus zur Verfügung. Die Leitung liegt in der Verantwortung des/der Vorstände. Der Verwaltungsrat wirkt als Aufsichts- und Kontrollorgan. Durch die vorgeschriebene vierteljährliche Berichtspflicht des Vorstandes ist eine zeitnahe und effektive Überwachung durch den Verwaltungsrat gewährleistet. Der „scheinbare Machtverlust" der Gemeinde wirkt sich nur in der Ausführung der Aufgaben aus. Die wirklichen Leitlinien werden weiterhin vom Verwaltungsrat festgelegt, der wiederum vom Gemeinderat Weisungen erhalten kann.

Das Kommunalunternehmen beinhaltet für die Gemeinde alle erforderlichen Lenk- und Steuerungsinstrumente. Andererseits bietet es aber viele Möglichkeiten das Unternehmen nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen zu führen. Es handelt sich insgesamt um ein „Non-Profit-Unternehmen".

Exakte Abgrenzung

Fazit: Das Kommunalunternehmen stellt eine sehr sinnvolle Alternative zum Regiebetrieb dar. Durch die gesonderte Rechnungslegung für das Kommunalunternehmen wird gewährleistet, dass eine genaue Abgrenzung zu den anderen Bereichen des kommunalen Haushalts erfolgt. Die Bilanzierungsvorschriften erzwingen die entsprechende periodische Abgrenzung.

Kostendeckende Führung

Durch die Schaffung des verantwortlichen Vorstandes und des Verwaltungsrates wird ein Zwang erzeugt, das Kommunalunternehmen auch kostendeckend zu führen. Mögliche Verluste und deren Ursachen sind im Anhang und Lagebericht offen zulegen und zu erklären. Fehlende Finanzmittel müssen beim Gewährträger beantragt und begründet werden. Eine Querfinanzierung ist nicht möglich.

Die Erfahrungen zeigen, dass dadurch von den verantwortlichen Personen in wesentlich stärkerem Umfang die Möglichkeiten zur Erzielung von ausgeglichenen wirtschaftlichen Ergebnissen ausgelotet werden.

Einführung der Doppik

Durch die Einführung der doppischen Rechnungslegung tritt schon eine wesentliche Verbesserung gegenüber der bisher in den kommunalen Haushalten angewandten Kameralistik ein, weil hier eine entsprechende Bewertung und periodische Abgrenzung erfolgt. Nachdem jedoch auch hier die Gesamtverantwortung für die kommunalen Finanzen sowohl bei der Verwaltung als auch bei den Beschlussgremien bei den gleichen Personen liegen, besteht die Gefahr, dass über den konsolidierten Jahresabschluss eine ungewollte Querfinanzierung erfolgt und dadurch die Ursachen für Unterdeckung und Fehlbeträge nicht mit der nötigen Konsequenz aufgeklärt und beseitigt werden.

Schutz des kommunalen Mantels

Das Kommunalunternehmen empfiehlt sich erfahrungsgemäß vor allem bei jenen Tätigkeiten der Kommune, die nach der Gemeindeordnung in Verbindung mit dem KAG zu einer nachhaltigen Kostendeckung führen sollen. Aber auch für andere Bereiche, die nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen sind, eignet sich das Kommunalunternehmen als Unternehmensform sehr gut. Das Kommunalunternehmen bietet die Möglichkeit, einerseits das Unternehmen nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen und genießt andererseits trotzdem den Schutz des kommunalen Mantels. **DK**

Thomas Singer und Dennis Böttcher / adKOMM GmbH:

Wie oft verwalten Sie Ihre Bürger?

adKOMM Office ist der Auskunfts- und Arbeitsplatz für alle Mitarbeiter der Verwaltung. Gezielt lassen sich hier allgemein zugängliche Daten aus dem Einwohnermelde- und Finanzwesen abrufen. Der Zugriff auf die einzelnen Fachanwendungen ist dafür nicht notwendig.

Auch im Bürgerbüro kann das adKOMM Office eingesetzt werden. Hier hat jeder berechtigte Mitarbeiter über das integrierte elektronische Bürgerinformationssystem eBIS® Zugriff auf Daten zur Person, zum Familienverband und der Wohnung. Über das Haushaltsinformationssystem HIS haben alle (berechtigten Mitarbeiter) die Möglichkeit, schnell und einfach Informationen aus den Haushaltsstellen zu gewinnen, z. B. über die verfügbaren Mittel.

Adress- und Objektverwaltung

Die Zentrale Adressdatei ZAD® sorgt in der Verwaltung für die fachämterübergreifende Adress- und Objektverwaltung. Steuerobjekte und -subjekte sind nur einmal gelistet und stehen (je nach Benutzerverwaltung) den verschiedenen Fachabteilungen ortsunabhängig zur Verfügung.

Spezielle Personenkreise (z. B. alle Anlieger einer Straße) können bequem selektiert und in einem Serienbrief angeschrieben werden. Die anschließende Archivierung der Schreiben mittels eines Dokumentenmanagementsystems wird automatisiert nach entsprechender Vereinzelung auf die jeweiligen Personen vorgenommen und kann somit einfach vorgangsbezogen wieder aufgerufen und bearbeitet werden.

Umfassendes Controlling

Stichwort kommunale Finanzen: Für jede Kommune ist ein umfassendes Controlling mit aktuellen Daten eine große Herausforderung. Dabei gilt es unter Berücksichtigung der Anforderungen des Neuen Steuerungsmodells NSM sämtliche Teilbereiche des kommunalen Finanzwesens zu steuern und zu lenken.

Rechtskonforme Abbildung

Im Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzwesens ist das „Optionsmodell" erweiterte Kameralistik oder Doppik rechtskonform abgebildet. Zur besseren Auswertung und Interpretation lassen sich alle verfügbaren Daten als übersichtliche Grafik in verschiedenen Darstellungsformen abbilden. Alle Beteiligten einer Besprechung sind so durch die dynamisierten Statistiken auf einen Blick informiert.

Mit dem Programmmodul Finanzinformationssystem FIS lassen sich finanzielle Entscheidungen auf der Basis transparenter und leicht nachvollziehbarer Daten schnell absichern. Mitarbeiter werden es zu schätzen wissen, wenn sie schnell auf Querinformationen zurückgreifen können. Vielfältige statistische Auswertungen und Prognosen stehen in der Chefauskunft zur Verfügung.

Umfangreiches Berichtswesen

FIS in Verbindung mit Controlling bietet somit alle Möglichkeiten eines umfangreichen Berichtswesens, das auch zukünftig zentraler Bestandteil des Neuen Kommunalen Finanzwesens sein wird. Durch die Kombination von Liegenschaftsverwaltung und Anlagenbuchhaltung ist das immobile Vermögen für die kommunale Bilanz bereits detailliert erfasst.

Die Mobile Inventur ermöglicht hierbei die Inventarerfassung mittels eines Pocket PC und gleicht das bewegliche Anlagegut automatisch mit der Anlagenbuchhaltung ABU ab. In Verbindung mit einem Barcode-Scanner kann der zeitliche Aufwand der Erfassung noch einmal wesentlich verringert werden.

Modul planen + entwickeln

Das Modul planen + entwickeln wiederum stellt fachübergreifende Informationen auf Grundlage der Bau-, Grundstücks- und Liegenschaftsverwaltung zur Verfügung. Alle Angaben sind ohne spezielle Fachkenntnisse jederzeit schnell und einfach abrufbar. Die Anzeige der Informationen ist übersichtlich gegliedert und enthält Angaben zu Grundbuchstellen mit Eigentümern, Beschlüssen zum Grundstück, Gebietszugehörigkeiten, wie z. B. aus der Bauleitplanung inkl. Festsetzungen, sowie eingetragene Baurechte, Baulasten und weitere flurstücksbezogene Angaben aus den Fachmodulen. Die Verbindung von Angaben der Bau- und Liegenschaftsverwaltung mit flurstückbezogenen Angaben der Meldebehörde (Einwohner) und der Finanzverwaltung (Abgaben zum Flurstück) sind die Basis für schnelle Informationen und transparente Entscheidungen.

Graphische Unterstützung

Zusammen mit adKOMM Geographische Informationen GIS werden Entscheidungen auch graphisch unterstützt: Die Fachdaten werden über das (Geo-)Graphische Informationssystem aufbereitet und auf amtlichen Kartengrundlagen (Automatisierte Liegenschaftskarte [ALK] und Digitale Flurkarte [DFK]) dargestellt. Anfragen in Gremien und Versammlungen können unverzüglich und plausibel beantwortet werden.

Weniger Aufwand

Das adKOMM Grundstücksinformationssystem GRIS mit adKOMM GIS vereinfacht viele komplexe Aufgaben in der Verwaltung: Ein Beispiel ist die Ermittlung von Beitragsflächen auf Basis von DFK/ALK und ALB. Graphisch ermittelte Flächendaten werden direkt an die Fachprogramme übergeben und können jederzeit nachvollziehbar dargestellt werden. Kommunale Verwaltungsaufgaben und fachübergreifende Auskünfte zu Grund, Boden und Liegenschaften werden schnell und effizient bearbeitet. Der Verwaltungsaufwand wird erheblich reduziert, mögliche Fehlerquellen erkannt und beseitigt, so dass alle relevanten Auskünfte sofort zur Verfügung stehen.

Erhöhte Servicequalität

Stichwort öffentliche Sicherheit: Der Bürger muss als Kunde und die Verwaltung als Dienstleistungseinrichtung gesehen werden. Mit dem Einwohnermeldewesen adKOMM EWO werden alle gesetzlich vorgesehenen Einwohnerdaten zentral lückenlos erfasst, verwaltet und bearbeitet. Durch die Optimierung der Vorgänge wird die Servicequalität im Bürgerkontakt erheblich erhöht. Das Einwohnerinformationssystem EWIS liefert auf dieser Basis exakte Daten/Auskünfte über die Einwohnerentwicklung. Diese sind Grundlage für die Planung jeder Kommune.

Trends und Veränderungen in jedwede Richtung, umfangreiche Analysen von Wanderungen und weitere Auswertungen stehen als Steuerungs- und Strategieinstrumente zur Verfügung.

Im Bereich Pass-Ausweiswesen sind das elektronische Antragsverfahren zur Bundesdruckerei DIGANT© und die Erstellung von maschinenlesbaren Dokumenten im EWO enthalten. Die im Ordnungsamt anfallenden Tätigkeiten erfordern einen gesetzeskonformen Ablauf von Verfahrensvorschriften, rechtssichere Formulierungen sowie eine strenge Terminkontrolle. adKOMM OWI unterstützt diese Arbeitsabläufe.

Schnellere Arbeitsabläufe

Das Gewerbewesen adKOMM GEW vereinfacht aufwändige Verwaltungsverfahren und beschleunigt die Arbeitsabläufe. Die Verwaltung von komplexen Datenbeständen und die automatische Erstellung professionell gestalteter Schreiben und Formulare ist ebenso ein wichtiger Programminhalt.

Mit dem Wahlmanagement kann in wenigen Arbeitsschritten jede Wahl vorbereitet werden. Von der Wahlbenachrichtigung, der Bestellung der Wahlhelfer, der bedienerfreundlichen Wahlscheinbearbeitung bis hin zur Wahlauswertung - man behält jederzeit den Überblick. **DK**

Bürgermeister Horst Schmittdiel / Sulzbach (Taunus):

Doppik - ein Erfolgsmodell?

Am 1. Januar 2007 führte der Eigenbetrieb der hessischen Gemeinde Sulzbach die Doppik ein. Zum 1. Januar 2008 wird auch die Kernverwaltung der Gemeinde auf das Neue Kommunale Rechnungs- und Steuerungssystem (NKRS) umsteigen. Durch das NKRS soll die gesamte Verwaltung modernisiert werden. Zudem sollen die wirtschaftliche Steuerung gestärkt und die Kostentransparenz verbessert werden, um politische Entscheidungen schneller herbeiführen zu können. Bereits jetzt ist klar: Der direkte Umstieg auf die Doppik hat sich als der richtige Weg erwiesen.

Das Projektteam aus der Verwaltung, der steuerliche Berater und DATEV entwickelten gemeinsam einen Stufenplan. Der Eigenbetrieb wurde nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten neu zugeschnitten und zum 1. Januar 2007 komplett auf DATEV-Software umgestellt. Schon in der zweiten Januarwoche konnten Gebührenbescheide im DATEV-Rechenzentrum gedruckt und von dort aus an die Bürger versandt werden. Gleichzeitig wurde das Anlagevermögen erfasst, die Eröffnungsbilanz und der Wirtschaftsplan erstellt und anschließend vom Rat verabschiedet. Alle erforderlichen Finanzdaten der Gemeinde werden aus Altverfahren über einen Standardweg in das DATEV-System überführt. Die gemeindlichen Bescheidläufe erfolgen erstmals im Januar 2008.

Schulung der Mitarbeiter vor Ort

Fachspezialisten von DATEV schulen die Mitarbeiter der Gemeinde vor Ort. Die gesammelten Erfahrungen in diesem Jahr erleichtern der Gemeinde den Übergang zum Jahresbeginn 2008. Sulzbach nutzt als Software-Plattform die schlanke IT-Lösung DATEVasp (Application Service Providing): Hierbei findet die Soft- und Hardwarepflege auf Servern im DATEV-Rechenzentrum statt.

Eckpunkte der Doppik sind:

1. Unterstützung der Budgetierung
2. Eine zeitgemäße Haushaltsgliederung umsetzen
3. Steuerung durch Leistungsvorgaben verbessern
4. Umsetzung des Ressourcenverbrauchskonzepts
5. Zuordnung von Ressourcen zu Leistungen
6. Vollständige Abbildung von Vermögen und Schulden
7. Einen systemkonformen Buchungsstil einführen (Doppik)
8. Basis für Berichtswesen und Controlling verbessern
9. Steuerung der Beteiligungen integrieren, Vereinheitlichung des Rechnungswesens im „Konzern Kommune"
10. Ein modernes Finanzmanagement für die Zukunft schaffen.

Kein Expertenverzicht!

Wichtig ist, die gestellten Aufgaben von einer Person hauptamtlich erledigen zu lassen. Verzichtet man hier auf einen Experten, so rächt sich dies bitter.

Es empfiehlt sich, bei IT-Umstellung und Datenimport den Einsatz von Mitarbeitern sowie Probeläufe zu vermeiden. Schnittstellen müssen genau beschrieben und ausgetestet werden, günstig wäre ein Parallelbetrieb. Bei der Datensicherung muss ein gutes, bewährtes und sicheres System aufgebaut werden. In der Startphase sollte ein externer IT-Dienstleister eingebunden werden. Ebenso sinnvoll ist das frühzeitige Einschalten eines Steuerberaters und der Kommunalaufsicht.

Optimierung der Daten

Daten sollten so aufbereitet werden, dass sie künftig einfach in das Doppik-System überführt werden können. Zudem müssen Datenstruktur und -modelle (MS Access Datenbank) optimiert, die Daten konsolidiert (MS Excel), Datenbankscripts erstellt und die internen IT-Mitarbeiter geschult bzw. ausgebildet werden. Dies ist deshalb von Vorteil, da eine frühzeitige Vorbereitung die termingerechte Umstellung sicherstellt („Doppik-ready"), die Daten verlässlich und leicht zu finden sind, die Mitarbeiter sich bereits jetzt an die neuen Aufgaben gewöhnen sowie ein vernünftiges Reporting bereits aufgebaut werden kann.

Es ist notwendig, vor- und nachgelagerte Systeme zu untersuchen. Zu folgenden Systemen müssen Schnittstellen konzipiert und programmiert werden: Verkehrssünder, Friedhof, Elternbeiträge der Kindergärten, Baugenehmigungen, Baugebühren, Lohnbuchhaltung, Vollstreckung.

„Augen zu und durch!"

Es bietet sich an, einen festen Projektplan von der Politik absegnen zu lassen. Eine Rückschau zur Kameralistik sollte unbedingt vermieden werden. Es gelte das Prinzip „Augen zu und durch!" Darüber hinaus sollten alle Beteiligten frühestmöglich informiert werden. Auch muss mit der Vermögensbewertung so früh als möglich begonnen werden. Zudem sollte sich die Kommune für ein bewährtes und sicheres IT-System entscheiden. **DK**

Herbsttagung des Bezirks Oberfranken:

„Ehrenamt" im Museumsbetrieb

Bei der Herbsttagung des Bezirks Oberfranken in Kloster-langheim haben mehr als 90 Museumsvertreter über bürgerschaftliches Engagement im Museumsbereich diskutiert.

Die Referentin, Dr. Toby Alexandra Hentschel aus Hamburg, erläuterte neue Formen bürgerschaftlichen Engagements, die sich aus einem neuen Verständnis für das Ehrenamt entwickelt haben.

Wie Bezirkstagsvizepräsident Hans Kotschenreuther eingangs betonte, wolle der Bezirk Oberfranken als dritte kommunale Ebene mit der Museumsberatung die erreichten Qualitätsstandards weiter verbessern. Hauptberufliche Museumsleiter und ehrenamtliche Betreuer kleinerer Einrichtungen müssten ausloten, wie sich bürgerschaftliches Engagement im Museumsbetrieb sinnvoll umsetzen lässt.

Verbreitetes Engagement

Die Tagung oberfränkischer Museumsvertreter findet zweimal im Jahr statt und wird von der Servicestelle des Bezirks Oberfranken für Museen organisiert und betreut. „Mit diesen Tagungen schafft der Bezirk Oberfranken ein Forum, das aktuelle Probleme der sehr unterschiedlichen Museen in Oberfranken in den Mittelpunkt stellt", so Bezirksheimatpfleger Prof. Dr. Günter Dippold.

Das Wort „Ehrenamt" verwende sie nicht so gerne, so Dr. Hentschel, Mitbegründerin des Netzwerks freiwillige Mitarbeit in Museen, vor den interessierten Zuhörern in der Schule der Dorf- und Flurentwicklung in Klosterlangheim. Sie bevorzuge den Begriff „Bürgerschaftliches Engagement". Dies sei weitaus häufiger anzutreffen als vermutet, so Hentschel. 20 Millionen Menschen in Deutschland seien bürgerschaftlich engagiert, jeder Zehnte dieser Freiwilligen arbeitet in sei-ner Freizeit im Kulturbereich.

Durchschnittlich engagieren sich „Freiwillige" etwa einen halben Tag in der Woche; so entspreche eine Vollzeitstelle etwa 15 bis 20 sog. Volunteers. Dabei sei persönliche Ansprache die wichtigste Form, Menschen für ehrenamtliches Engagement zu werben. Das „Netzwerk bürgerschaftliches Engagement im Museum" möchte eine Optimierung der Zusammenarbeit erreichen. **DK**

Erlangens Bürgermeister Gerd Lohwasser:

20 Jahre im Amt

Erlangens Bürgermeister Gerd Lohwasser (CSU) hat in Anwesenheit zahlreicher Vertreter des öffentlichen Lebens, politischer Weggefährten sowie von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung kürzlich sein 20-jähriges Dienstjubiläum gefeiert.

Oberbürgermeister Siegfried Balleis würdigte seinen Stellvertreter, der am 28. Oktober vor 20 Jahren vom Stadtrat gewählt und vereidigt worden war, in einer persönlich gehaltenen Laudatio. Dabei schlug er den Bogen von Lohwassers Geburtsort Karlsbad und seiner landsmannschaftlichen Verbundenheit über die Ausbildungszeit in Erlangen an der damaligen Ohm-Oberrealschule und dem anschließenden Studium an der Pädagogischen Hochschule in Nürnberg bis hin zu den politischen Aktivitäten der allerjüngsten Gegenwart.

Karrierebeginn 1970

Begonnen hatte Lohwassers politische Karriere 1970 mit dem Eintritt in den CSU-Kreisverband Erlangen. Bereits zwei Jahre später zog der damals 31-Jährige in den Stadtrat ein, dem er seither ohne Unterbrechung angehört. Von 1978 bis 1987 diente er zudem seiner Fraktion als Vorsitzender. In den Jahren 1978 und 1984 war er auch der Kandidat für die Oberbürgermeisterwahlen.

Zu den Hauptaufgabengebieten, die der Pädagoge und leidenschaftliche Lehrer zunächst im Ehrenamt, seit 1996 dann hauptberuflich wahrnahm und wahrnimmt, gehören die Bereiche Schule, Sport und Personal. Zeitweise war Lohwasser auch für Soziales zuständig. Derzeit fungiert der Bürgermeister auch als Chef der Zentralen Verwaltung, als verantwortlicher Brand- und Katastrophenschutzreferent und als Motor der kommunalpolitischen Gesundheitspolitik.

Gerd Lohwasser. ❐

Von 1982 an gehörte Lohwasser schließlich auch dem mittelfränkischen Bezirkstag an, dem er von 1990 bis zu seinem Ausscheiden 2003 sogar als dessen Präsident vorstand.

Der nicht zuletzt für seine humorvolle Offenheit und seine Sensibilität im Umgang auch mit dem politischen Gegner hochgeschätzte Kommunalpolitiker war 2005 mit dem Bayerischen Verdienstorden, der höchsten Auszeichnung des Freistaates geehrt worden. Auch das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse unterstreicht die Bedeutung von Lohwassers Arbeit für Stadt, Region und Bezirk.

OB Balleis würdigte in seiner Ansprache Elan und Tatkraft, Bodenständigkeit und Menschenkenntnis des Dienstjubilars. Seine Qualitäten, so das Stadtoberhaupt, hätten „dazu beigetragen, dass Du Deine dienstliche und persönliche Lebensleistung mit so großem Fleiß und Sachverstand und mit viel Geschick im Umgang mit Menschen und allen deinen Wegbegleitern, aber vor allem auch mit Gesundheit, Frohsinn und Lebensglück so erfolgreich gemeistert hast."

Schülerinnen und Schüler der Hermann-Hedenus-Schule brachten Erlangens „Oberlehrer" zum Auftakt der Jubiläumsveranstaltung ein Ständchen. U.a. erklang auch Frank Sinatras berühmtes „My Way". Es gab keinen Zweifel im Publikum, dass dieser Titel besonders angemessen war. ❐

Kinderarmut alarmiert Stadt Würzburg

Über 170.000 Euro sollen in Hilfsmaßnahmen fließen

Die Kinderarmut in Würzburg alarmiert Stadtrat und Stadt. Mehr als 170.000 Euro will das Sozialreferat 2008 in die Hand nehmen, um die ärgste Not der Kinder zu lindern. Mit über 145.000 Euro soll es armen Kindern ermöglicht werden, Ganztagsschulen und Horte zu besuchen. 25.000 Euro sollen in einen „Nothilfefonds" fließen. Der Jugendhilfeausschuss der Stadt war einstimmig für die Projekte. Nun muss das Geld bei den anstehenden Haushaltsberatungen für 2008 genehmigt werden.

Unter welchen Umständen Kinder aus Würzburg ihre Hausaufgaben machen müssen, will die Stadt nicht länger akzeptieren. Von vielen Kindern ist bekannt, dass sie im Wohnzimmer der Eltern lernen müssen, während der Fernseher läuft, Bier getrunken und geraucht wird. Aufgrund der beengten Wohnverhältnisse gibt es keinen Rückzugsraum für die Schüler. Zusammen mit Kindern aus Alg II- und Niedriglohnfamilien sollen diese Jungen und Mädchen künftig nachmittags an Schulen oder im Hort betreut werden. Laut Würzburgs Sozialreferent Robert Scheller besuchen die Kinder derzeit keine Ganztagsschule, weil ihre Eltern das Mittagsgeld in Höhe von 80 Euro nicht aufbringen können.

Wie viele Kinder in Würzburg in akuten Notsituationen leben, ist nicht bekannt. Bei der Berechnung der Unterstützung für das kommende Jahr legte die Stadt unter anderem die Zahl jener Kinder zugrunde, die vom Büchergeld befreit sind. Daraus ergab sich die Summe von fast 53.000 Euro für Kinder, die derzeit aufgrund des geringen Einkommens ihrer Eltern mittags nicht an Ganztagsschulen betreut werden.

Wie Scheller ausführte, übernimmt die Stadt aktuell außerdem von 1.200 Kindern den Kindergartenbetrag, weil ihre Eltern arm sind. Künftig sollen diese Kinder, wenn sie eingeschult werden oder in die nächste Klasse aufsteigen, Geld aus dem neuen Nothilfefonds erhalten.

Der Nothilfefonds will auch sportliche Aktivitäten von Kindern unterstützen. Nach Meinung des Jugendhilfeausschusses ist es vor allem für Kinder aus armen Familien wichtig, einem Sportverein beitreten zu können. Bis zu 200 Euro pro Kind und Jahr sollen künftig für Vereinsbeiträge und Sportgeräte übernommen werden. Der Nothilfefonds der Stadt Würzburg soll ab 2008 darüber hinaus Geld für „pädagogisch sinnvolles Spielzeug" zur Verfügung stellen.

Unterdessen forderten mehrere Sozialarbeiter in Würzburg dazu auf, durch Einwirkung auf die Politik aktiver als bisher gegen die Verarmung von Familien in Deutschland vorzugehen. So muss sich nach Ansicht von Monika Müller vom kirchlichen Sozialdienst des Diakonischen Werks die Politik in Sachen Hartz IV dringend ändern. Der Hartz IV-Satz von 208 Euro für ein Kind bis 14 Jahren ist laut der Alleinerziehendenberaterin viel zu niedrig. Mindestens 350 Euro müssten monatlich gewährt werden, damit Ein-Eltern-Familien nicht in Not geraten.

Müller verwaltet seit mehreren Jahren einen „Fonds für Alleinerziehende aus dem Kreis Würzburg", der ähnliche Ziele verfolgt wie der neue Nothilfefonds der Stadt. Die Nachfrage nach Müllers Fonds steigt kontinuierlich, was das Ausmaß an Armut verdeutlicht. 35 Mal wurden heuer Fondsgelder bewilligt. Über 4.500 Euro wurden dabei ausgeschüttet. Das ist mehr als doppelt so viel wie im Vorjahr.

Der vor genau 20 Jahren gegründete „Fonds für Alleinerziehende aus der Stadt Würzburg" registriert ebenfalls einen Anstieg der Familienarmut. Heuer wurden bereits 60 Anträge von Alleinerziehenden bewilligt. Mindestens 25 weitere Anträge erwartet Fondsverwalterin Petra Müller-März noch. Insgesamt wurden seit 1987 knapp 80.000 Euro für arme Familien ausgeschüttet. **Pat Christ**

Städtetags-AK eGov:

Elektronische Prozesse sicher gestalten

Im Sitzungssaal des Straubinger Rathauses fand eine Arbeitstagung des Unterarbeitskreises „E-Government" des Bayerischen Städtetags statt. 2001 wurde der AK mit 21 Vertretern aus Städten und Gemeinden aus dem gesamten Freistaat Bayern gebildet, um der stetig wachsenden Bedeutung von E-Government für die Verwaltungsmodernisierung in den Kommunen Rechnung zu tragen. Aufgabenschwerpunkte des Expertengremiums sind strategische Themen wie Basistechnologien und Infrastrukturen, aktuelle Entwicklungen, Koordination mit den E-Government-Aktivitäten des Freistaats Bayern und Fragen der Wirtschaftlichkeit. Ebenfalls auf der Tagesordnung stehen der interkommunale Informations- und Erfahrungsaustausch sowie die Vorstellung praktischer E-Government-Anwendungen aus den jeweiligen Rathäusern.

Unmengen von Papier

Oberbürgermeister Reinhold Perlak hieß die Arbeitskreismitglieder in Straubing herzlich willkommen. Zeitgemäße informations- und kommunikationstechnische Infrastrukturen sind Perlak zufolge die Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Einführung von E-Government-Anwendungen. Noch immer würden in den staatlichen und kommunalen Behörden Unmengen von Papier produziert und untereinander versandt. In Übereinstimmung mit dem Bayerischen Städtetag ist auch Straubings OB der Meinung, dass zunächst die elektronischen Prozesse zwischen den Behörden untereinander sicher und medienbruchfrei gestaltet werden müssten. Erst dann könne E-Government auf Basis dieser Standards sinnvoll nach außen für die Bürgerinnen und Bürger etabliert werden. **DK**

Bayerische Gemeindezeitung
Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun
Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Brigitte Scherieble (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41 vom 01.01.2007
Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

OB Christian Ude zum 60. Geburtstag:

„Bürger-King“ mit Hang zur Selbstironie

Er zählt zu den beliebtesten Politikern Bayerns: Seit 14 Jahren ist Christian Ude Münchner Oberbürgermeister und seit gut zwei Jahren hat er als Präsident des Deutschen Städtetages den höchsten Posten, den die Kommunalpolitik zu bieten hat. Am 26. Oktober feierte der Sozialdemokrat, der sich ob seines kommunalpolitischen Kampfgeistes weit über die Grenzen Bayerns Respekt verschafft hat, seinen 60. Geburtstag. Seine Volksnähe trug ihm den Namen „Bürger-King“ ein.

Der gebürtige Schwabinger studierte in München Soziologie, Geschichte und anschließend Jura. Zwischenzeitlich war er für die „Süddeutsche Zeitung“ als Rathausreporter tätig. Nach dem Studium gründete Ude eine Rechtsanwaltskanzlei und vertrat Kommunalpolitiker. 1990 wurde Ude Bürgermeister, drei Jahre später kündigte Oberbürgermeister Georg Kronawitter nach 15 Jahren Amtszeit seinen Rücktritt an; als Nachfolger schlug er Christian Ude vor. Bei der OB-Wahl setzte sich dieser gegen den damaligen bayerischen Umweltminister Peter Gauweiler von der CSU mit 50,8 Prozent der Stimmen durch. Bei den weiteren Wahlen erreichte Christian Ude stets Zustimmungswerte von über 60 Prozent.

Geänderte Lebensplanung

Ursprünglich wollte Christian Ude im kommenden Frühjahr den Posten als Rathauschef räumen. Seine Lebensplanung sehe eine weitere Amtszeit nicht vor, sagte er damals. Er wollte künftig mit seiner Frau Edith die Zeit im Ferienhaus auf der griechischen Insel Mykonos verbringen und Bücher schreiben - über die Veränderungen von Städten in China oder Wandmalerei in der westlichen Welt. Doch nun kandidiert er doch noch einmal. Sein Wahlziel: „Dass die SPD erneut die stärkste Kraft im Rathaus wird.“ Letztlich habe er nicht gefährden wollen, wofür er 30 Jahre gearbeitet habe.

Kampf gegen Transrapid

Udes Herz schlägt für die Kommunalpolitik, eine Rolle in der Landespolitik hat er stets abgelehnt. Als die bayerische SPD wegen des Rückzugs ihrer Partei- und Landtagsfraktionschefin Renate Schmidt im Jahr 2000 über die Nachfolge stritt, lehnte er dankend ab. „Meine Lebensaufgabe liegt im Münchner Rathaus. So ist es und so bleibt es“, betonte er.

Vehement kämpft Ude derzeit gegen den von der CSU-Staatsregierung gewünschten Transrapid zum Flughafen München. „Eine Zustimmung der Stadt München kommt nicht in Frage“, betonte er erst kürzlich wieder. Dabei ist Ude keineswegs fortschrittsscheu. Weltweit erregte die Stadt München Aufsehen, als sie ankündigte, ihre Computersysteme von Microsoft auf das freie Betriebssystem Linux umstellen zu wollen.

Trotz seiner Beliebtheit musste Ude im Laufe seiner Amtszeit einige Niederlagen einstecken: Per Bürgerentscheid setzte die CSU 1996 gegen Udes Willen den Bau von drei Tunnels am Mittleren Ring durch. Auch bei der Frage, welche Höhe Hochhäuser in München haben dürfen, zog er den Kürzeren: Durch ein Bürgerbegehren beschlossen die Münchner gegen Udes Position, dass Hochhäuser innerhalb des Mittleren Rings nicht höher als die Türme der Frauenkirche sein dürfen.

Kunst der Unterhaltung

Bei weitem ist Ude nicht nur in der trockenen Materie der Kommunalpolitik zuhause; er beherrscht auch die Kunst der Unterhaltung. Bei offiziellen Anlässen stiehlt er ranghöheren Politikern mit launigen Sprüchen gerne die Schau. Er schreibt satirische Bücher, steht als Kabarettist auf der Bühne. Hier nimmt er sich selbst auf die Schippe und gibt eine Kostprobe aus langweiligen Bürgerversammlungen. Er vermittle authentische Eindrücke aus seinem Alltag, betont der Oberbürgermeister.

Launige Rede Becksteins

Auch an seinem Geburtstag gab es für den umtriebigen Rathauschef, der u. a. mit dem Bundesverdienstkreuz, dem Karl-Valentin-Orden und dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet wurde, keine Verschnaufpause. Am Morgen bereits wartete vor seiner Wohnung die Städtische Sing- und Musikschule und brachte dem OB ein Ständchen. Danach ging es weiter zum Empfang der Stadt, bei dem Ministerpräsident Günther Beckstein in einer launigen Glückwunschrede hervorhob, Ude führe mehrere Sprichwörter ad absurdum, etwa, dass alte Vögel leichter zu rupfen seien.

Im Oldtimer über den Marienplatz

Zuvor bereits war der Jubilar von der Feuerwehr, der er als Rathauschef ebenfalls vorsteht, mit einem Rettungskorb aus seinem Büro im Rathaus geholt worden. Mit einem roten Oldtimer wurde er dann über den Marienplatz zum Geburtstagsempfang gefahren. Anstelle von Geschenken hatte Ude Spenden für die Initiative „Lichtblick Hasenbergl“ erbeten. Die Einrichtung kümmert sich um Kinder und Jugendliche, die unter schwierigen Bedingungen in dem sozial benachteiligten Münchner Viertel aufwachsen.

Respekt über alle Parteigrenzen hinweg

Zu den zahlreichen Gratulanten zählte auch Innenminister Joachim Herrmann. In seinem Glückwunschschreiben heißt es: „Meine guten Wünsche gelten vor allem Ihrem persönlichen Wohl. Gleichzeitig möchte ich Ihnen aber auch für Ihr langjähriges Wirken in der kommunalen Selbstverwaltung Dank und Anerkennung aussprechen. Seit 14 Jahren stehen Sie als Oberbürgermeister an der Spitze der Landeshauptstadt München. In dieser langen Zeit haben Sie mit großem persönlichen Einsatz für die Landeshauptstadt gearbeitet.“ Ude sei auch als Präsident des Deutschen Städtetags kein bequemer Verhandlungspartner, genieße aber über alle Parteigrenzen hinweg stets Respekt für seine Kompetenz und Seriosität. Udes Augenmerk liegt hierbei insbesondere auf einer gerechten Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

Von Jägern und Gejagten

„Zornesfalten machen hässlich, liebe Fanny. Du solltest Deinem Gesicht nicht mehr zumuten, als es verträgt.“ Oh, wie ich meinen Chef, den Bürgermeister, hasse, wenn er seine primitiven Chauvi-Sprüche vom Stapel lässt. Und dann auch noch schriftlich! Per eMail! Nur gut, dass er trotz des Schaums, den er derzeit vor dem Mund hat, so klug war, mir seine selbst getippte Antwort zu zeigen, bevor er auf „senden“ drückte.

Dabei sollte er Fanny Bacher eigentlich klar machen, dass Wut, Zorn und Unbeherrschtheit saumäßige politische Ratgeber sind. Was war passiert? Im sich gerade anschleppenden Stadtratswahlkampf hatte ein „Ferner liefen“-Kandidat der Konkurrenzpartei dem Lokalredakteur in den Block diktiert, dass Leute mit so altjungferlichen Ansichten wie Fanny anno ‘68 mit Farbbeuteln aus der Stadt gejagt worden wären. Eine Aussage, die sich eigentlich von selber richtet. Auf Bitten von Fanny hatte der Bürgermeister das Geblubber auch öffentlich mit Empörung und Abscheu zurückgewiesen: Verrohung der politischen Sitten, unerträgliche Entgleisung, Wörterbuch des Unmenschen - was man halt so sagt, um die Fronten klar zu machen.

Aber Fanny will keine Ruhe geben. Einer antiken Erinnye gleich heftet sie sich an die Fersen ihres Widersachers. Kein Tag vergeht, an dem sie nicht über ihn ätzt und ihn weiß der Himmel was heißt. Schließlich ist sie noch mal an den Chef herangetreten und hat ihn aufgefordert, einer lauen und nicht weiter der Rede werten Replik des Mannes mit der anderen Feldpostnummer scharf zu antworten und auf einen gar nicht mehr so groben Klotz einen saugroben Keil zu geben. Da explodierte der Chef.

Die unbedarfte Fanny vergisst ja dabei nicht nur sich selbst, sondern vor allem, wie verderblich Wut und Zorn in der politischen Auseinandersetzung sind. Denn Zorn ist nicht nur eine der sieben Todsünden. Ein gotteslästerlicher Zyniker könnte sagen: Zorn ist schlimmer als eine Sünde - er ist eine Dummheit.

Wut und Zorn vernebeln nämlich den kühlen, rationalen Blick auf die Dinge. Mit seinen alt-maoistischen Phantasien ist Fannys neuer Intimfeind einmal in der Zeitung gewesen. So what? Kennt man seinen Namen deshalb in der Stadt? Nein. Und wer außerhalb seiner eigenen Partei mit dem Namen des Typen etwas anfangen kann, der hält ihn für einen ausgewachsenen Dampfplauderer mit mäßigem Formulierungswitz.

Aber jedes Mal, wenn man meint, ihm verbal die Foul-Attacke heimzahlen zu müssen, macht man ihn bekannt, veranlasst die Leute, wieder an seine Wortmeldung zu denken und zu überlegen, ob er nicht Recht hat, es einer solchen nachtragenden und unsouveränen Zimtzicke mal richtig aufzubraten. Das wären dann die unerwünschten Früchte es Zorns. Schon jetzt geistert im Stadtrat das Wort von der „Fanny-Hatz“ durch die Reihen. Unklar ist von Mal zu Mal, wer Jäger und wer Gejagter ist.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist Gott sei Dank ein Mann mit kühlem Kopf und kaltem Blut. Er lebt nach dem klugen Motto, dass es der Eiche egal sein kann, welche Wildsau sich an ihr reibt. Und wenn ihm die Galle wirklich hoch geht und das Blut ins Gesicht schießt, hat er ein unschlagbares Prinzip: Einfach drüber schlafen. Probleme haben meist die richtige Größe, wenn man sie aus einem gewissen emotionalen Abstand betrachtet. Oder er beratschlagt sich mit anderen, die ihn von der Palme holen können, so wie beim eMail an Fanny Bacher. Während ich den Entwurf lösche, zeige ich dem Chef das heutige Kalenderblatt mit einem Satz von Winston Churchill: „An bösen Worten, die man herunterschluckt, hat sich noch niemand den Magen verdorben.“

Ihre Sabrina

Planungsverband Region Ingolstadt:

Diskussion „auf Augenhöhe“

Über die Perspektiven der Regionalentwicklung und der regionalen Zusammenarbeit tauschten sich kürzlich Pfaffenhofens Landrat Rudi Engelhard, der Ingolstädter SPD-Regional- und Kreisvorsitzende Joachim Lang, Ingolstadts SPD-OB-Kandidat Anton Böhm sowie die SPD-Kreis- und stellvertretende Regionalvorsitzende Gudrun Eberle aus. Dabei wurden Themen wie das Krankenhaus- und Rettungswesen, die Verkehrsinfrastruktur, die Gewerbeansiedlung sowie die Wirtschafts- und Tourismusförderung angesprochen.

Rudi Engelhard, derzeit auch Vorsitzender des Regionalen Planungsverbands, zeigte sich bei den verschiedenen Handlungsfeldern offen für alle regionalen Aspekte. Aus Sicht des Landkreises Pfaffenhofen sei es jedoch wichtig, sich „auf Augenhöhe“ zu unterhalten. So sei es für die umliegenden Landkreise wenig hilfreich, wenn sie Ingolstädter Großprojekte, die z. B. im Verkehrs- und Gewerbebereich die Landkreise berühren, aus der Zeitung erführen.

Engelhard betonte, dass es die Landkreise auf Dauer nicht hinnehmen können, dass in den Regionszentren massiv investiert werden kann und „wir uns jede einzelne größere Unternehmensansiedlung mit der Regierung von Oberbayern und weiteren staatlichen Behörden erkämpfen müssen“. Offensichtlich werde von der Regierung von Oberbayern bei Industrie- und Gewerbegebietsausweisungen in der Stadt Ingolstadt ein großzügigerer Maßstab angelegt als in den Landkreisen Pfaffenhofen, Neuburg-Schrobenhausen und Eichstätt.

Kooperations- und gesprächsbereit sei der Landkreis Pfaffenhofen auch in den Bereichen Krankenhaus- und Rettungswesen. Hier müsse jedoch ein fairer Interessensausgleich stattfinden und man dürfe von Ingolstadt aus „nicht alles zudecken“, so der Pfaffenhofener Landrat.

OB-Kandidat Anton Böhm sprach sich dafür aus, die nunmehr erreichte Struktur im Rettungswesen zu erhalten und zu sichern. Er zeigte auch Verständnis für die Forderung des Landkreises Pfaffenhofen, die bestehenden Notarztstandorte zu erhalten. Wichtig sei zudem, dass der Verkehrsfluss an der Stadtgrenze Ingolstadts zu den Landkreisen aufrecht erhalten wird.

Jugend und Bildung

Die SPD-Vorsitzende Gudrun Eberle setzte sich für eine Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Pfaffenhofen ein. Engelhard betonte, dass man hier keine Verbesserung erzielen könne, so lange es das „dirigistische“ staatliche Konzessionsrecht für Buslinien gibt. Erst wenn hier Verbesserungen sichtbar seien, sei eine „Generaldiskussion“ sinnvoll. Zum Thema Jugend und Bildung wiederum zeigte sich Joachim Lang optimistisch, dass die intensive Zusammenarbeit der Fachhochschule Ingolstadt mit den umliegenden Landkreisen „der richtige Weg ist“. **DK**

Euregio Inntal:

Verstärkter Jugendschutz

Jugendschutz über Staatsgrenzen hinweg – das ist die Vision. Mit einer gemeinsamen Konferenz hat die Euregio Inntal nun das notwendige Fundament für die Umsetzung geschaffen. Über 80 Teilnehmer aus der ganzen Region waren zu einer grenzüberschreitenden Konferenz nach Schwoich gekommen, um Erfahrungen auszutauschen und konkrete Vorhaben zu planen.

Auf Initiative des Schwoicher Bürgermeisters Josef Dillersberger und Euregio Inntal-Präsident Walter J. Mayr will die Euregio die Jugendschutz-Beauftragten und weitere Vertreter aus den Gemeinden der Region in Zukunft stärker vernetzen. Lokale Aktivitäten gibt es bereits, nun soll die Zusammenarbeit ausgedehnt und intensiviert werden.

Bei der Auftaktveranstaltung mit dabei war auch die in der Tiroler Landesregierung für Jugendschutz zuständige Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Elisabeth Zanon, die sich von der Initiative begeistert zeigte. „Schuld an diversen Fehlentwicklungen haben wir alle – Verantwortung auch“, meinte Zanon zu Beginn. Dillersberger und Mayr waren sich einig: Der Jugendschutz ist ein komplexes Thema, es benötigt gegenseitige Unterstützung aller Beteiligten, deshalb wird auch nur gemeinsames Bemühen letztlich Erfolg bringen.

Bei der Konferenz war dieses Bemühen jedenfalls deutlich spürbar. Engagiert gingen die Teilnehmer in einzelnen Workshops das Thema von vielen Seiten an: Beratung, Feste und Veranstaltungen, Umgang mit Medien, Elternarbeit und Schule. Dass in Schwoich eine regelrechte Aufbruchstimmung herrschte, lag an den konkreten Ergebnissen. Denn am Ende des Tages präsentierten die Leiter der einzelnen Workshops ein ganzes Bündel an Vorschlägen, Kritikpunkten und Schwachstellen. So zeigte sich etwa, dass die „niederschwellige“ Beratung (also etwa anonyme Anlaufstellen) in Bayern wesentlich besser organisiert ist als in Tirol.

Interessant der Vorstoß von Anton Matousek: Der Rektor der Volks- und Hauptschule Brannenburg machte auf ein spezielles Problem aufmerksam: „Es ist eine Tatsache, dass unsere Lehrer manchen Problemen mit ihren Schülern einfach nicht mehr gewachsen sind. Also brauchen wir Hilfe von außen!“ In Bayern gibt es diese Hilfe bereits in Form von ausgebildeten Sozialpädagogen, die an besonders kritischen Schulen eingesetzt werden.

Wer die Schlagzeilen beherrscht

Klar wurde aber auch, dass die Jugend insgesamt so schlecht nicht ist, wie es zuweilen den Anschein hat. Polizeihauptkommissar Dieter Bezold von der Polizeidirektion Rosenheim und Walter Gaschnig, Kriminalreferent und stellvertretender Kufsteiner Bezirkspolizeikommandant, relativierten mit unbestechlichen Zahlen das oft zu düstere Bild: „Es ist eine kleine Minderheit, die negativ auffällt: Mit nur etwa 7,5 Prozent aller Jugendlichen gibt es Probleme - aber die beherrschen halt leider die Schlagzeilen!“

Die Ergebnisse der Schwoicher Konferenz werden nunmehr zusammengefasst und publiziert. In absehbarer Zeit will man wieder zusammen kommen, um die nächsten Schritte zu setzen - dann erstmals in Bayern. Der Flintsbacher Bürgermeister Wolfgang Berthaler hat sich bereits als Gastgeber der nächsten Konferenz angeboten. Und er ließ auch gleich mit einem bemerkenswerten Vorschlag aufhorchen: „Wir sollten beim nächsten Mal nicht nur über die Jugend diskutieren, sondern sie aktiv mit einbeziehen!“ **DK**

Wanderpokal „Theaterfränzla“

Forchheim (eo) - Die Fränkische Mundart-Theaterbewegung will künftig verstärkt die Kinder und Jugendlichen für das Fränkische Mundart im Amateurtheater sensibilisieren. Diesem Ziel soll ein jährlicher Gesamtfränkischer Kinder- und Jugend-Theatertag dienen. Erstmals soll dieses Nachwuchs-Theater-Festival am 26. Oktober 2008 in Rückersdorf bei Nürnberg stattfinden. In Anlehnung an den Stifter des Pokals, Franz Och, soll die Trophäe den Namen „Theaterfränzla“ erhalten. Och hat vor einem Vierteljahrhundert begonnen, die Mundart-Theatergruppen Frankens in einer eigenen Organisation zu sammeln und das Selbstbewusstsein zu stärken.

Die AG Mundart-Theater Franken bittet interessierte Theatergruppen, jetzt schon alle Kinder- und Jugend-Theatergruppen in ganz Franken auf den Tag vorzubereiten und versuchen dabei zu sein. Anmeldungen zum Nachwuchs-Theatertag sollen bis spätestens 30. Juni 2008 vorgenommen sein. ❐

Erstes Treffen in Wunsiedel:

Kommunen gegen Rechtsextremismus

Bayerische Kommunen werden in letzter Zeit zunehmend vom so genannten braunen Spuk heimgesucht. Mehr und mehr Gemeinden sehen sich plötzlich mit rechtsextremen Umtrieben in Form von Gedenkmärschen, Mahnwachen, Demonstrationen, Heldengedenken und Propaganda-Aktionen vor Ort konfrontiert. Manche Stadt hat damit bereits jahrzehntelange Erfahrung und ist erfolgreich in der Abwehr der Neonazis - so hat sich beispielsweise Wunsiedel vom Wallfahrtsort der Rechtsextremisten (der Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß liegt in der oberfränkischen Stadt begraben) hin zum Symbolort für Zivilcourage entwickelt. Das positiv ausstrahlende Motto „Wunsiedel ist bunt – nicht braun“ wird vielfach im gesamten Land kopiert und vor allem auch von den Bürgern gelebt.

Sinnvoll ist es nun, eine Plattform zu schaffen, auf der sich betroffene und interessierte Städte austauschen und im bayernweiten Kampf gegen Rechtsextremismus vernetzen können. In Kooperation mit dem Bayerischen Gemeindetag, dem Bayerischen Landkreistag, dem Bayerischen Städtetag und dem Verband Bayerischer Bezirke luden deshalb die Stadt Wunsiedel und die Projektstelle gegen Rechtsextremismus zum ersten Treffen bayerischer Kommunen gegen Rechtsextremismus.

Stärkere Vernetzung

Vertreter 80 bayerischer Kommunen verständigten sich hierbei auf eine verstärkte Vernetzung im Kampf gegen Rechtsextremismus. Die Teilnehmer beschlossen, offensiv gegen rechtsextremistische Umtriebe vorzugehen.

„Lösungen im Kampf gegen Rechts gibt es da, wo es kreative Bürger gibt“, betonte Wunsiedels Bürgermeister Karl-Willi Beck.

Modelle individuell vor Ort erarbeiten

Der Nürnberger Stadtrechtsdirektor Hartmut Frommer erklärte, nach dem Treffen wisse jeder Teilnehmer, an wen er sich bei Fragen und Problemen im Zusammenhang mit rechtsradikalen Erscheinungen wenden könne. Der Geschäftsführer des Bündnisses für Demokratie und Toleranz in Berlin, Gregor Rosenthal, sagte, dass es keinen Königsweg gebe. Erfolgreiche Modelle im Kampf gegen Rechts müssten individuell vor Ort erarbeitet werden. Die Teilnehmer des Treffens wollen künftig einmal jährlich zusammenkommen. **DK**

Vorschau auf GZ 22

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 22, die am 22. November erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen**
- **Fremdenverkehr in Bayern**
- **Sicherheitstechnik · Brand- und Katastrophenschutz**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**
- **Handwerk**

OB Starke wettet mit Karlheinz Böhm

Bambergs OB Andreas Starke wettet mit Karlheinz Böhm, dass es der Stadt gelingt, für jeden ihrer Einwohner einen Euro für Böhms Äthiopienhilfe „Menschen für Menschen“ zu spenden. Bei 70.000 Einwohner eine ehrgeizige Wette.

In Bamberg unterstützt ein Arbeitskreis unter der Leitung von Martin Neubauer vom Brentano-Theater die Stiftung „Menschen für Menschen“ des früheren Schauspielers Karlheinz Böhm. Passend zum Martinstag am 11. November rufen Starke und Neubauer dazu auf, Karlheinz Böhm zu unterstützen. Auch eventuell angedachte Weihnachtsgeschenke bittet Oberbürgermeister Starke in diesem Jahr zugunsten der Aktion „Menschen für Menschen“ in Äthiopien zu spenden. Ab sofort ist ein Konto Nr. 18 bei der Sparkasse Bamberg, BLZ 770 500 00 eingerichtet, bei dem unter dem Stichwort „Menschen für Menschen“ gespendet werden kann. Der in Bamberg gesammelte Betrag soll am 16. März 2008 zum 80. Geburtstag von Karlheinz Böhm übergeben werden. ❐

Kooperation der Landkreise Erding und Freising:

„Jugend musiziert“

Im Januar 2008 findet erstmals ein eigener Wettbewerb „Jugend musiziert“ für die Landkreise Erding und Freising statt. Hierfür wurde in der Kreismusikschule Erding vor kurzem der „Regionalausschuss „Jugend musiziert“ für die Flughafenregion Erding und Freising gegründet. Hintergrund ist die angestrebte Entlastung des Regionalwettbewerbs in der Landeshauptstadt für München und die Region. Hauptsponsor des neuen Regionalwettbewerbs ist die Flughafen Gesellschaft München (FMG), die den neuen Wettbewerb in den kommenden vier Jahren mit jeweils 5000 Euro fördern will.

Die eigenen Regionalwettbewerbe „Jugend musiziert“ sollen künftig abwechselnd in den Kreisstädten Erding und Freising stattfinden. Am 19. Januar 2008 wird Erstere Austragungsort für die Flughafenregion sein. Auch der Vorsitz des Regionalausschusses wechselt jährlich: Bei der Gründungsversammlung wurde der Leiter der Kreismusikschule Erding, Reinhard Loechle, für die kommenden zwölf Monate zum Vorsitzenden bestimmt; ein Jahr später geht der Vorsitz dann an die Städtische Musikschule Freising. Der Regionalausschuss ist paritätisch durch Vertreter beider Landkreise besetzt.

„Alle Beteiligten begrüßen, dass die beiden Landkreise Erding und Freising dieses gemeinsame kulturelle Projekt starten“, betonte Loechle. Eine vergleichbare Form der Zusammenarbeit habe es bisher noch nicht gegeben.

Anmeldungen bis 1. Dezember

Die Anmeldungen für den Regionalwettbewerb werden bis 1. Dezember 2007 von der Kreismusikschule Erding, der Städtischen Musikschule Freising oder dem Tonkünstlerverband München entgegen genommen. **DK**

Landesgartenschau 2008:

Blütentraum im Gartenraum

„Blütentraum im Gartenraum“ - unter diesem Motto steht der Ausstellungsbeitrag, den das Landwirtschaftsministerium auf der Landesgartenschau 2008 in Neu-Ulm präsentieren wird. Wie Staatsminister Josef Miller beim ersten Spatenstich für den Beitrag seines Hauses sagte, werden auf rund 500 qm Ausstellungsfläche vor allem einjährige Zierpflanzen und Sommerblumen präsentiert. Fachleute der Gartenbauverwaltung stehen dazu den Besuchern mit fundierten Informationen Rede und Antwort.

Vorbereitet wird der Beitrag von der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau in Veitshöchheim. Das Gartenbauzentrum Süd-West am Amt für Landwirtschaft und Forsten Augsburg übernimmt die organisatorische Betreuung.

„Ganz stark Holz“

„Bereits jetzt haben viele Verbände und Organisationen aus Schwaben ihre Mitwirkung zugesagt“, so Miller. Dabei sind u. a. der Botanische Garten sowie das Berufsbildungswerk, beide aus Augsburg, mehrere Kreisverbände für Gartenbau und Landespflege aus der Region sowie drei schwäbische Berufsschulen.

Unter dem Motto „Ganz stark Holz“ macht die Bayerische Forstverwaltung auf weiteren 1300 Quadratmetern die vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten des umweltfreundlichen Werkstoffs Holz für Groß und Klein erlebbar.

Geplanter Eintrag ins Guinness-Buch der Rekorde

An verschiedenen Stationen werden die Zusammenhänge zwischen Mensch, Wald und einzelnen Baumarten dargestellt, ebenso wird die energiespeichernde Funktion der Bäume vor Augen geführt. Höhepunkt wird der Versuch eines Eintrags ins Guinness-Buch der Rekorde: Aus einem 35 Meter langen Stamm einer Douglasie soll die größte Sitzbank der Welt entstehen. ❐

1000 Jahre Bistum Bamberg

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein hat beim Festakt zum Abschluss des Jubiläumsjahres „Unterm Sternenmantel - 1000 Jahre Bistum Bamberg“ christliche Wertvorstellungen als Fundament der Gesellschaft bezeichnet.

Das Bistum Bamberg, das an Allerheiligen seinen 1000. Gründungstag durch Kaiser Heinrich II. feiert, hat nach den Worten des Ministerpräsidenten mit den glanzvollen Feierlichkeiten, Ausstellungen, Gottesdiensten und Projekten zum Jubiläumsjahr die Menschen von Nah und Fern unter dem Leitstern christlicher Werte zusammengeführt.

„Das vielfältige Programm zum Bistumsjubiläum und insbesondere die großartige Ausstellung „Unterm Sternenmantel - 1000 Jahre Bistum Bamberg“ haben die Menschen begeistert und Glanzpunkte gesetzt, die weit über die Grenzen Bayerns hinausreichen. Der Sternenmantel des Bistumsgründers ist dafür ein schönes Symbol“, betonte Beckstein. ❐

LIEFERANTEN-NACHWEIS GZ

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de
Knödler

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de
Knödler

Fahrradabstellanlagen

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

KOMPAN
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
Tel.: 0461-77306-0 · Fax: 0461-77306-35
E-Mail: KOMPAN.gmbh@KOMPAN.com
www.KOMPAN.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ®
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/6905-0 · Fax 07195/690577 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen ORION
www.orion-bausysteme.de

Weihnachtsbeleuchtung

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74